



Generalversammlung

Verteilung: Allgemein
5. August 2021

Deutsch
Original: English

Fünfundsiebzigste Tagung

Tagungsordnungspunkt 128 a)

Stärkung des Systems der Vereinten Nationen:

Stärkung des Systems der Vereinten Nationen

Unsere gemeinsame Agenda

Bericht des Generalsekretärs

Zusammenfassung

Wir befinden uns an einem Wendepunkt der Geschichte.

In ihrer größten gemeinsamen Bewährungsprobe seit dem Zweiten Weltkrieg steht die Menschheit vor einer unausweichlichen und dringenden Wahl, die den Zusammenbruch oder aber den Durchbruch bringen kann.

Die Coronavirus-Krankheit (COVID-19) stellt unsere Welt auf den Kopf, bedroht unsere Gesundheit, zerstört Volkswirtschaften und Lebensgrundlagen und vertieft Armut und Ungleichheit.

Konflikte wüten weiter und werden schlimmer.

Die katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels – Hungersnöte, Überschwemmungen, Brände und extreme Hitze – stellen existenzielle Bedrohungen dar.

Armut, Diskriminierung, Gewalt und Ausgrenzung verwehren Millionen Menschen in aller Welt ihre Rechte auf die Grundbedürfnisse im Leben: Gesundheit, Sicherheit, Impfungen gegen Krankheiten, sauberes Trinkwasser, eine Mahlzeit oder einen Platz im Klassenzimmer.

Immer mehr Menschen wenden sich von gegenseitigem Vertrauen und Solidarität ab, also genau von den Werten, die wir brauchen, um unsere Welt zu sanieren und eine bessere, nachhaltigere Zukunft für die Menschen und die Erde zu sichern.

Nicht nur das Wohlergehen, sondern schlicht die Zukunft der Menschheit hängt davon ab, dass wir solidarisch handeln und als Weltgemeinschaft zusammenarbeiten, um gemeinsame Ziele zu erreichen.

Für die Menschen, für die Erde, für den Wohlstand und für den Frieden.

Anlässlich des fünfundsiebzigsten Jahrestags des Bestehens der Vereinten Nationen im vergangenen Jahr waren sich die Mitgliedstaaten darin einig, dass die sich uns stellenden Herausforderungen über Grenzen und alle anderen Trennlinien hinweg miteinander



verknüpft sind. Diese Herausforderungen lassen sich nur bewältigen, wenn auch unsere Maßnahmen ineinandergreifen, im Wege eines neu belebten Multilateralismus, in dessen Mittelpunkt die Vereinten Nationen stehen.

Die Mitgliedstaaten haben mich um Empfehlungen dafür gebeten, wie wir unsere gemeinsame Agenda voranbringen können. Dieser Bericht ist meine Antwort.

In seine Erstellung haben wir ein breites Spektrum von Akteuren einbezogen, darunter Mitgliedstaaten, Vordenkerinnen und Vordenker, junge Menschen, die Zivilgesellschaft sowie das System der Vereinten Nationen und seine zahlreichen Partner.

Eine Botschaft klang dabei laut und deutlich durch: Die Entscheidungen, die wir heute treffen oder versäumen zu treffen, könnten uns weiter auf den Weg des Zusammenbruchs oder aber zu einem Durchbruch in eine grünere, bessere und sicherere Zukunft führen.

Die Entscheidung liegt bei uns, doch werden wir keine zweite Chance bekommen.

Daher ist **unsere gemeinsame Agenda** vor allem ein Aktionsprogramm, das die Durchführung bestehender Vereinbarungen, einschließlich der Ziele für nachhaltige Entwicklung, beschleunigen soll.

Es ist erstens an der Zeit, uns wieder auf globale Solidarität zu besinnen und neue Wege der Zusammenarbeit zugunsten des Gemeinwohls zu finden. Dazu gehört unbedingt ein globaler Impfplan zur Bereitstellung einer COVID-19-Impfung für die Millionen Menschen, denen diese einfache lebensrettende Maßnahme noch immer versagt ist. Auch bedarf es dringend kühner Schritte zur Bekämpfung der Dreifachkrise aus Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Umweltverschmutzung, die unseren Planeten zerstört.

Es ist zweitens an der Zeit, den Gesellschaftsvertrag zwischen Regierungen und Bevölkerung sowie innerhalb der Gesellschaften zu erneuern, um das Vertrauen wiederherzustellen und einer umfassenden Vision der Menschenrechte zu folgen. Die Menschen müssen positive Veränderungen in ihrem täglichen Leben spüren können. Dies erfordert unter anderem die aktive und gleichberechtigte Teilhabe der Frauen und Mädchen, ohne die ein Gesellschaftsvertrag, der seinen Namen verdient, nicht möglich ist. Darüber hinaus sollten die Leitungs- und Aufsichtsmechanismen modernisiert werden, um bessere öffentliche Güter bereitstellen zu können und eine neue Ära des Sozialschutzes, der Gesundheitsversorgung, der Bildung, der Kompetenzentwicklung, der menschenwürdigen Arbeit und des menschenwürdigen Wohnens für alle sowie des allgemeinen Zugangs zum Internet bis 2030 als grundlegendes Menschenrecht einzuläuten. Ich bitte alle Länder, alle Seiten einbeziehende und konstruktive nationale Anhörungen und Konsultationen zu führen, damit alle Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung der Zukunft ihres Landes mitreden können.

Es ist drittens an der Zeit, der „Infodemie“, von der die Welt derzeit heimgesucht wird, ein Ende zu setzen und zu diesem Zweck einen gemeinsamen, empirisch untermauerten Konsens auf der Grundlage von Fakten, Wissenschaft und Wissen zu verteidigen. Der „Krieg gegen die Wissenschaft“ muss aufhören. Alle politischen und haushaltspolitischen Entscheidungen sollten wissenschaftlich und fachlich fundiert sein, und ich fordere einen globalen Verhaltenskodex, der die Integrität in der Öffentlichkeitsarbeit fördert.

Es ist viertens an der Zeit, bei der Messung des wirtschaftlichen Wohlstands und Fortschritts die Scheuklappen abzulegen. Wenn Gewinne zu Lasten der Menschen und der Erde gehen, erhalten wir ein unvollständiges Bild der wahren Kosten des Wirtschaftswachstums. Die zerstörerische Wirkung bestimmter Wirtschaftstätigkeiten auf Mensch und Umwelt bleibt bei der aktuellen Berechnungsweise des Bruttoinlandsprodukts (BIP) unberücksichtigt. Ich fordere neue Indikatoren ergänzend zum BIP, die uns ein umfassendes Verständnis dessen vermitteln, wie sich Wirtschaftstätigkeiten auswirken und was wir besser machen können und müssen, um die Menschen und die Erde zu unterstützen.

Es ist fünftens an der Zeit, langfristig zu denken, mehr für junge Menschen und die kommenden Generationen zu tun und besser auf die bevorstehenden Herausforderungen vorbereitet zu sein. Unsere gemeinsame Agenda enthält Empfehlungen dafür, wie junge Menschen innerhalb wie außerhalb der Vereinten Nationen auf konstruktive, ihrer

Vielfalt entsprechende und wirksame Weise einbezogen werden können, unter anderem durch eine bessere politische Vertretung und durch die Umgestaltung von Bildung, Kompetenzerwerb und lebenslangem Lernen. Meine weiteren Vorschläge, beispielsweise ein umfunktionierter Treuhandrat, ein „Zukunftslabor“, eine Erklärung über die kommenden Generationen und eine Sondergesandte oder ein Sondergesandter der Vereinten Nationen, sollen dafür sorgen, dass bei strategischen und haushaltspolitischen Entscheidungen die jeweiligen Auswirkungen auf die kommenden Generationen berücksichtigt werden. Darüber hinaus müssen wir besser dafür gerüstet sein, große globale Risiken abzuwenden und ihnen entgegenzutreten. Wichtig wäre, dass die Vereinten Nationen regelmäßig einen strategischen Prognose- und globalen Risikobericht herausgeben. Außerdem befürworte ich die Schaffung einer Notfallplattform, die in Reaktion auf komplexe globale Krisen einberufen wird.

Es ist sechstens an der Zeit, ein stärkeres, besser vernetztes und inklusiveres multilaterales System mit den Vereinten Nationen als Angelpunkt zu schaffen. Ein wirksamer Multilateralismus ist auf wirksam agierende Vereinte Nationen angewiesen, die in der Lage sind, sich den globalen Herausforderungen anzupassen und gleichzeitig den Zielen und Grundsätzen ihrer Charta gerecht zu werden. So befürworte ich eine neue Agenda für den Frieden, Dialoge zwischen der Vielzahl der Interessenträger über den Weltraum, einen globalen Digitalpakt und ein zweijährliches Gipfeltreffen der Mitglieder der Gruppe der 20 mit den Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialrats, dem Generalsekretär und den Leiterinnen und Leitern der internationalen Finanzinstitutionen. Insgesamt bedarf es einer stärkeren Beteiligung aller maßgeblichen Interessenträger, und wir werden uns um die Einrichtung einer Beratungsgruppe für lokale und regionale Gebietskörperschaften bemühen.

Seit 75 Jahren bringen die Vereinten Nationen die Welt an einen Tisch, um globale Herausforderungen von Konflikten und Hunger über die Bekämpfung von Krankheiten, den Weltraum und die digitale Welt bis hin zu Menschenrechten und Abrüstung zu bewältigen. In der heutigen Zeit der Spaltung, des Bruchs und des Misstrauens ist dieser Raum nötiger denn je, wenn wir eine bessere, grünere und friedlichere Zukunft für alle Menschen sichern wollen. Auf der Grundlage dieses Berichts werde ich einen **hochrangigen Beirat** unter der Leitung ehemaliger Staats- und Regierungsoberhäupter bitten, globale öffentliche Güter und andere Bereiche gemeinsamen Interesses zu ermitteln, in denen die Regelungsstrukturen am dringendsten verbessert werden müssen, sowie Optionen dafür vorzuschlagen, wie dies gelingen könnte.

In diesem Geiste schlage ich vor, einen **Zukunftsgipfel** abzuhalten, um einen neuen globalen Konsens darüber zu schaffen, wie unsere Zukunft aussehen soll und was wir heute tun können, um sie zu sichern.

Die Menschheit hat immer wieder gezeigt, dass sie gemeinsam Großes bewirken kann. Diese gemeinsame Agenda ist unser Fahrplan dafür, wie wir diese positive Dynamik zurückgewinnen, mit der Sanierung unserer Welt beginnen und das zu diesem Zeitpunkt so dringend nötige Vertrauen ineinander wiederherstellen können.

Es ist jetzt an der Zeit, die nächsten Schritte auf unserem gemeinsamen Weg zu gehen – in Solidarität mit allen Menschen und zu ihrem Wohl.

HAUPTVORSCHLÄGE ZUR ERFÜLLUNG DER 12 VERPFLICHTUNGEN

aus der Erklärung zum fünfundsiebzigsten Jahrestag
des Bestehens der Vereinten Nationen

VORGESCHLAGENE
SCHLÜSSELMOMENTE

 Alle vorgeschlagenen Maßnahmen stehen mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung im Einklang und sind auf deren raschere Erreichung ausgerichtet.



1. Niemanden zurücklassen

- Ein erneuerter und in den Menschenrechten verankerter Gesellschaftsvertrag
- Eine neue Ära des allgemeinen Sozial-schutzes, einschließlich Gesundheitsversorgung und grundlegender Einkommenssicherung, auch für die 4 Mrd. bislang ungeschützten Menschen
- Verstärktes Augenmerk auf **angemessenem Wohnen, Bildung und lebenslangem Lernen und menschenwürdiger Arbeit**
- **Digitale Inklusivität**
- **Weltsozialgipfel 2015**
- Ermittlung ergänzender Indikatoren zum BIP



2. Die Erde schützen

- Führungsgipfel vor der globalen Bestandsaufnahme im Jahr 2023
- Verpflichtung auf das 1,5 °C-Ziel und Senkung der Emissionen auf Netto-Null bis 2050 oder früher
- Erklärung eines **Klimanotstands** und Verkündung des **Rechts auf eine gesunde Umwelt**
- **Unterstützungspaket für Entwicklungsländer**
- Maßnahmen zur Förderung von Anpassung und Resilienz
- Keine neue Kohlenutzung nach 2021 und allmähliche Abschaffung von Subventionen für fossile Brennstoffe
- **Einbindung des Umweltaspekts in Wirtschaftsmodelle**, Mechanismen für die Bepreisung von CO₂-Emissionen und glaubwürdige Zusagen seitens der Finanzakteure
- **Rahmen für die biologische Vielfalt über 2020 hinaus**
- **Umgestaltung der Nahrungsmittelsysteme** hin zu Nachhaltigkeit, Nährstoffreichtum und Fairness
- Beschlussfassung der Generalversammlung zu **territorialen Bedrohungen durch Klimaänderungen** sowie zur Verhütung von umweltbedingter Vertreibung, zum Schutz davor und zur Lösung solcher Situationen



3. Frieden fördern und Konflikte verhüten

- Eine neue Agenda für den Frieden, um
 - **strategische Risiken (Kernwaffen, Cyberkriegführung, autonome Waffen)** zu verringern
 - die internationale Prognostik zu stärken
 - neue Antworten auf alle Formen der Gewalt zu finden
 - in Prävention und Friedenskonsolidierung zu investieren, einschließlich des Friedenskonsolidierungsfonds und der Kommission für Friedenskonsolidierung
 - die Konfliktverhütung auf regionaler Ebene zu unterstützen
 - Frauen und Mädchen in den Mittelpunkt der Sicherheitspolitik zu stellen
- **den Weltraum friedlich, sicher und nachhaltig zu nutzen**, unter anderem mittels eines Mehrparteiendialogs über den Weltraum



4. Das Völkerrecht einhalten und für Gerechtigkeit sorgen

- Menschenrechte als **Problemlöser**, unter anderem durch umfassende Antidiskriminierungsgesetze und die Förderung der Teilhabe
- Anwendung der **Menschenrechte** im Internet und auf Pionierthemen und neue Technologien
- Allgemeiner Zugang zum Internet als Menschenrecht
- Menschenrechtsmechanismen auf eine nachhaltigere finanzielle Grundlage stellen
- **Rechtliche Identität für alle**, Beendigung der Staatenlosigkeit und Schutz von Binnenvertriebenen, Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten
- Neue Vision der **Rechtsstaatlichkeit**
- **Globaler Fahrplan** für die Entwicklung und wirksame Durchführung des Völkerrechts



5. Frauen und Mädchen in den Mittelpunkt stellen

- Aufhebung geschlechterdiskriminierender Gesetze
- Förderung der Geschlechterparität, auch durch Quoten und **besondere Fördermaßnahmen**
- Erleichterung der wirtschaftlichen Inklusion der Frauen, einschließlich Investitionen in den Pflege- und Betreuungssektor und Unterstützung für Unternehmerinnen
- **Jüngeren Frauen** Gelegenheit zur Mitsprache geben
- Gewalt gegen Frauen und Mädchen beseitigen, unter anderem durch einen **Notfallplan**



6. Vertrauen aufbauen

- **Globaler Verhaltenskodex zur Förderung der Integrität in der Öffentlichkeitsarbeit**
- Verbesserung der Erfahrungen der Menschen mit **öffentlichen Einrichtungen und Basisdienstleistungen**
- Durchführung aller Seiten einschließender **Aktionen zur Meinungssondierung und Zukunftssicht** auf nationaler Ebene
- Maßnahmen zur Bekämpfung der **Korruption** im Einklang mit dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption
- Reform des **internationalen Steuersystems**
- **Gemeinsame Struktur für finanzielle Integrität und die Bekämpfung illegaler Finanzströme**



7. Die digitale Zusammenarbeit verbessern

- Globaler Digitalpakt für:
 - die Anbindung aller Menschen an das Internet, einschließlich aller Schulen
 - die Verhinderung einer Fragmentierung des Internets
 - den Datenschutz
 - die Anwendung der Menschenrechte online
 - die Einführung von Rechenschaftskriterien für Diskriminierung und irreführende Inhalte
 - die Förderung der Regulierung künstlicher Intelligenz
 - digitale Gemeingüter als globales öffentliches Gut



8. Die Vereinten Nationen modernisieren

- Hochrangiger Beirat unter der Leitung ehemaliger Staats- und Regierungsoberhäupter für verbesserte Regelungsstrukturen für globale öffentliche Güter
- Systemweite Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und dabei Alter, Geschlecht und Vielfalt berücksichtigt
- Mehr Anhörungen, Teilhabe und Konsultationen (auch in digitaler Form) auf der Grundlage der Erklärung zum fünfundsiebzigsten Jahrestag und unserer gemeinsamen Agenda
- Geschlechterparität im System der Vereinten Nationen bis 2028
- Wiedereinsetzung des wissenschaftlichen Beirats des Generalsekretärs
- „Quintett des Wandels“ für die Vereinten Nationen 2.0, nämlich Innovation, Daten, strategische Prognostik, Ergebnisorientierung und Verhaltenswissenschaft



9. Eine nachhaltige Finanzierung sicherstellen

- Zweijährliches Gipfeltreffen der Gruppe der 20 mit dem Wirtschafts- und Sozialrat, dem Generalsekretär und den Leiterinnen und Leitern der internationalen Finanzinstitutionen zugunsten einer nachhaltigen, inklusiven und resilienten Weltwirtschaft, einschließlich:
 - der Unterstützung eines Investitionschubs für die Ziele für nachhaltige Entwicklung, unter anderem über ein „Endspurtbündnis“, um diejenigen zu erreichen, die am weitesten zurückliegen
 - der Schaffung flexiblerer Anreize für Forschung und Entwicklung
 - der Beseitigung von Schwächen in der Schuldenarchitektur
- eines faireren und krisenfesten multilateralen Handelssystems samt einer neu belebten WTO
- neuer Geschäftsmodelle
- der Verbesserung des Haushaltsverfahrens der Vereinten Nationen



10. Partnerschaften fördern

- Jährliche Treffen zwischen den Vereinten Nationen und allen Leiterinnen und Leitern der Regionalorganisationen
- Stärkeres Zusammenwirken des Systems der Vereinten Nationen, der internationalen Finanzinstitutionen und der regionalen Entwicklungsbanken
- Systematischeres Zusammenwirken mit Parlamenten, subnationalen Behörden und dem Privatsektor
- Anlaufstellen für die Zivilgesellschaft bei allen Institutionen der Vereinten Nationen
- Büro der Vereinten Nationen für Partnerschaften zur Konsolidierung des Zugangs und der Einbindung, einschließlich eines barrierefreien Online-Zugangs



11. Den jungen Menschen zuhören und mit ihnen zusammenarbeiten

- Junge Menschen
 - Beseitigung von Hindernissen für die politische Teilhabe und Messung der Fortschritte über einen Index „Jugend in der Politik“
 - Büro der Vereinten Nationen für Jugendfragen
 - Gipfeltreffen zur Bildungstransformation 2022
 - Erholungsbarometer zur Verfolgung der Berufswege junger Menschen und ihrer Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt
 - Koalition der hohen Ambitionen, die die Schaffung von Arbeitsplätzen in der grünen und der digitalen Wirtschaft fördern soll
- Die kommenden Generationen
 - Zukunftsgipfel 2023
 - Gewährleistung eines langfristigen Denkens, auch durch ein „Zukunftslabor“ der Vereinten Nationen
 - Vertretung der kommenden Generationen, u. a. mittels eines umfunktionierten Treuhandrats, einer Erklärung über die kommenden Generationen und einer oder eines VN-Sondergesandten für die kommenden Generationen



12. Vorbereitet sein

- In Reaktion auf komplexe globale Krisen einzuberufende Notfallplattform
- Strategischer Prognose- und globaler Risikobericht der Vereinten Nationen alle fünf Jahre
- Für die globale öffentliche Gesundheit:
 - Globaler Impfplan
 - Gestärkte WHO
 - Mehr Sicherheit und Vorsorge im Bereich der globalen Gesundheit
 - Beschleunigung der Produktentwicklung und des Zugangs zu Gesundheitstechnologien in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen
 - Allgemeine Gesundheitsversorgung und Berücksichtigung der Determinanten von Gesundheit

Inhalt

	<i>Seite</i>
I. Ein Weckruf	7
A. Wir müssen uns entscheiden	9
B. Erneuerung der Solidarität	11
C. Unsere gemeinsame Agenda	13
II. Wir, die Völker: Ein erneuerter Gesellschaftsvertrag, der in den Menschenrechten verankert ist	13
A. Die Grundlagen eines erneuerten Gesellschaftsvertrags	14
B. Vertrauen	15
C. Inklusion, Schutz und Teilhabe	18
D. Quantifizierung und Bewertung dessen, was für den Menschen und die Erde wichtig ist	24
III. Die kommenden Generationen: Die Zukunft gestalten	26
A. Solidarität mit den jüngeren Generationen	27
B. Solidarität mit den kommenden Generationen	32
IV. Alle Nationen, ob groß oder klein: Eine neue globale Abmachung für die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter und die Überwindung großer Risiken	34
A. Schutz der globalen Gemeingüter und Bereitstellung globaler öffentlicher Güter	34
B. Großen Risiken begegnen	50
C. Die nächsten Schritte	51
V. Ziele und Grundsätze: die Vereinten Nationen an eine neue Ära anpassen	55
A. Für das Sekretariat und das System der Vereinten Nationen	55
B. Zur Behandlung durch die Mitgliedstaaten	59
VI. Der weitere Weg	61
Anhang	
Der Prozess der Konsultationen über unsere gemeinsame Agenda	63

I. Ein Weckruf

1. Vor fünfundsiebzig Jahren blickte die Welt auf eine Reihe katastrophaler Ereignisse zurück: zwei aufeinanderfolgende Weltkriege, Völkermord, eine verheerende Grippepandemie und eine Weltwirtschaftskrise. Die Gründer der Vereinten Nationen versammelten sich in San Francisco und versprachen, die kommenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen, Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung des Völkerrechts gewahrt werden können, und den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern. Sie gründeten die Vereinten Nationen, weil sie an den Wert kollektiver Bemühungen um eine bessere Welt glaubten.

2. Die Charta der Vereinten Nationen ist eine große Errungenschaft. Seit 1945 sorgen internationale Normen und Institutionen für Unabhängigkeit, Frieden, Wohlstand, Gerechtigkeit, Menschenrechte, Hoffnung und Unterstützung für Milliarden von Menschen. Für viele andere wurden diese Bestrebungen jedoch nie vollständig verwirklicht und sind nun rückläufig. Zu viele Menschen sind außerdem von den Möglichkeiten und Vorteilen der Technologie und sich im Übergang befindlicher Wirtschaftssysteme ausgeschlossen und sehen einer düsteren Zukunft entgegen, wenn wir nicht schnell handeln.

3. Die Pandemie der Coronavirus-Krankheit (COVID-19) ist eine Herausforderung wie keine andere seit dem Zweiten Weltkrieg, die unsere Verflechtung und kollektive Verwundbarkeit deutlich macht. Sie hat Menschenrechtsprobleme offenbart, tiefgreifende Schwächen und Ungleichheiten in unseren Gesellschaften verschärft und bei fortdauernder Virusgefahr die Enttäuschung über Institutionen und politische Führung wachsen lassen. Wir haben auch viele Beispiele für Impfnationalismus gesehen. Außerdem sind wir bei der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in den weniger als zehn verbleibenden Jahren noch weiter vom Kurs abgekommen.

4. Gleichzeitig hat die Pandemie gemeinschaftliches Handeln befördert und die Menschen in Reaktion auf eine wirklich globale Bedrohung zusammenarbeiten lassen. Die Welt muss an einem Strang ziehen, um genügend Impfstoffe für alle herzustellen und zu verteilen. Die Pandemie hat uns daran erinnert, dass dem Staat bei der Problemlösung eine wichtige Rolle zukommt, aber auch daran, dass es weit über die Staaten hinausgehender Netzwerke verschiedenster Akteure aus Städten, Unternehmen, Wissenschaft, Gesundheitsfachkräften, Forschung, Zivilgesellschaft, Medien, Glaubensgemeinschaften und Einzelpersonen bedarf. Die Lösung für eine Bedrohung, der wir alle gleichermaßen ausgesetzt sind, kann nur in Zusammenarbeit und Solidarität bestehen, sowohl innerhalb der Gesellschaften als auch zwischen den Nationen.

Was uns COVID-19 gekostet hat

- Das globale Bruttoinlandsprodukt ging **2020 um geschätzte 3,5 Prozent** zurück.
- Die Pandemie hat weitere **124 Millionen Menschen in extreme Armut** gestürzt. Der pandemiebedingte Anstieg der Armut wird auch das Geschlechtergefälle bei der Armut erhöhen und mehr Frauen als Männer in die extreme Armut treiben.
- Weltweit hatte im Jahr 2020 beinahe **ein Drittel** aller Menschen (2,37 Milliarden) **keinen Zugang zu angemessenen Nahrungsmitteln** – ein Anstieg um fast 320 Millionen Menschen in nur einem Jahr.
- Ersten Schätzungen zufolge könnte die **Kindersterblichkeit** aufgrund von Mängeln in der Gesundheitsversorgung und eingeschränktem Zugang zu Nahrungsmitteln **um bis zu 45 Prozent ansteigen**.
- **Die Gesamtarbeitszeit ging 2020 um 8,8 Prozent zurück**, was 255 Millionen Vollzeitstellen entspricht.
- Eingeschränkte Bewegungsfreiheit, soziale Isolation und wirtschaftliche Unsicherheit machen **Frauen** überall auf der Welt **anfälliger für häusliche Gewalt**.

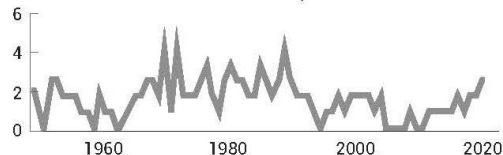
AUSGEWÄHLTE ERFOLGE DES MULTILATERALEN SYSTEMS

FRIEDEN



Trotz anhaltender internationaler Spannungen, Konflikte und Gewalttaten hat das multilaterale System, in dessen Mittelpunkt die Vereinten Nationen stehen, dazu beigetragen, **einen dritten Weltkrieg oder einen nuklearen Holocaust zu verhindern.**

Zwischenstaatliche Konflikte, 1946–2020



Quelle: Peace Research Institute Oslo, 2020.

MENSCHENRECHTE



Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948) hat dazu beigetragen, dass **Milliarden von Menschen ein sichereres, längeres und würdevolleres Leben führen können.**

80%

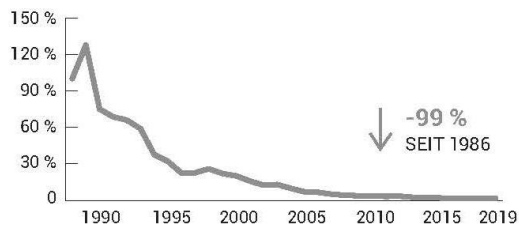
80 % der Mitgliedstaaten haben mindestens vier der grundlegenden internationalen Menschenrechtsverträge **ratifiziert**, und alle Mitgliedstaaten haben mindestens einen Vertrag ratifiziert.

Quelle: OHCHR, 2021.

UMWELT



Ozonabbauende Emissionen seit dem Montrealer Protokoll, Index 1986 = 100 %



Quelle: UNEP, 2021.

HUMANITÄRE MASSNAHMEN



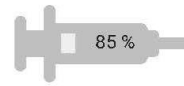
Im Jahr 2020 leisteten die Vereinten Nationen und ihre Partnerorganisationen humanitäre Hilfe für mehr als **98 Millionen Menschen in 25 Ländern.**

Quelle: Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, 2021.

GESUNDHEIT



Nach 10 Jahren weltweiter Anstrengungen unter der Leitung der WHO und über **500 Millionen Impfungen** wurden die Pocken 1980 offiziell für ausgerottet erklärt.



Heute sind weltweit 85 % der Kinder geimpft und vor schweren Krankheiten geschützt.

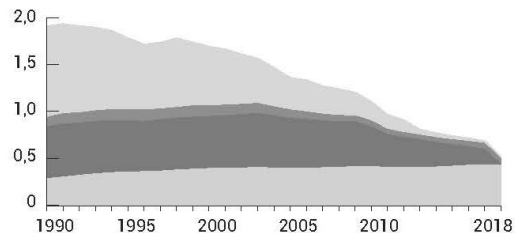
Quelle: WHO, 2020.

ARMUTSBESEITIGUNG



● Ostasien und Pazifik ● Südasiens
● Rest der Welt ● Afrika südlich der Sahara

Bevölkerung (in Milliarden), die weltweit in extremer Armut lebt



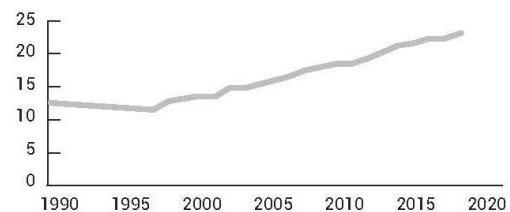
Quelle: Weltbank, 2018.

GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER



90 % der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen haben das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau ratifiziert oder sind ihm beigetreten.

Sitzanteil der Frauen in nationalen Parlamenten (in Prozent)



Quelle: Statistikabteilung, 2021.

A. Wir müssen uns entscheiden

5. Machen wir uns nichts vor: COVID-19 könnte im Vergleich zu künftigen Herausforderungen bedeutungslos erscheinen, wenn wir aus den Versäumnissen, die Menschenleben und Existenzgrundlagen gekostet haben, nicht lernen. Unsere günstigsten Prognosen stellen uns vor die Wahl: Entweder wir machen weiter wie bisher und riskieren einen schwer wiegenden Zusammenbruch und eine Dauerkrise oder wir unternehmen konzertierte Anstrengungen, um einen Durchbruch zu erzielen und ein internationales System zu schaffen, das den Menschen und dem Planeten dient. Wir dürfen die Warnzeichen nicht ignorieren und die Chancen nicht ungenutzt lassen.

WIR MÜSSEN UNS ENTSCHEIDEN:

EIN SZENARIO DES ZUSAMMENBRUCHS UND DER DAUERKRISE



TÖDLICHE PANDEMIE



- COVID-19 ist **endemisch** und **mutiert immer weiter**
- Reiche Länder **horten Impfstoffe**, kein Plan für gerechte Verteilung
- Die **Gesundheitssysteme** sind überlastet
- **Keine Vorbereitung** auf künftige Pandemien
- Eine Reihe von Ländern ist 2030 ärmer als vor der Pandemie

UNBEWOHNBARER PLANET



- Aufgrund des unveränderten Emissionsniveaus infolge menschlicher Aktivitäten wird die **globale Erwärmung von 2 °C im 21. Jahrhundert überschritten**
- **Hitzewellen, Überschwemmungen, Dürren, tropische Wirbelstürme und andere Extremereignisse** sind in ihrem Ausmaß, in ihrer Häufigkeit und in ihrem zeitlichen und räumlichen Auftreten beispiellos
- Die **Arktis** ist im Sommer **eisfrei**, ein Großteil des **Permafrosts ist aufgetaut**, und alljährlich kommt es zu **extrem hohen Meeresspiegeln**
- Eine Million Arten ist **vom Aussterben bedroht** und der **Verlust an biologischer Vielfalt** unumkehrbar
- Mehr als **1 Milliarde Menschen** ist **lebensbedrohlicher Hitze** ausgesetzt

DESTABILISIERENDE UNGLEICHHEITEN



- Kontinuierliche **Aushöhlung der Menschenrechte**
- **Steigende Armut** und massiver Verlust von Arbeitsplätzen und Einkommen
- Öffentliche Güter wie Bildung und Sozialschutzsysteme sind unterfinanziert
- **Proteste breiten sich grenzüberschreitend aus** und werden oft gewaltsam unterdrückt
- Technologie trägt zur Spaltung bei
- **Neue Arten der Kriegsführung** werden schneller erfunden als neue Wege, um Frieden zu stiften

WARNZEICHEN



9,2 Billionen Dollar geschätzte Kosten für die Weltwirtschaft allein im Jahr 2021 ohne den gleichberechtigten Zugang von Entwicklungsländern zu COVID-19-Impfstoffen

Quelle: Internationale Handelskammer, 2021.



Der Anstieg der **Treibhausgas-konzentration** seit etwa 1750 ist **eindeutig auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen** und hat zwischen 1850 und 1900 zu einer Erwärmung um ~1,1 °C geführt

Quelle: Zwischenstaatliche Sachverständigengruppe für Klimaänderungen, 2021.



36 Länder mit niedrigem Einkommen befinden sich in einer **Staatsschuldenkrise** oder haben ein hohes Risiko, in eine Schuldenkrise zu geraten (Februar 2021)

Quelle: Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, 2020.



Bis zu **827.000** unter Säugetieren und Vögeln zirkulierende **Viren**, die **Menschen infizieren könnten**

Quelle: International Institute for Sustainable Development, 2021.



Die **Aussterberate** ist jetzt **10-100 mal höher als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt in den letzten 10 Millionen Jahren**

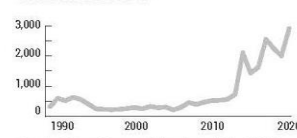
Quelle: Vereinte Nationen, 2019.



Bis **2050** könnte es **mehr Plastik als Fische im Meer** geben

Quelle: UNEP, 2020.

Rasche Zunahme nichtstaatlicher Konflikte seit 2010



Quelle: Peace Research Institute Oslo, 2020.

DIE FOLGEN FÜR DEN MULTILATERALISMUS



Aushöhlung des Gesellschaftsvertrags und Zunahme geopolitischer Spannungen



Internationale Institutionen im **Teufelskreis aus mangelnden Investitionen und mangelnder Leistung**



Unilateralismus wird der **Solidarität vorgezogen**



Kein Konsens über Fakten, Wissenschaft oder Wissen

WIR MÜSSEN UNS ENTSCHEIDEN: EIN SZENARIO DES DURCHBRUCHS UND DER AUSSICHT AUF EINE GRÜNERE, SICHERERE, BESSERE ZUKUNFT



NACHHALTIGE ERHOLUNG



- **Breite Verfügbarkeit und faire Verteilung der Impfstoffe**
- Impfstoffe für künftige Pandemien können innerhalb von 100 Tagen hergestellt und innerhalb eines Jahres weltweit verteilt werden
- Menschen in Krisen- und Konfliktsituationen bietet sich eine **Brücke zu einem besseren Leben**
- Verbesserte internationale Schuldenarchitektur
- Anreize für Unternehmen zur Unterstützung globaler öffentlicher Güter
- **Fortschritte** bei der Bewältigung von illegalen Finanzströmen, Steuer- und Klimafinanzierung
- Finanz- und Wirtschaftssysteme unterstützen **nachhaltigere, widerstandsfähigere und inklusivere Wachstumsmuster**

GESUNDE MENSCHEN AUF EINEM GESUNDEN PLANETEN



- Der globale Temperaturanstieg wird auf 1,5 °C begrenzt
- **Dekarbonisierung** in allen Ländern und Sektoren **bis 2050**
- Unterstützung für Länder, die durch den Klimawandel in schwere Not geraten
- Gewährleistung gerechter Übergänge in eine neue Arbeitswelt
- **Erhaltung** eines funktionierenden **Ökosystems** für kommende Generationen
- Gemeinschaften zeigen sich widerstandsfähig gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels und vermögen sich daran anzupassen

VERTRAUEN UND SOZIALER SCHUTZ



- Starkes Bekenntnis zur **Allgemeingültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte**
- **Allgemeiner sozialer Basisschutz, einschließlich allgemeiner Gesundheitsversorgung**
- **Universelle digitale Vernetzung**
- **Hochwertige Bildung, Kompetenzentwicklung und lebenslanges Lernen**
- Fortschritte bei der Bekämpfung geschlechtsspezifischer, rassistischer, wirtschaftlicher und anderer Ungleichheiten
- Gestärkter sozialer Zusammenhalt durch **gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Institutionen und den Menschen, denen sie dienen**, sowie zwischen und innerhalb von Gemeinschaften

ZEICHEN DER HOFFUNG



146 Millionen Menschen werden bis 2030 durch Investitionen in Regierungsführung, Sozialschutz, grüne Wirtschaft und Digitalisierung **aus der extremen Armut geholt** (darunter 74 Millionen Frauen und Mädchen)

Quelle: UNDP, 2020.



Die **Methanemissionen** könnten mit der heute vorhandenen Technologie **um 30 % verringert** werden

Quelle: UNEP, 2021.



Der Übergang zu **kohlenstoffarmen, nachhaltigen Wachstumskonzepten** könnte bis 2030 im Vergleich zur bisherigen Wirtschaftspraxis direkte wirtschaftliche Vorteile in Höhe von 26 Billionen Dollar einbringen

Quelle: Vereinte Nationen, 2021.

DIE FOLGEN FÜR DEN MULTILATERALISMUS



Eine neue Ära des Multilateralismus, in der Länder und andere Akteure an der Lösung der wichtigsten Probleme arbeiten



Das internationale System ist **im Notfall schnell und unterschiedslos zur Stelle**



Alle Akteure zeichnen für die Einhaltung eingegangener Verpflichtungen **verantwortlich**



Die **Vereinten Nationen** sind eine **verlässliche Plattform** für die Zusammenarbeit zwischen einer wachsenden Zahl und Vielfalt von Akteuren

B. Erneuerung der Solidarität

6. Anlässlich des fünfundsiebzigjährigen Bestehens der Vereinten Nationen im Jahr 2020 brachten Menschen aus aller Welt ihren Glauben an die internationale Zusammenarbeit zum Ausdruck, äußerten aber auch ihre Besorgnis über die Diskrepanz zwischen den Versprechungen und der Realität ihres Alltags. Die Mitgliedstaaten pflichteten dem in ihrer Erklärung zum fünfundsiebzigsten Jahrestag des Bestehens der Vereinten Nationen (siehe Resolution 75/1 der Generalversammlung) bei, zeigten sich entschlossen, ihre bereits abgegebenen Versprechen einzuhalten, und baten um Empfehlungen, wie wir unsere gemeinsame Agenda voranbringen und aktuellen wie künftigen Herausforderungen begegnen können.

7. Mit diesem Bericht wollen wir den an uns gerichteten Aufforderungen nachkommen. Dazu nehmen wir eine Bestandsaufnahme der Herausforderungen vor und empfehlen Maßnahmen, die auf Bewährtem aufbauen und Überholtes verbessern. Der Multilateralismus hat sich seit der Gründung der Vereinten Nationen erheblich weiterentwickelt, und wir haben bewiesen, dass wir an einem Strang ziehen können, um gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Dies geschieht jedoch nicht häufig, nicht wirksam und nicht umfassend genug.

8. **Größere Solidarität** ist die Voraussetzung für alle Vorschläge in diesem Bericht. Solidarität ist nicht mit Wohltätigkeit gleichzusetzen, sondern ist in einer vernetzten Welt nichts weiter als gesunder Menschenverstand. Solidarität ist der Grundsatz der Zusammenarbeit in dem Bewusstsein, dass wir auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden sind und dass weder Gemeinschaften noch Länder ihre Herausforderungen im Alleingang bewältigen können. Solidarität heißt, dass wir gemeinsam Verantwortung füreinander tragen und dabei unser aller Menschlichkeit, die Würde eines jeden Menschen, unsere Vielfalt und unsere unterschiedlichen Fähigkeiten und Bedürfnisse berücksichtigen. COVID-19 und der Wettlauf gegen die Virusvarianten haben deutlich gezeigt, wie wichtig Solidarität selbst für Länder ist, deren Impfkampagnen schon weit fortgeschritten sind. Niemand ist sicher, solange nicht alle sicher sind. Dasselbe gilt für die biologische Vielfalt, ohne die niemand von uns überleben kann, und für die Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise. Fehlende Solidarität hat uns zu einem bedenklichen Paradox geführt: Nie war internationale Zusammenarbeit so wichtig wie heute, doch nie war sie schwerer zu erreichen.

WAS WIR UNTER SOLIDARITÄT VERSTEHEN



Solidarität ist ein grundlegender Wert, „auf Grund dessen die globalen Herausforderungen in einer Art und Weise bewältigt werden müssen, die zu einer gerechten Verteilung der Kosten und Lasten im Einklang mit den Grundprinzipien der Ausgewogenheit und der sozialen Gerechtigkeit führt und sicherstellt, dass diejenigen, die leiden oder den geringsten Nutzen ziehen, von denjenigen Hilfe erhalten, die am meisten profitieren“ (Resolution 57/213 der Generalversammlung).

9. Durch ein stärkeres Bekenntnis zu Solidarität auf nationaler Ebene, zwischen den Generationen und im multilateralen System können wir das Szenario eines Zusammenbruchs abwenden und stattdessen den Durchbruch in eine positivere Zukunft schaffen. Dieser Bericht weist einen **Weg nach vorn**, der auf einer **Erneuerung unseres Gesellschaftsvertrags** aufbaut, an die Herausforderungen dieses Jahrhunderts angepasst ist, junge Menschen und die kommenden Generationen berücksichtigt und durch einen **globalen „New Deal“** ergänzt wird.

10. Ein starker, in den Menschenrechten verankerter **Gesellschaftsvertrag** auf nationaler Ebene ist die Grundvoraussetzung für unsere Zusammenarbeit. Auch wenn er nicht in einem entsprechenden Dokument niedergeschrieben ist, hat der Gesellschaftsvertrag doch tiefgreifende Auswirkungen auf die Menschen. Er bildet die Grundlage ihrer Rechte und Pflichten und bestimmt ihre Chancen im Leben. Er ist auch für die internationale Zusammenarbeit unverzichtbar, da länderübergreifende Bande nicht halten, wenn die länderinternen Bande zerrissen sind. Die Ungleichheit, das Misstrauen und die Intoleranz, die in vielen Ländern und Regionen herrschen und die durch die verheerenden Auswirkungen der COVID-19-Pandemie noch verschärft werden, legen den Schluss nahe, dass es an der Zeit ist, den Gesellschaftsvertrag zu erneuern – für eine neue Ära, in der Einzelpersonen, Staaten und andere Akteure partnerschaftlich zusammenarbeiten, um Vertrauen zu schaffen, die Teilhabe und Inklusion zu erweitern und den menschlichen Fortschritt neu zu definieren.

11. Die Erhöhung der Solidarität auf nationaler Ebene muss mit einer neuen Verpflichtung gegenüber **jungen Menschen und den kommenden Generationen** einhergehen, denen die einleitenden Worte der Charta der Vereinten Nationen ein feierliches Versprechen geben. Verstärkte Solidarität mit der heutigen Generation junger Menschen, die das Gefühl haben, dass unsere politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systeme ihre gegenwärtige Situation ignorieren und ihre Zukunft verspielen, ist längst überfällig. Wir müssen dafür sorgen, dass wir ihnen bessere Bildung und Arbeitsplätze bieten und ihnen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft einräumen. Wir müssen auch Wege finden, die Interessen der etwa 10,9 Milliarden Menschen, die in diesem Jahrhundert – vorwiegend in Afrika und Asien – geboren werden, systematisch zu berücksichtigen. Wir werden nur dann einen Durchbruch erzielen, wenn wir gemeinsam und auf lange Sicht in ihrem Sinn denken und handeln.

12. Um die Solidarität innerhalb von Gesellschaften und zwischen den Generationen zu fördern, brauchen wir auch einen „**New Deal**“ auf **globaler Ebene**. Im 21. Jahrhundert besteht der Zweck der internationalen Zusammenarbeit darin, eine Reihe unabdingbarer gemeinsamer Ziele zu erreichen, von denen unser Wohlergehen, ja sogar unser Überleben als Menschheit abhängt. Insbesondere müssen wir die **globalen Gemeingüter** besser schützen und ein breiteres Spektrum **globaler öffentlicher Güter** bereitstellen, also alle die Dinge, die der gesamten Menschheit zugutekommen und die nicht von einem einzelnen Staat oder Akteur allein verwaltet werden können. Viele dieser Ziele sind in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und in der Erklärung zum fünfundsiebzigsten Jahrestag des Bestehens der Vereinten Nationen dargelegt. Nach meinem Dafürhalten ist es höchste Zeit, dass die Mitgliedstaaten gemeinsam mit anderen maßgeblichen Akteuren Strategien zur Erreichung dieser Ziele durch eine verbesserte multilaterale Verwaltung der globalen Gemeingüter und der globalen öffentlichen Güter entwickeln. Darüber hinaus müssen wir **große Risiken** konsequenter angehen und aus den Erkenntnissen lernen, die wir bei der Bekämpfung von COVID-19 gewonnen haben.

13. Schließlich steht den Staaten mit den **Vereinten Nationen** eine Organisation zur Verfügung, deren ausdrückliches Ziel es ist, internationale Probleme durch Zusammenarbeit zu lösen. Die Vereinten Nationen sind weltweit präsent, ihre Mitgliedschaft ist universell, und ihre Aktivitäten erstrecken sich über die gesamte Bandbreite menschlicher Bedürfnisse. Ihre Grundwerte folgen nicht denen einer bestimmten Region, sondern sie sind vielmehr in allen Kulturen und Religionen der Welt zu finden: Frieden, Gerechtigkeit, Menschenwürde, Fairness, Toleranz und natürlich Solidarität. Auch wenn die grundlegenden Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen zeitlos sind, muss sich die Organisation in Reaktion auf eine sich verändernde Welt dennoch weiterentwickeln, um besser vernetzt, inklusiver und wirksamer zu werden.

C. Unsere gemeinsame Agenda

14. Wir halten die Pläne für eine bessere Welt bereits in Händen, darunter die Charta der Vereinten Nationen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere internationale Menschenrechtsübereinkünfte, die Agenda 2030 und die Ziele für nachhaltige Entwicklung, das Übereinkommen von Paris über Klimaänderungen und andere wichtige Übereinkünfte. Dies sind nur einige der zahlreichen Resolutionen und internationalen Übereinkünfte, die über 75 Jahre hinweg mühsam erarbeitet wurden und ein unverzichtbares Erbe darstellen. Wir können und müssen auf ihnen aufbauen und uns verstärkt um ihre Durchführung bemühen.

15. Die Welt hat sich jedoch auch verändert. Dadurch sind neue Bedürfnisse entstanden, deren Erfüllung neue Vereinbarungen und Regelungen erfordert. Wir müssen die Höhepunkte des bisher Erreichten mit dem kreativsten Blick in die Zukunft verbinden, wenn wir die Solidarität stärken und einen Durchbruch für die Menschen und die Erde erzielen wollen. Die in diesem Bericht vorgeschlagenen dringenden und transformativen Maßnahmen schließen erfolgskritische Lücken. So wie die Gründer der Vereinten Nationen in dem Bestreben zusammenkamen, die kommenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, müssen wir jetzt zusammenkommen, um die kommenden Generationen vor Krieg, Klimawandel, Pandemien, Hunger, Armut, Ungerechtigkeit und einer Vielzahl von Risiken zu bewahren, die wir vielleicht noch gar nicht vollständig absehen können. Dies ist unsere gemeinsame Agenda.

BEZIEHUNG ZWISCHEN UNSERER GEMEINSAMEN AGENDA UND DEN ZIELEN FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG



Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die Ziele für nachhaltige Entwicklung sind das Herzstück unserer gemeinsamen Agenda. Die Agenda 2030 ist ein Aktionsplan für die Menschen, den Planeten, Wohlstand und Frieden, der darauf abzielt, die Menschenrechte für alle zu verwirklichen und die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung sind integriert und unteilbar und tragen in ausgewogener Weise den drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung Rechnung: der wirtschaftlichen, der sozialen und der ökologischen Dimension. Viele der in diesem Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen sind darauf gerichtet, die Ziele schneller zu erreichen, nicht zuletzt angesichts der durch die COVID-19-Pandemie verursachten Lücken und Verzögerungen. Die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Erreichung der Ziele werden wiederum für die Umsetzung unserer gemeinsamen Agenda von entscheidender Bedeutung sein.

II. Wir, die Völker: Ein erneuerter Gesellschaftsvertrag, der in den Menschenrechten verankert ist

16. Durch COVID-19 hat die Entscheidung, vor der wir stehen, an Dringlichkeit gewonnen. Bereits vor der Pandemie bröckelte die Solidarität in vielen Gesellschaften. Eine erhöhte Unrechtswahrnehmung, wachsender Populismus und nach innen gerichtete nationalistische Agenden, die Trivial- und Scheinlösungen bieten und Verschwörungstheorien spinnen, erschweren die Regierungsführung. Die Entfremdung zwischen den Menschen und den in ihrem Dienst stehenden Institutionen wird immer größer. Viele fühlen sich zurückgelassen und haben das Vertrauen verloren, dass das System in ihrem Interesse handelt. Soziale Bewegungen und Proteste haben zugenommen, und die Vertrauenskrise, die durch den Verlust einer gemeinsamen Wahrheit und eines gemeinsamen Verständnisses geschürt wird, spitzt sich mehr und mehr zu. Vieles wird in Frage gestellt: wie wir uns unsere Gesellschaften und unseren so fragilen Planeten miteinander teilen, was uns im Grunde verbindet und wie wir mit denjenigen umgehen, die eine andere Meinung vertreten, sich ungerecht behandelt oder ausgeschlossen fühlen.

17. Schuld daran ist ein brüchiger Gesellschaftsvertrag – das gesellschaftsweite Verständnis dessen, wie gemeinsame Probleme zu lösen, Risiken zu steuern und Ressourcen zu bündeln sind, damit öffentliche Güter bereitgestellt werden können, und wie die kollektiven

Institutionen und Normen einer Gesellschaft funktionieren. Diese auf Gegenseitigkeit beruhenden Normen bestehen weltweit, lediglich die Ausprägung variiert.

18. Ein Gesellschaftsvertrag muss mit wechselnden Gegebenheiten Schritt halten. Revolutionen, Kriege, wirtschaftlicher Zusammenbruch und andere Katastrophen setzen den Gesellschaftsvertrag unmittelbar unter Druck. Gesellschaften, die sich nicht schnell genug anpassen können, können daran zerbrechen. Durch COVID-19 kam es erstmals seit Jahrzehnten zu einer dramatischen Veränderung der Gegebenheiten in allen Ländern. Dieser Schock traf uns zu einer Zeit, in der wir unsere Fürsorgepflicht gegenüber unseren Mitmenschen und der Erde ohnehin schon in vielerlei Hinsicht vernachlässigten. Im Hinblick auf die Pandemie und die Zeit danach benötigen wir dringend einen erneuerten Gesellschaftsvertrag, der in einem umfassenden Menschenrechtsansatz verankert ist und der die Einbindung von weitaus mehr Akteuren in die Bewältigung zunehmend komplexer und miteinander verknüpfter Probleme ermöglicht.

WAS WIR UNTER GESELLSCHAFTS- VERTRAG VERSTEHEN

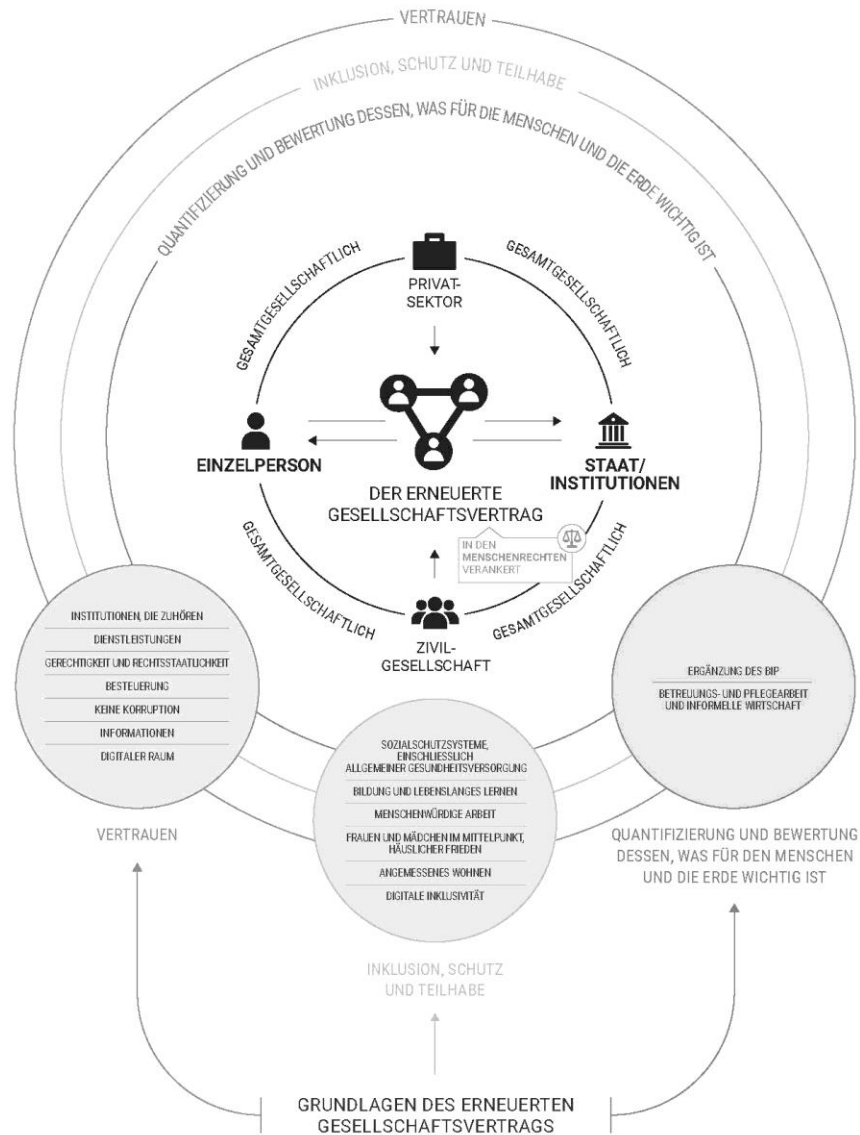


Der Begriff „Gesellschaftsvertrag“ wird häufig auf die westliche oder europäische Philosophie zurückgeführt. Verwandte Konzepte, die die wechselseitigen Verpflichtungen zwischen Menschen, Haushalten, Gemeinschaften und ihren Führungsverantwortlichen beschreiben, finden sich jedoch in allen Regionen und religiösen Traditionen, darunter in Afrika, Amerika, Asien und dem Nahen Osten.

A. Die Grundlagen eines erneuerten Gesellschaftsvertrags

19. Der Gesellschaftsvertrag entsteht auf der subnationalen und nationalen Ebene, und es ist zweifelsohne Sache der jeweiligen Gesellschaft, zu bestimmen, wie er beschaffen sein soll. Jeder Gesellschaftsvertrag hat jedoch auch eine globale Dimension. Alle Gesellschaften sind globalen Belastungen ausgesetzt und davon betroffen, doch die Solidarität innerhalb der Länder schafft die Grundlagen für die internationale Zusammenarbeit. Daher werde ich das gesamte System der Vereinten Nationen dafür mobilisieren, die Länder bei der Erneuerung eines in den Menschenrechten verankerten Gesellschaftsvertrags zu unterstützen. Die Konsultationen zu unserer gemeinsamen Agenda haben drei Grundvoraussetzungen für einen erneuerten, dem 21. Jahrhundert angemessenen Gesellschaftsvertrag ergeben: **a) Vertrauen, b) Inklusion, Schutz und Teilhabe und c) die Quantifizierung und Bewertung dessen, was für die Menschen und die Erde wichtig ist.** Diese Ideen kommen in verschiedenen Gesellschaften, Regionen und Kulturen unterschiedlich zum Ausdruck, doch hat die internationale Gemeinschaft über die Vereinten Nationen einen Konsens hergestellt, indem sie Grundprinzipien wie Solidarität, Achtung der Menschenrechte, Rechenschaftspflicht und Gleichheit festschrieb. In praktischer Form zeigen sich diese Grundsätze in der Agenda 2030 in der Verpflichtung niemanden zurückzulassen.

DER ERNEUERTE GESELLSCHAFTSVERTRAG



B. Vertrauen

20. Die entscheidende Herausforderung besteht für uns darin, Vertrauen zu schaffen und Misstrauen zu bekämpfen – zwischen Menschen und Institutionen, aber auch zwischen verschiedenen Personen und Gruppen innerhalb einer Gesellschaft. **Zwischenmenschliches Vertrauen und Vertrauen in Institutionen** sind beide wichtig und verstärken einander, doch steht Letzteres bei den nachstehenden Empfehlungen im Vordergrund. Das Vertrauen in die großen Institutionen ist weltweit insgesamt stark zurückgegangen. Schuld daran ist ihr tatsächliches und vermeintliches Versäumnis, Erwartungen zu erfüllen, gerecht, transparent und inklusiv zu sein, verlässliche Informationen bereitzustellen und das Leben der Menschen positiv zu verändern. So war es beispielsweise dort, wo Öffentlichkeit und Regierung einander misstrauen, schwerer, einen Konsens zu den gesundheitspolitischen Einschränkungen zur Bekämpfung von COVID-19 aufrechtzuerhalten. Die Länder jedoch, in denen das Vertrauen in öffentliche Institutionen (und auch das zwischenmenschliche Vertrauen) stärker

ist, konnten die Pandemie besser im Zaum halten. Die Herausforderungen, die sich uns in Zukunft stellen, werden ein ähnliches – wenn nicht höheres – Maß an zwischenmenschlichem Vertrauen und Vertrauen in unsere Institutionen erfordern.

21. Den Menschen liegt daran, gehört zu werden und die sie betreffenden Entscheidungen mitzugestalten. Die Institutionen könnten bessere Methoden finden, die Menschen, denen sie dienen sollen, anzuhören und ihre Auffassungen zu berücksichtigen. Dies gilt vor allem für Personengruppen, die oft unberücksichtigt bleiben, darunter Frauen, junge Menschen, Minderheiten oder Menschen mit Behinderungen. Ich bitte die Regierungen als ersten Schritt, auf **nationaler Ebene Aktionen zur Meinungssondierung und Zukunftssicht** durchzuführen. Dies kann auf digitalem Weg erfolgen, um für eine breite und inklusive Beteiligung zu sorgen, doch sollten auch die 3,8 Milliarden Menschen angesprochen werden, die nach wie vor offline sind. Ich werde auch dafür sorgen, dass die Vereinten Nationen aktuelle Innovationen nutzen, um Menschen auf der ganzen Welt zuzuhören, zurate zu ziehen und auf sie zuzugehen.

22. Wenn Institutionen nicht das **erbringen, was die Menschen am dringendsten benötigen**, darunter grundlegende Dienste, so schürt dies Misstrauen. Dabei spielt es keine Rolle, wie offen die Institutionen für die Beteiligung der Öffentlichkeit sind. Welche **öffentlichen Güter**, etwa Gesundheitsversorgung, Bildung, das Internet, Sicherheit und Kinderbetreuung, von öffentlichen und welche von privaten Einrichtungen bereitgestellt werden, ist von Gesellschaft zu Gesellschaft verschieden. Staatlicherseits können jedoch Regelungsrahmen zur Gewährleistung von Wirksamkeit und Rechenschaftspflicht geschaffen und laufend aktualisiert werden. Darüber hinaus besteht eine der wichtigsten Erkenntnisse aus der COVID-19-Pandemie darin, dass der Staat als Quelle vertrauenswürdiger Informationen, Güter und Dienstleistungen insbesondere in Krisenzeiten eine wichtige Rolle spielt. Die Institutionen können analysieren, welche administrativen Hürden den Zugang zu ihren Dienstleistungen erschweren, und sie abbauen. Die Online-Bereitstellung staatlicher Dienstleistungen kann Transparenz und Zugänglichkeit erhöhen, sofern auch Vorkehrungen für Bevölkerungsgruppen getroffen werden, die noch keinen Zugang zur digitalen Welt haben. In dieser schnelllebigen Zeit befürworte ich einen Austausch innerhalb der Gesellschaften darüber, welche öffentlichen Güter für sie am wichtigsten und wertvollsten sind und wie sich deren Bereitstellung am besten gewährleisten lässt. Dabei sollten sie die Rolle des öffentlichen wie des privaten Sektors berücksichtigen und auf den Zielen für nachhaltige Entwicklung aufbauen. Auch würde ich auf **Investitionen in öffentliche Systeme und qualifizierte staatliche Bedienstete** drängen, da diese die wichtigste Schnittstelle zwischen Staat und Bevölkerung sind. Das internationale System muss die Länder, denen die nötigen Kapazitäten und Finanzmittel für diese Investitionen fehlen, besser unterstützen.

23. **Gerechtigkeit ist ein grundlegender Aspekt des Gesellschaftsvertrags.** In allen Teilen der Welt wird Misstrauen dadurch geschürt, dass Menschen mit Ungleichheit und Korruption konfrontiert sind und den Eindruck haben, dass sie vom Staat und seinen Institutionen ungerecht behandelt werden. Die Agenda 2030 verspricht, die Rechtsstaatlichkeit zu fördern und den Zugang aller zur Justiz zu gewährleisten (Zielvorgabe 16.3 der Ziele für nachhaltige Entwicklung), doch viele Justizsysteme dienen nur einigen wenigen. Schätzungen zufolge haben 1,5 Milliarden Menschen einen ungedeckten Bedarf in straf-, zivil- oder verwaltungsrechtlichen Fragen. Sie können keine rechtlichen Mittel in Anspruch nehmen, um sich gegen Gewalt oder Kriminalität zu wehren, ihre Rechte zu schützen oder Streitigkeiten auf friedlichem Weg beizulegen. In einigen Ländern werden Frauen vom Gesetz nach wie vor aktiv diskriminiert und genießen faktisch nur drei Viertel der gesetzlich verankerten Rechte der Männer. Wenn Sicherheits- und Justizakteure ungestraft missbräuchlich handeln, verschärfen sie Missstände und schwächen den Gesellschaftsvertrag. Auch **Korruptionserfahrungen**, die sich unverhältnismäßig stark auf Frauen auswirken, die Ungleichheit verschärfen und die Welt jedes Jahr Billionen US-Dollar kosten, schüren Misstrauen. In unseren Konsultationen sprachen Mitgliedstaaten von der Möglichkeit, Justizsysteme so umzugestalten, dass sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Zur Unterstützung der Bemühungen, die Menschen in den Mittelpunkt der Justizsysteme zu stellen, werde ich für eine **neue Vision der Rechtsstaatlichkeit** eintreten, die auf Ziel 16 der Ziele für nachhaltige

Entwicklung und auf der 2012 verabschiedeten Erklärung der Tagung der Generalversammlung auf hoher Ebene über Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene (siehe Resolution 67/1) aufbaut. Wir werden prüfen, wie wir die Staaten, Gemeinschaften und Menschen durch unsere Hilfe auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit bei der Erneuerung ihres Gesellschaftsvertrags als Grundlage für die Aufrechterhaltung des Friedens unterstützen können. In diesem Zusammenhang wird es auch wichtig sein, die **Korruptionsbekämpfung** im Einklang mit dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption rascher voranzutreiben.

24. Die **Besteuerung** ist als eines der wirkungsvollsten staatlichen Instrumente für Investitionen in öffentliche Güter und für Nachhaltigkeitsanreize unverzichtbar. Die Regierungen sollten erwägen, dieses Instrument zu nutzen, um extreme Ungleichheiten in Bezug auf das Vermögen abzubauen. In einer Zeit der Pandemie, in der Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz verloren haben und der staatliche Haushaltsspielraum weltweit geschrumpft ist, während Milliardäre ihren Reichtum massiv ausbauen konnten, wäre dies ein wichtiges Signal. Die Besteuerung kann auch einen nachhaltigen und gerechten Wandel vorantreiben, wenn Regierungen Subventionen von umweltschädigenden Aktivitäten abziehen und stattdessen in Aktivitäten lenken, die die Umwelt schonen und bereichern; wenn sie nicht die Menschen oder ihr Einkommen, sondern CO₂-Emissionen und andere umweltbelastende Tätigkeiten besteuern, faire Lizenzregelungen für den Abbau von Rohstoffen einführen und Ressourcen in nachhaltige Investitionen lenken. Die Auswirkungen dieser Reformen können jedoch je nach Land, Sektor und Person unterschiedlich sein. Daher gilt es insbesondere sicherzustellen, dass sie keine neuen Ungleichheiten schaffen und dass potenziell Leidtragende entschädigt und unterstützt werden. Je nach Einkommensniveau kann die Mobilisierung von Inlandsressourcen für manche Länder schwierig sein. Die Bewältigung dieser Schwierigkeiten ist untrennbar mit der Entwicklungsfinanzierung verbunden und trägt entscheidend dazu bei, die Anstrengungen zur Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. Bei jedem neuen Besteuerungskonzept müssen die Grundsätze der Nachhaltigkeit integriert und zugleich die Ansichten und Kapazitäten der Entwicklungsländer berücksichtigt werden.

25. Im Allgemeinen muss das **internationale Steuersystem** reformiert werden, um der Realität wachsender grenzüberschreitender Handelstätigkeiten und Investitionen und einer zunehmend digitalisierten Wirtschaft gerecht zu werden. Zugleich müssen vorhandene Mängel in Bezug auf eine faire und wirksame Unternehmensbesteuerung behoben und schädlicher Steuerwettbewerb reduziert werden. Die G20-Staaten haben sich auf eine neue internationale Steuerarchitektur geeinigt, die die durch Globalisierung und Digitalisierung entstehenden Herausforderungen bei der Besteuerung angeht und eine globale Mindeststeuer für Unternehmen einführt. Darin enthalten ist auch ein Konzept für eine umfassendere Umsetzung unter der Ägide der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). In den weiteren Gesprächen müssen die Perspektiven aller Länder berücksichtigt werden, einschließlich möglicher asymmetrischer Auswirkungen auf Länder unterschiedlicher Entwicklungsstadien. Maßnahmen zur Besteuerung des Wertes der digitalen Wirtschaft und die Besteuerung finanztechnologischer Innovationen, darunter Kryptowährungen, könnten ebenso in Betracht gezogen werden wie eine Digitalentwicklungssteuer, bei der Unternehmen, die jahrzehntelang von einem kostenlosen und offenen Internet profitiert haben, einen Beitrag zur Internetanbindung der 3,8 Milliarden Menschen, die nach wie vor offline sind, sowie zu mehr Sicherheit in der digitalen Welt leisten. Ich schlage außerdem vor, durch stärkere internationale Zusammenarbeit gegen Steuerhinterziehung und aggressive Steuerumgehung, Geldwäsche und illegale Finanzströme vorzugehen, unter anderem durch eine **neue gemeinsame Struktur für finanzielle Integrität und die Bekämpfung illegaler Finanzströme**, deren Hauptmitglieder die Vereinten Nationen, internationale Finanzinstitutionen, die OECD, wichtige Finanzzentren und zivilgesellschaftliche Fachorganisationen wären. Zu den Aufgaben dieser Struktur könnten unter anderem die Förderung von Transparenz und Rechenschaftspflicht durch die Bereitstellung von Daten und anderen Informationen sowie die Förderung von Vereinbarungen zur Bekämpfung illegaler Finanzströme gehören.

26. Das **Internet** hat unsere Gesellschaften ebenso grundlegend verändert wie einst die Druckpresse und uns gezwungen, unsere ethische Haltung und unsere Einstellungen gegenüber Wissen, Kommunikation und Zusammenhalt von Grund auf zu überdenken. Das digitale Zeitalter mit seinem Potenzial für besser zugängliche Informationen und rasche Kommunikation und Konsultationen hat insbesondere durch die sozialen Medien auch die Fragmentierung erhöht und sogenannte Echokammern geschaffen. Objektivität und sogar die Vorstellung, der Wahrheit möglichst nahe kommen zu wollen, werden zunehmend in Frage gestellt. Das Bestreben, gegenläufige Ansichten in ausgewogener Weise darzustellen, kann auf Kosten der Unparteilichkeit und der Evidenz gehen und die öffentliche Debatte verzerren. Die Möglichkeit, in großem Stil Desinformation zu betreiben und wissenschaftliche Erkenntnisse zu untergraben, stellt eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit dar. Wir müssen das Recht auf freie Meinungsäußerung überall vehement verteidigen, aber ebenso auch einen allgemeinen und empirisch fundierten **Konsens über das öffentliche Gut der Fakten, der Wissenschaft und des Wissens** innerhalb der Gesellschaft ermutigen. Wir müssen dafür sorgen, dass Lügen wieder als Unrecht angesehen wird. Institutionen können Gesellschaften auf den Boden der Tatsachen zurückbringen, indem sie Desinformation eindämmen und Hetze und Belästigung im Netz, einschließlich gegenüber Frauen und Mädchen, entgegenwirken. Wir sollten uns verstärkt um die Gewinnung und Verbreitung verlässlicher und verifizierter Informationen bemühen. Die Vereinten Nationen nehmen dabei eine Schlüsselrolle ein, die sie weiter stärken können, indem sie auf Modellen wie dem Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderungen, der Wissenschaftlichen Beratungsgruppe der Weltorganisation für Meteorologie oder der „Verified“-Kampagne für vertrauenswürdige und zutreffende Informationen über COVID-19 aufbauen. Weitere Schritte könnten sein, öffentlich-rechtliche Medien und unabhängige Medien zu unterstützen, die sozialen Medien zu regulieren, Gesetze über Informationsfreiheit und das Recht auf Information zu stärken und der Wissenschaft und der Fachwelt mehr Gehör zu verschaffen, beispielsweise durch die Beteiligung von Wissenschaftskommissionen an Entscheidungsprozessen. In Zusammenarbeit mit Staaten, Medien und Aufsichtsorganen und unter der Moderation der Vereinten Nationen könnte ein **globaler Verhaltenskodex zur Förderung der Integrität in der Öffentlichkeitsarbeit** entwickelt werden. Nach den jüngst laut gewordenen Bedenken hinsichtlich des Vertrauens beziehungsweise Misstrauens, das der Technologie und dem digitalen Raum entgegengebracht wird, ist es auch an der Zeit, unsere **digitalen Gemeingüter als globale öffentliche Güter** anzusehen, besser zu regulieren und zu verwalten (Kap. IV).

C. Inklusion, Schutz und Teilhabe

27. Ein dynamischer Gesellschaftsvertrag garantiert die Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben, lässt niemanden zurück und ermöglicht allen die Teilhabe an der Gesellschaft, wie in der Agenda 2030 versprochen. Dazu müssen wir gegen Diskriminierung vorgehen und gewährleisten, dass die Menschenrechte geschützt werden und die Menschen ihre Grundbedürfnisse decken können. Nahrungsmittel, Gesundheitsversorgung, Wasser- und Sanitärversorgung, Bildung und menschenwürdige Arbeit sind grundlegende Menschenrechte. Auf dem Weg in eine umweltfreundlichere und nachhaltigere Zukunft müssen wir dafür sorgen, dass allen Teilen der Gesellschaft Chancen und menschliche Sicherheit offenstehen. Werden Menschen zurückgelassen, so kann dies maßgeblich zu Spaltungen sowohl in als auch zwischen Bevölkerungsgruppen, Ethnien und Religionen sowie zu Instabilität auf nationaler Ebene und in der internationalen Ordnung beitragen.

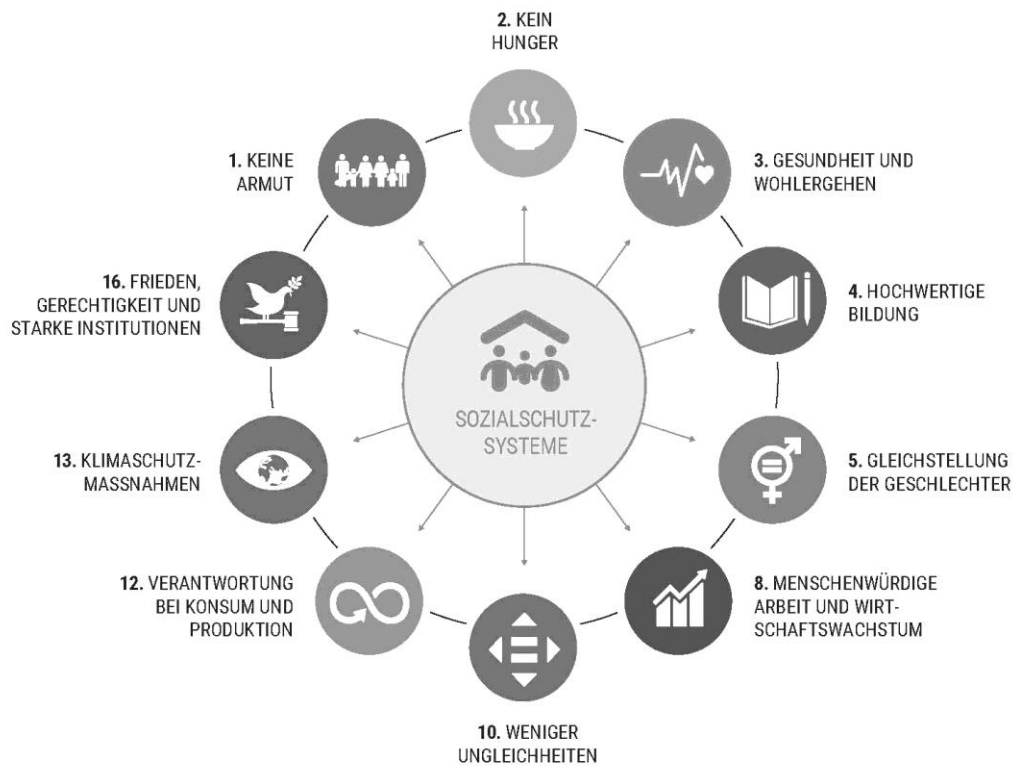
28. **Sozialschutzsysteme** haben sich während der COVID-19-Pandemie als Lebensretter und als Rückhalt für die Volkswirtschaften insgesamt bewährt. Ohne das Großaufgebot an staatlichen Sozialschutzleistungen hätte die Wirtschaft weit größeren Schaden nehmen können. Auch in früheren Krisen war dies der Fall. Wir müssen diese Dynamik beibehalten. Eine neue Ära der Sozialschutzsysteme wäre eine Grundlage für friedliche Gesellschaften und für weitere Maßnahmen mit dem Ziel, niemanden zurückzulassen und die extreme Armut zu beseitigen. Ich lege den Staaten eindringlich nahe, im Einklang mit Zielvorgabe 1.3 der Ziele für nachhaltige Entwicklung rascher einen **allgemeinen Sozialschutz** zu verwirklichen, namentlich für die derzeit 4 Milliarden Menschen, die nach wie vor ohne jeden Sozialschutz dastehen. Die Art und die Modalitäten dieses Schutzes können unterschiedlich sein, doch umfasst er mindestens den Zugang aller zu Gesundheitsversorgung sowie ein gesichertes Grundeinkommen für Kinder, arbeitsunfähige und ältere Menschen. Die schrittweise Integration der informellen Wirtschaft in die Sozialschutzsysteme ist für die Herbeiführung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung ebenso unerlässlich. Zur Unterstützung dieser neuen Ära des Sozialschutzes werde ich das System der Vereinten Nationen bitten, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten Ressourcen zu ermitteln, die bei Bedarf in ihre Systeme investiert werden können. Die entsprechenden Modalitäten umfassen unter anderem die **Zweckbindung von Mitteln sowie Ausgabenziele** (als Anteil am BIP), die Umdichtung von Haushaltsmitteln, die Nutzung bewährter Techniken zur Bekämpfung von Korruption und illegalen Finanzströmen, eine progressive Fiskalpolitik sowie eine höhere Haushaltstransparenz, Partizipation und Rechenschaftspflicht. Ein globaler Fonds für Sozialschutz, dessen Einrichtung derzeit von der Internationalen Arbeitsorganisation geprüft wird, könnte die Länder dabei unterstützen, ihre Haushaltsmittel für den Sozialschutz nach und nach aufzustocken. Wenn sich internationale Finanzinstitutionen und Staaten um eine gerechtere und nachhaltigere Weltwirtschaft und um die Bereitstellung von Liquidität für schwache, hochverschuldete Länder bemühen, vergrößert dies die Haushaltsspielräume und stellt sicher, dass Finanzmittel für lebenswichtige Sozialprogramme bereitstehen (Kap. IV). Wenn zudem alle Geber das Ziel erreichten, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, würde dies die Fähigkeit vieler Länder, ihre menschliche Entwicklung einschließlich des Sozialschutzes zu finanzieren, drastisch verbessern.

Investitionen in Sozialschutz

- Zwischen März und Dezember 2020 ist das **Vermögen der Milliardäre um über 3,9 Billionen US-Dollar gewachsen**, während 4 Milliarden Menschen immer noch keinerlei grundlegenden Sozialschutz haben.
- **92 Prozent der afrikanischen Frauen arbeiten in der informellen Wirtschaft** und sind damit von Sozialschutzsystemen ausgeschlossen.
- **Länder mit niedrigem Einkommen würden insgesamt 78 Milliarden Dollar benötigen**, um ihrer Gesamtbevölkerung von 711 Millionen einen sozialen Basisschutz samt Gesundheitsversorgung bieten zu können.

SOZIALSCHUTZSYSTEME

SOZIALSCHUTZSYSTEME SIND ENTSCHEIDEND FÜR DIE ERREICHUNG DER ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG



29. Ich ermutige die Staaten, für die Zeit nach der Pandemie einen Konsens über andere Maßnahmen zu bilden, die den Gesellschaftsvertrag direkt betreffen. **Bildung** (Kap. III) und Kompetenzentwicklung müssen die Menschen besser dafür rüsten, im Laufe ihres Lebens mit technologischen, demografischen, klimatischen und anderen Veränderungen umgehen zu können. Ich spreche mich nachdrücklich für die formale Anerkennung eines **allgemeinen Anspruchs auf lebenslanges Lernen** und Umschulung aus, der durch Rechtsvorschriften, Politik und wirksame Systeme für lebenslanges Lernen in die Praxis umgesetzt wird. Geteilter Wohlstand setzt auch Chancen auf **menschenwürdige Arbeit** für alle voraus. Da sich das Wesen und die Formen der Arbeit rasch verändern, brauchen alle Beschäftigten – ungeachtet ihres Beschäftigungsverhältnisses – ein Mindestmaß an Rechten und Schutz, wie in der Erklärung zum hundertjährigen Bestehen der Internationalen Arbeitsorganisation für die Zukunft der Arbeit festgelegt. Die Beschäftigten sollten nicht das gesamte Risiko tragen müssen, wenn es um ihr Einkommen und ihre Arbeitsstunden geht und darum, wie sie im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit zurechtkommen. Investitionen in Sektoren mit dem größten Potenzial für die Schaffung zusätzlicher und besserer Arbeitsplätze, darunter die grüne Wirtschaft, der Pflege- und Betreuungssektor und die digitale Wirtschaft, sind entscheidend. Sie können durch Großinvestitionen der öffentlichen Hand und durch Anreizstrukturen für langfristige Unternehmensinvestitionen angekurbelt werden, die der menschlichen Entwicklung und dem menschlichen Wohl förderlich sind. Wir brauchen vor allem Fahrpläne dafür, informell Erwerbstätige in die formelle Wirtschaft zu integrieren und die volle Erwerbsbeteiligung der Frauen zu nutzen. Die Förderung des Menschenrechts auf **angemessenes Wohnen** gemäß Zielvorgabe 11.1 der Ziele für nachhaltige Entwicklung hat sich bei den Maßnahmen der öffentlichen Gesundheit zur Bewältigung der Pandemie bewährt. Eindrucksvolle Maßnahmen zur Unterbringung von Menschen haben gezeigt, was bei ausreichendem politischen Willen möglich ist.

30. Wir sollten erwägen, **2025 einen Weltsozialgipfel** abzuhalten, um eine Bestandsaufnahme der Zusagen und Fortschritte in diesem Bereich vor dem Hintergrund der weltweiten Maßnahmen zur Überwindung der COVID-19-Pandemie zu machen. Der Gipfel gäbe uns Gelegenheit, eine andere Art globaler Beratungen abzuhalten und den Werten gerecht zu werden, die dem Gesellschaftsvertrag zugrunde liegen, etwa Vertrauen und Zuhören. Das Gipfelergebnis könnte die Kopenhagener Erklärung von 1995 über soziale Entwicklung aktualisieren, indem es Themen wie allgemeinen sozialen Basisschutz, einschließlich allgemeiner Gesundheitsversorgung, angemessenes Wohnen, Bildung für alle und menschenwürdige Arbeit behandelt, und den Zielen für nachhaltige Entwicklung einen Schub verleihen.

31. Die wohl größte Ressource der Menschheit ist unsere gemeinsame Schaffenskraft, deren eine Hälfte aufgrund geschlechtsbedingter Diskriminierung bisher nicht voll ausgeschöpft wurde. Ohne die aktive und gleichberechtigte Teilhabe der **Frauen und Mädchen** kann es keinen Gesellschaftsvertrag geben, der seinen Namen verdient. Die Gleichstellung der Frauen bei Führungsverantwortung, ihre wirtschaftliche Inklusion sowie paritätische Entscheidungsprozesse sind schlichtweg besser für alle – Männer wie Frauen. Die Erklärung und die Aktionsplattform von Beijing und der Globale Plan zur Beschleunigung der Geschlechtergleichstellung weisen den Weg. Ich lege den Mitgliedstaaten und anderen Interessenträgern eindringlich nahe, in diesem Bereich fünf transformative Maßnahmen in Betracht zu ziehen, nämlich a) die volle Verwirklichung der Gleichberechtigung, unter anderem durch die Aufhebung aller geschlechtsdiskriminierenden Rechtsvorschriften (Zielvorgabe 5.1 der Ziele für nachhaltige Entwicklung), b) Maßnahmen zur Förderung der Geschlechterparität in allen Bereichen und auf allen Ebenen von Entscheidungsprozessen, einschließlich Quotenregelungen und Sondermaßnahmen, c) die Erleichterung der wirtschaftlichen Inklusion der Frauen, unter anderem durch Großinvestitionen in den Pflege- und Betreuungssektor und gleiches Entgelt, und verstärkte Unterstützung für Unternehmerinnen, d) eine stärkere Einbeziehung der Stimmen junger Frauen und vorrangig e) gemäß Zielvorgabe 5.2 der Nachhaltigkeitsziele ein **Plan für Sofortmaßnahmen** zur rascheren Beseitigung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen, den die Vereinten Nationen unterstützen und mit einer weltweiten Kampagne zur Beseitigung all jener gesellschaftlichen Normen begleiten werden, die bewirken, dass Gewalt gegen Frauen und Mädchen geduldet, entschuldigt oder ignoriert wird. Dies wird auch entscheidend zu den Anstrengungen beitragen, die

verschiedene Interessenträger unternehmen, um alle Formen von Gewalt weltweit deutlich zu verringern (Kap. IV).

UNGLEICHHEIT DER GESCHLECHTER

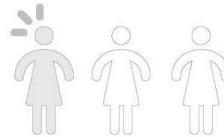
DISKRIMINIERUNG



Im Durchschnitt **haben Frauen nur 75 %** der Rechte der Männer.

Quelle: Weltbank, 2021.

GEWALT



Jede dritte Frau erfährt im Laufe ihres Lebens **sexuelle oder körperliche Gewalt durch einen Intimpartner oder sexuelle Gewalt durch eine Person, die kein Intimpartner ist.**

Quelle: WHO, 2021.



In 88 Ländern **sind Berufswahl und Arbeitsstunden für Frauen per Gesetz eingeschränkt.** Davon sind **1,6 Milliarden** Frauen betroffen.

Quelle: Weltbank, 2021.

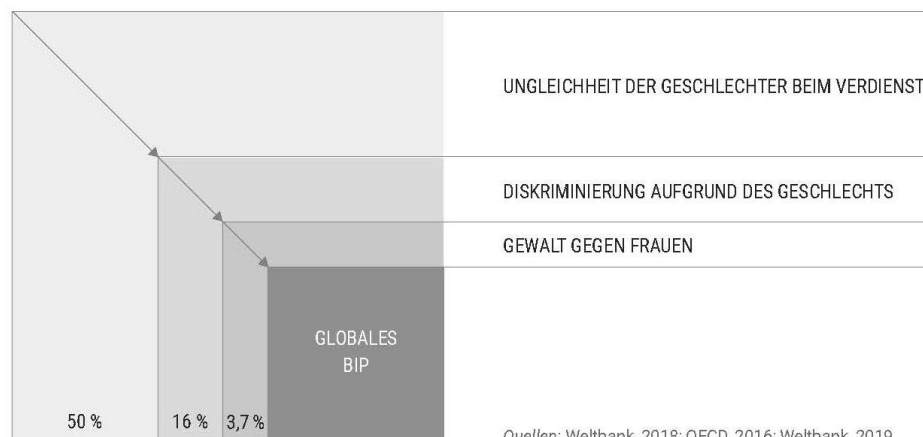


Mehr als 1,4 Milliarden Frauen **genießen keinen Schutz vor häuslicher, sexueller oder wirtschaftlicher Gewalt.**

Quelle: Weltbank, 2018.

WIRTSCHAFTLICHER VERLUST

Die Ungleichheit der Geschlechter verursacht **schwere Einbußen beim globalen BIP.**



Quellen: Weltbank, 2018; OECD, 2016; Weltbank, 2019.

32. Ich lege den Mitgliedstaaten nahe, in allen zwischenstaatlichen Prozessen der Vereinten Nationen verstärkte Anstrengungen zur Förderung der Geschlechtergleichstellung zu unternehmen. Im Zuge der diesjährigen Überprüfung der Arbeitsmethoden der **Kommission für die Rechtsstellung der Frau** könnte die Rolle der Kommission im Hinblick auf andere zwischenstaatliche Mandate neu bewertet werden. Zudem könnte geprüft werden, wie die interessenträgerübergreifende Dynamik des Forums Generation Gleichberechtigung genutzt

werden kann. Die Vereinten Nationen selbst werden bis 2028 innerhalb der Organisation auf allen Ebenen die Geschlechterparität gewährleisten. Wir werden auch prüfen, inwieweit das System der Vereinten Nationen über die notwendigen Kapazitäten in den Bereichen Personal, Ressourcen und Organisationsarchitektur verfügt, um die Geschlechtergleichstellung in allen Institutionen als zentrale Priorität zu verwirklichen.

33. Dem Gesellschaftsvertrag liegt ein unmissverständliches Bekenntnis zu den Menschenrechten zugrunde. In meinem Aktionsaufruf für die Menschenrechte nannte ich sieben Bereiche, die besonderer Aufmerksamkeit bedürfen und die sich in allen Teilen unserer gemeinsamen Agenda wiederfinden. Die Verwirklichung des **gesamten Spektrums der Menschenrechte** ist entscheidend für unsere Fähigkeit, die Pandemie zu überwinden, den Gesellschaftsvertrag zu erneuern und weitere Vorhaben durchzuführen. Die bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte verstärken einander, sind unteilbar und allgemeingültig. Es handelt sich dabei nicht um gewöhnliche Dienstleistungen mit einem vom Markt bestimmten Preis, sondern um die Grundbausteine inklusiver Gesellschaften. Durch die Förderung und den Schutz des zivilgesellschaftlichen Raumes werden Gesellschaften stärker und resilienter. Als Grundlage dienen dabei das Recht auf Teilnahme, das Recht der freien Meinungsäußerung, die Vereinigungs- und die Versammlungsfreiheit. Zwar sind alle Staaten zur Achtung der Menschenrechte verpflichtet, doch darüber hinaus ist es an der Zeit, Rechte auch als **Mittel zur Lösung von Problemen und zur Ausräumung von Missständen** zu sehen – nicht nur für Einzelne, sondern für ganze Gemeinschaften. Wir gewinnen immer mehr Erkenntnisse darüber, wie Institutionen beschaffen sein müssen, um Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Auch wissen wir, dass Institutionen, die die Rechte achten, den Gesellschaftsvertrag stärken und die Gesellschaft und den einzelnen Menschen schützen.

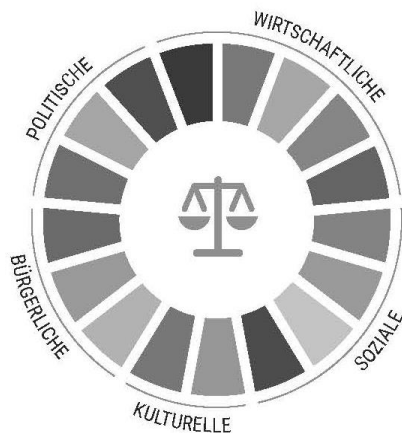
34. **Rassismus, Intoleranz und Diskriminierung** sind nach wie vor in allen Gesellschaften zu finden. Dies hat sich auch während der Pandemie gezeigt, als bestimmte Gruppen zum Sündenbock für das Virus gemacht wurden. Als erster und längst überfälliger Schritt müssen umfassende Rechtsvorschriften gegen Diskriminierung, unter anderem aufgrund der „Rasse“ oder der ethnischen Zugehörigkeit, des Alters, des Geschlechts, der Religion, einer Behinderung und der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität erlassen werden. Zudem bedarf es neuer Ansätze, um traditionell marginalisierte Menschen, darunter Angehörige von Minderheiten und indigenen Bevölkerungsgruppen, proaktiv bei der Teilhabe am öffentlichen Leben zu unterstützen. In dieser Hinsicht könnten die Menschenrechtsmechanismen, darunter die Allgemeine regelmäßige Überprüfung, umfassender genutzt werden.

DIE ZENTRALE BEDEUTUNG DER MENSCHENRECHTE

„Die **Menschenrechte** sind allgemeingültig und unteilbar. Wir müssen sie mit einer **Vision verfolgen, die jeden einzelnen Menschen anspricht** und alle Rechte – die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen – umfasst.“

- Aktionsaufruf des Generalsekretärs für die Menschenrechte

Die **Menschenrechte** sind unverzichtbare Problemlösungsinstrumente, die **Leben und Existenzgrundlagen schützen** und Missständen vorbeugen können.



92 % aller Ziele für nachhaltige Entwicklung sind mit den Menschenrechten und Arbeitsnormen verknüpft.

Die **Menschenrechte** dienen nicht nur den Einzelnen, sondern der **gesamten Gesellschaft** und sind von zentraler Bedeutung für den **Gesellschaftsvertrag**.

Ich befürworte es auch, dass der Menschenrechtsrat die Modalitäten der Allgemeinen regelmäßigen Überprüfung im Rahmen der neuen Leitlinien aktualisiert.

35. 2023 werden wir den fünfundsiebzigsten Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den dreißigsten Jahrestag der Verabschiedung der Erklärung und des Aktionsprogramms von Wien zu den Menschenrechten begehen. Die Vorbereitungen auf diesen Meilenstein sind der richtige Zeitpunkt, Bilanz zu ziehen, unsere gemeinsamen Werte neu zu beleben und unsere Denkansätze zu den Menschenrechten zu modernisieren. So sollten wir erwägen, die Anwendung der Menschenrechtsrahmen und -normen auf den Stand der Zeit zu bringen beziehungsweise Klarheit zu schaffen, um **Pionierthemen** anzugehen und Schaden im digitalen und technologischen Raum abzuwenden, unter anderem in den Bereichen Redefreiheit, Hassrede und Belästigung, Privatheit, Recht auf Löschung sowie Neurotechnologie. Auch eine eingehendere Beschäftigung mit dem Recht auf eine gesunde Umwelt wäre angebracht. Es ist wohl auch an der Zeit, den allgemeinen Zugang zum Internet als Menschenrecht zu bekräftigen und zu diesem Zweck rascher darauf hinzuwirken, dass die 3,8 Milliarden Menschen, die weiter ohne Internetzugang sind, bis 2030 ans Internet angebunden werden, insbesondere diejenigen, die am öftesten zurückgelassen werden, darunter Frauen, Angehörige indigener Bevölkerungsgruppen und ältere Menschen. Die Vereinten Nationen stehen bereit, gemeinsam mit Regierungen, Unternehmen und der Zivilgesellschaft nach Alternativen zu suchen, um die Verbreitung von Desinformationen und schadenstiftenden, lebensbedrohlichen Inhalten im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsnormen einzudämmen, ohne auf eine mit hoher Störwirkung verbundene Pauschalabschaltung des Internets und generische Sperren und Filter für Dienste zurückgreifen zu müssen.

36. Schließlich ist dringend anzuraten, Maßnahmen zum Nachweis der rechtlichen Identität (Zielvorgabe 16.9 der Ziele für nachhaltige Entwicklung) und zur Beendigung der **Staatenlosigkeit** zu treffen, etwa durch die Schließung von Rechtslücken und die Aufschlüsselung von Daten nach Alter, Geschlecht und Diversität, um zu gewährleisten, dass alle Menschen gesehen und anerkannt werden. Menschen unterwegs bedürfen besonderer Aufmerksamkeit und Unterstützung und besonderen Schutzes. Obwohl die pandemiebedingten Einschränkungen die menschliche Mobilität stark beeinträchtigten und viele Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten stranden ließen, nahm die Vertreibung weiter zu. Maßnahmen mit dem Ziel, **Binnenvertriebene** zu schützen, zu unterstützen und Lösungen für sie zu finden, tragen entscheidend dazu bei, dass niemand zurückgelassen wird. Die Hochrangige Gruppe für Binnenvertreibungen leistet dabei Hilfestellung. Ich lege den Regierungen und den sonstigen Interessenträgern eindringlich nahe, bei der praktischen Umsetzung des Globalen Paktes für Flüchtlinge und des Globalen Paktes für eine sichere, geordnete und reguläre Migration voranzukommen, so auch indem sie den fundamentalen Grundsatz der Nichtzurückweisung achten und Maßnahmen ergreifen, um Flüchtlingen den Asylzugang zu eröffnen, und zu diesem Zweck die Rechte aller Menschen unterwegs ungeachtet ihrer Rechtsstellung zu schützen und zu achten, die Aufnahmeländer zu unterstützen und **Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten** an grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen teilhaben zu lassen.

D. Quantifizierung und Bewertung dessen, was für den Menschen und die Erde wichtig ist

37. Trotz der raschen und gefährlichen Veränderungen, die sich auf der Erde vollziehen, beruhen Wirtschaftsmodelle immer noch auf der Annahme, dass die Wirtschaft sich endlos ausdehnen und wachsen kann, und lassen die größeren Systeme, die Leben und Wohlergehen erhalten, unberücksichtigt. Wir müssen einen Weg einschlagen, der die Menschen und die Erde schützt und eine nachhaltige Entwicklung ermöglicht. Dies erfordert ein grundlegendes Umdenken im Hinblick darauf, was Wohlstand und Fortschritt ausmacht, wie sie gemessen und durch Anreize gefördert werden können und wie politische Maßnahmen zu evaluieren sind.

38. Gemäß Zielvorgabe 17.19 der Ziele für nachhaltige Entwicklung müssen wir bis 2030 dringend Fortschrittsindikatoren finden, die das **BIP** ergänzen. Wir wissen, dass das BIP weder das menschliche Wohlergehen noch die Nachhaltigkeit der Umwelt noch nicht markt-basierte Dienstleistungen, Pflege- und Betreuungsarbeit erfasst. Auch sagt es nichts über die Verteilungsdimensionen der Wirtschaftstätigkeit aus. Absurderweise steigt das BIP, wenn Fischbestände überfischt, Wälder abgeholzt und fossile Brennstoffe genutzt werden. Wir verbuchen die Zerstörung der Natur als Steigerung unseres Wohlstands. Darüber diskutieren wir schon seit Jahrzehnten. Es ist an der Zeit, uns kollektiv auf ergänzende Indikatoren zu verpflichten. Ohne dieses grundlegende Umdenken werden wir die Ziele, die wir uns im Hinblick auf Biodiversität, Umweltverschmutzung und Klimawandel gesteckt haben, nicht erreichen können. Ich werde mit den Präsidenten der Generalversammlung und des Wirtschafts- und Sozialrats beratschlagen, wie wir hier vorankommen können. Jeder entsprechende Prozess müsste die Mitgliedstaaten, die internationalen Finanzinstitutionen und Fachleute aus Statistik, Wissenschaft und Politik an einen Tisch bringen, um einen oder mehrere Indikatoren als Ergänzung zum BIP zu erarbeiten, mit dem beziehungsweise denen sich aufbauend auf der Arbeit der Statistischen Kommission inklusives und nachhaltiges Wachstum und zukunftsfähiger Wohlstand messen lässt. Im Rahmen dieses Prozesses gälte es darüber hinaus zu vereinbaren, wie diese ergänzenden Indikatoren in die nationalen und globalen Bilanzierungssysteme einfließen können. Zudem müssten Systeme für eine regelmäßige Berichterstattung im Rahmen amtlicher Statistiken eingerichtet werden. In der Zwischenzeit lege ich den Mitgliedstaaten und anderen Akteuren eindringlich nahe, schon jetzt das neueste System der integrierten umweltökonomischen Gesamtrechnungen für Ökosystembilanzierung und das System für Bevölkerung und soziale Bedingungen anzuwenden sowie vorhandene Ergänzungen oder Alternativen zum BIP in Betracht zu ziehen, etwa den Index der menschlichen Entwicklung, den Umfassenden Wohlstandsindikator, den Indikator echten Fortschritts, den Index für mehrdimensionale Armut und den die Ungleichheit einbeziehenden Index der menschlichen Entwicklung.

39. Neue Denkansätze für das BIP müssen auch Wege zur Anerkennung der Pflege- und Betreuungsarbeit und der informellen Wirtschaft umfassen. Konkret wird insbesondere die Pflege- und Betreuungsarbeit weltweit größtenteils unentgeltlich von Frauen und Mädchen verrichtet, was die wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zementiert. Darüber hinaus hatte die COVID-19-Pandemie stark geschlechtsspezifische Auswirkungen auf Wirtschaft und Beschäftigung, was das Ausmaß verdeutlicht und verschärft hat, in dem Billionen US-Dollar durch jedes Jahr verrichtete Milliarden Stunden unbezahlter Pflege- und Betreuungsarbeit verloren gehen. Neue Denkansätze für diesen Sektor müssen sowohl die Werterfassung unbezahlter Pflege- und Betreuungsarbeit in Wirtschaftsmodellen als auch Investitionen in hochwertige entgeltliche Pflege- und Betreuungsarbeit als Bestandteil grundlegender öffentlicher Dienstleistungen und Sozialschutzregelungen vorsehen, unter anderem in Form besserer Entlohnung und Arbeitsbedingungen (Zielvorgabe 5.4 der Ziele für nachhaltige Entwicklung). Auch ganz allgemein müssen wir neue Wege finden, um die enorme informelle Wirtschaft zu berücksichtigen und in Wert zu setzen.

III. Die kommenden Generationen: Die Zukunft gestalten

40. Im Jahr 1945 lautete das Versprechen, die „kommenden Generationen“ vor der Geißel des Krieges zu bewahren. Ein vergleichbares Versprechen müsste heute viel breiter angelegt sein und Bedrohungen umfassen, die das Überleben des Menschen auf der Erde selbst gefährden. Wir sind jedoch weit davon entfernt, dieses Versprechen zu erfüllen. Die heutige Jugendgeneration findet sich in einer Welt wieder, in der ihre Zukunft in mehrfacher Hinsicht gefährdet ist. Die Auswirkungen der dreifachen globalen Krise des Klimawandels, des Biodiversitätsverlusts und der Umweltverschmutzung sind bereits spürbar und werden in Zukunft nur noch verheerender und unumkehrbar sein. Vielen jungen Menschen fehlt das Vertrauen in die Fähigkeit der heutigen Institutionen und Führungsverantwortlichen, ihren Anliegen gerecht zu werden. COVID-19 hat diese Fragen noch stärker in den Vordergrund gerückt. Jede Erneuerung des Gesellschaftsvertrags muss die Solidarität zwischen den Generationen erheblich stärken. Junge Menschen müssen glauben können, dass sie Anteil an der Gesellschaft sowie eine tragfähige Zukunft haben. Sie müssen auch sehen können, dass die Gesellschaft an sie glaubt und in sie investiert.

41. Diese Erneuerung der Solidarität zwischen den Generationen sollte sich nicht nur auf die heute lebenden Menschen, sondern auch auf ihre Kinder und Enkelkinder erstrecken. Die Menschheit steht vor einer Reihe von Langzeitproblemen, deren Entwicklung mehrere Lebensspannen umfasst, darunter die Erwärmung und die zunehmende Schädigung der Erde, der Umgang mit neuen Technologien wie künstlicher Intelligenz und Genomeditierung, die Bevölkerungsalterung, die Verstädterung und die Entwicklungen bei der Sozialfürsorge. Mit der vierten industriellen Revolution durchleben wir einen der wichtigsten Wandlungsmomente der jüngeren Geschichte. Wie wir Menschen leben, arbeiten, uns ernähren und interagieren, dürfte in der Zukunft grundlegend anders aussehen. Dennoch favorisieren unsere vorherrschenden politischen und wirtschaftlichen Anreize nach wie vor Kurzfristigkeit und den Status quo, und das langfristige Wohlergehen der Menschen und der Erde muss hinter dem unmittelbaren Nutzen zurückstehen. Die Entscheidungen, die wir heute treffen, werden die Geschicke der Erde über Jahrhunderte bestimmen. Wir müssen ein weiter gefasstes Verständnis der Formulierung „Wir, die Völker“ in der Charta der Vereinten Nationen entwickeln, um die Interessen aller Menschen des 21. Jahrhunderts zu wahren und den kommenden Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen.

SOLIDARITÄT ZWISCHEN DEN GENERATIONEN

Die heute getroffenen Entscheidungen werden die Zukunft der jüngeren und kommenden Generationen bestimmen.



SOLIDARITÄT MIT DEN JÜNGEREN GENERATIONEN



Mitsprache und Teilhabe



Hochwertige Bildung



Zukunftsfähige Arbeitsplätze

SOLIDARITÄT MIT DEN KOMMENDEN GENERATIONEN



Langfristiges Denken



Vertretung kommender Generationen



SICHERUNG DER ZUKUNFT



GESUNDER PLANET



STARKE INSTITUTIONEN



GESUNDHEIT, SOZIALSCHUTZ



BILDUNG, AUSBILDUNG, ARBEIT



VORSORGE

42. Die jungen Menschen von heute und die kommenden Generationen werden mit den Folgen unseres Handelns und unserer Untätigkeit leben müssen. Die heutige Jugend ist nicht mit den kommenden Generationen gleichzusetzen. Dennoch müssen wir jetzt dafür sorgen, dass ihre kollektiven Interessen mehr Gewicht erhalten und dass unsere Systeme der Sicherung ihrer Zukunft dienen. Diese Erneuerung der Solidarität zwischen den Generationen ist ein wesentlicher Bestandteil der anderen in diesem Bericht genannten Maßnahmen, denn sonst würde der Gesellschaftsvertrag, der die Zukunft prägt, ausschließlich von denen entworfen, die seine Ergebnisse nicht mehr erleben werden.

A. Solidarität mit den jüngeren Generationen

43. Die heutige Jugendgeneration ist mit 1,8 Milliarden Menschen größer denn je. Fast 90 Prozent dieser Menschen leben in Entwicklungsländern. Nie waren junge Menschen besser ausgebildet oder vernetzt, und doch stehen der vollen Ausschöpfung ihres Potenzials nach wie vor erhebliche Hindernisse entgegen. Etwa 267 Millionen junge Menschen im Alter von 15-24 Jahren sind ohne Beschäftigung und durchlaufen keine Schul- oder Berufsausbildung. Zwei Drittel von ihnen sind Frauen. Dies geht auf geschlechtsspezifische Erwartungen hinsichtlich unbezahlter Arbeit in der Familie und informeller Beschäftigung zurück. Die Pandemie hat dies nur noch verschlimmert. Sie hat auch die zwischen den entwickelten und den am wenigsten entwickelten Ländern bestehenden großen Disparitäten in der Zahl junger Menschen, die online sind, offengelegt, was sich insbesondere auf die Teilnahmemöglichkeit am Fernunterricht bei Schulschließungen auswirkt. Junge Menschen sagen uns, dass sie in unseren Systemen kein echtes Gehör finden, dass diese Systeme kurzfristig sind und ihre Anliegen nicht ernst nehmen.

44. Die Berücksichtigung der Prioritäten junger Menschen und ihre konstruktive Einbeziehung in Entscheidungsprozesse sind Investitionen, die sich unmittelbar auszahlen und auf längere Sicht Humankapital und sozialen Zusammenhalt schaffen. Die nachstehenden Maßnahmen folgen den Prioritäten, die junge Menschen bei den Konsultationen zu unserer gemeinsamen Agenda und zum fünfundsiebzigsten Jahrestag des Bestehens der Vereinten Nationen genannt haben.

Mitsprache

45. Einige Länder haben durch Jugendräte, -parlamente und -ministerien Möglichkeiten für jüngere Generationen geschaffen, bei Entscheidungen, die sie betreffen, mitzureden. Diese Lösungen haben jedoch manchmal Alibicharakter und bleiben oft am Rande der zentralen politischen Prozesse. Von Jugendlichen angeführte Protestbewegungen werden häufig von einem tiefen Misstrauen gegenüber den heutigen Politikverantwortlichen und dem Wunsch nach echter Entscheidungsbeteiligung getrieben. Dennoch haben einige Staaten friedliche Proteste unterdrückt, junge Menschen als zu unerfahren abgetan und sie als Nutznießer oder gar als Bedrohung und nicht wie gleichgestellte Partner behandelt. Auf globaler Ebene wurden junge Menschen in zwischenstaatlichen Gremien zu Frieden und Sicherheit, nachhaltiger Entwicklung, Klimawandel, Menschenrechten und humanitären Maßnahmen offiziell als wichtige Akteure anerkannt. Dennoch ist ihre Beteiligung auch hier nicht immer gehaltvoll und garantiert weder geografische noch geschlechtsspezifische, einkommensbezogene oder sonstige Vielfalt.

46. In der Erklärung zum fünfundsiebzigsten Jahrestag des Bestehens der Vereinten Nationen haben sich die Mitgliedstaaten darauf verpflichtet, junge Menschen anzuhören und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Dementsprechend wird den Regierungen eindringlich nahegelegt, die **politische Vertretung junger Menschen**, einschließlich junger Frauen und Mädchen, zu fördern. Dies könnte durch die Senkung des Mindestalters für die Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts sowie durch die Stärkung von Jugendbeteiligungsgremien geschehen. Die politische Beteiligung eines breiten Spektrums junger Menschen zu unterstützen, kann die Anfechtung gesellschaftlicher Normen und Stereotype bedeuten, insbesondere in Bezug auf Geschlechterfragen und andere Formen der Marginalisierung. Junge

Menschen werden außerdem nachdrücklich aufgefordert, ihre verfügbaren Möglichkeiten auszuschöpfen, unter anderem indem sie ihr Wahlrecht ausüben. Gemeinsam mit führenden Köpfen aus Wissenschaft und Hochschulen werde ich die Erstellung eines **Index „Jugend in der Politik“** sondieren, um die von den jüngeren Generationen so nachdrücklich geforderte Öffnung des politischen Raumes in Ländern in aller Welt sowie die Beteiligung junger Menschen an diesen Prozessen zu verfolgen.

47. Innerhalb des Systems der Vereinten Nationen kann die Bindung zu jungen Menschen weiter gestärkt werden, zum Beispiel durch einen regelmäßigen Austausch, der zur Anerkennung ihrer Vielfalt und Kontaktaufnahme mit Randgruppen beiträgt. Wir werden uns vermehrt um eine stärkere Beteiligung junger Menschen an unserer Unterstützung von Wahlprozessen und an Friedenskonsolidierungsmaßnahmen bemühen und zu diesem Zweck unter anderem die Kapazitäten lokaler Jugendnetzwerke und -organisationen ausbauen. Unsere Gesandten für die Jugend haben Jugendfragen zwar mehr Prominenz innerhalb der Organisation verschafft, doch wenn die Vereinten Nationen ihren Verpflichtungen nachkommen wollen, muss diese Arbeit auf eine dauerhaftere Grundlage gestellt werden. Ich schlage die Einrichtung eines **eigenen Büros der Vereinten Nationen für Jugendfragen** im Sekretariat vor, das die derzeit im Büro der Gesandten für die Jugend angesiedelten Aktivitäten eingliedern, bei der Interessenvertretung auf hoher Ebene eine Führungsrolle übernehmen und im Rahmen der Arbeit des Systems der Vereinten Nationen in den Bereichen Frieden, nachhaltige Entwicklung, humanitäre Fragen und Menschenrechte als Schnittstelle für die Koordinierung und Rechenschaftslegung in Jugendfragen dienen würde. In der Zwischenzeit wird meine Gesandte für die Jugend Empfehlungen für eine **konstruktivere, vielfältigere und wirksamere Beteiligung junger Menschen an den Beratungs- und Entscheidungsprozessen der Vereinten Nationen** ausarbeiten, die der Generalversammlung, dem Sicherheitsrat, dem Wirtschafts- und Sozialrat und ihren jeweiligen Nebenorganen zur Prüfung vorgelegt werden. Dabei werden junge Menschen in aller Welt konsultiert und eine Abstimmung mit den Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und anderen Akteuren getroffen.

Lernen

48. Eine **hochwertige Bildung** (einschließlich frühkindlicher Bildung) ist ein grundlegendes Menschenrecht. Sie ist einer der großen Motoren der Chancengleichheit in der Gesellschaft, gibt jungen Menschen das Rüstzeug, ihre Stimme zu erheben und zum Gesellschaftsvertrag beizutragen, und bildet eine Grundlage für Toleranz, Frieden, die Menschenrechte und Nachhaltigkeit. Doch Schulunterricht ist derzeit ein Problem. COVID-19 hat die Bildung von über 90 Prozent der Kinder weltweit unterbrochen und damit die Bildungssysteme so stark wie nie zuvor beeinträchtigt. Für viele junge Menschen, insbesondere Mädchen und junge Frauen, könnte es das dauerhafte Ende des Schulbesuchs bedeuten, was sich auf ihre Rechte, ihre Gleichstellung und ihre Entwicklung, auch für künftige Generationen, auswirken könnte. Schon vor der Pandemie erreichten die traditionellen Bildungssysteme weltweit noch immer rund 258 Millionen Kinder und Jugendliche nicht und vermittelten vielen Schulkindern nicht einmal Basiskompetenzen wie Lesen und Mathematik. Schülerinnen und Schüler in Entwicklungs- wie in entwickelten Ländern berichten uns, dass sie das Bildungssystem ohne das Rüstzeug verlassen, das sie brauchen, um sich an eine sich schnell verändernde Welt anzupassen und voranzukommen, einschließlich digitaler Kompetenz, Weltbürgerschaft und nachhaltiger Entwicklung. Diese Situation wird noch dadurch verschärft, dass sowohl frühkindliche Bildung als auch lebenslanges Lernen – so wichtig für den einzelnen Menschen und die Gesellschaft als Ganzes – in den meisten Ländern ein Wunschtraum bleiben.

Auswirkungen von COVID-19 auf die Bildung

- Ein Jahr nach Beginn der COVID-19-Pandemie war die Hälfte der Schülerinnen und Schüler weltweit immer noch von Schulschließungen betroffen, was zu mehr Kinderheiraten und Kinderarbeit beitrug.

49. Wir sollten Kindern und Jugendlichen vorrangig helfen, den während der Pandemie versäumten Lernstoff nachzuholen und gleichzeitig die Bildungssysteme so umgestalten,

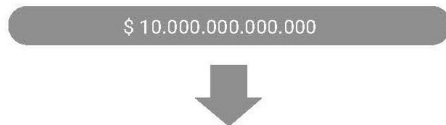
dass die Schülerinnen und Schüler ihr volles Potenzial ausschöpfen können. Ich werde mich für lebenslanges Lernen für alle einsetzen und **2022 ein Gipfeltreffen zur Bildungstransformation** einberufen, um raschere Fortschritte in Bezug auf Ziel 4 der Ziele für nachhaltige Entwicklung anzustoßen. Das Gipfeltreffen wird uns zu einer gemeinsamen Vision für die Bildung verhelfen, die auf dem bevorstehenden Bericht der Internationalen Kommission für die Zukunft der Bildung und anderen jüngsten Fortschritten wie der Auffüllung des Fonds der Globalen Partnerschaft für Bildung und der Einrichtung des Globalen Mechanismus für Bildungskooperation aufbaut. Wir brauchen einen Plan, wie wir allen Kindern Lesen, Schreiben und mathematische Grundkenntnisse beibringen und ihnen weitere Kernkompetenzen vermitteln. Die Bildungssysteme müssen modernisiert und vernetzt werden, um das Lernen schülerzentrierter, dynamischer, inklusiver und kollaborativer zu gestalten. Wir können unsere Ziele nur erreichen, wenn wir die Lehrkräfte überall auf der Welt wertschätzen und bei der Transformation von Schulen, Hochschulen und Universitäten mit ihnen partnerschaftlich zusammenarbeiten. Auf dem Gipfeltreffen werden entscheidende Themen behandelt werden, darunter Gerechtigkeit, die Bildungshindernisse für Mädchen und junge Frauen, der Übergang von der Ausbildung zum Arbeitsleben sowie die Förderung des lebenslangen Lernens und der Umschulung. Darüber hinaus werden wir uns mit der unzureichenden Finanzierung der nationalen Anstrengungen zur Transformation des Bildungswesens befassen, einschließlich der Operationalisierung der Internationalen Finanzfazilität für Bildung und anderer einzelstaatlicher und internationaler Ressourcen. Die digitale Inklusion wird ein zentrales Thema des Gipfeltreffens sein, das an bestehende Bemühungen wie die Giga-Initiative anknüpft, die sicherstellen will, dass bis 2030 alle Schulen ans Internet angebunden sind. Umfangreichere Investitionen in den Bildungssektor, darunter die nächste Generation von Lehrkräften sowie quelloffene Bildungssoftware, könnten ebenfalls Thema sein. An den Vorbereitungen für das Gipfeltreffen werden staatliche Stellen, Schülerinnen, Schüler und Studierende, Lehrkräfte und führende Institutionen der Vereinten Nationen, darunter die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und die Internationale Fernmeldeunion (ITU), beteiligt sein. Auch der Privatsektor und führende Technologieunternehmen, die zur digitalen Transformation der Bildungssysteme beitragen können, werden herangezogen.

DIE LERNKRISE



COVID-19

Die Schulschließungen aufgrund von COVID-19 hindern mehr als eine Milliarde Kinder am Schulbesuch, was im Laufe ihres Arbeitslebens **10 Billionen USD an entgangenen Verdiensten** bedeutet.

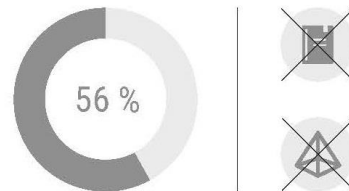


Quelle: Weltbank, 2020.



GRUNDFERTIGKEITEN

Mehr als die Hälfte aller Kinder (56 %) wird mit Abschluss der Grundschule **weder lesen noch rechnen können**.



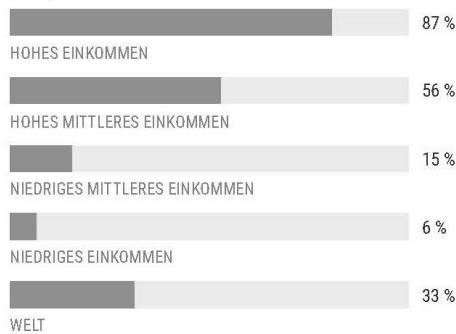
Quelle: UNESCO, 2017.



DIGITALE INKLUSION

Bildung neu gestalten heißt, in digitale Kompetenz und digitale Infrastruktur zu investieren, um **die digitale Kluft zu schließen**.

ANTEIL DER KINDER UND JUGENDLICHEN, DIE ONLINE SIND, 2020



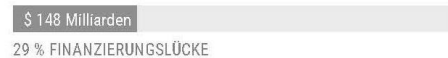
Quelle: ITU, 2020.



FINANZIERUNGSLÜCKE

Gemessen am Bedarf für die Erreichung des Ziels 4 der Nachhaltigkeitsziele klafft in den Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen im Bildungsbereich eine jährliche Finanzierungslücke von **148 Milliarden USD**.

GESAMTER JÄHRLICHER FINANZIERUNGSBEDARF IM BILDUNGSBEREICH: 504 MILLIARDEN USD



Quelle: UNESCO, 2020.

Florieren

50. Eine weitere von jungen Menschen geäußerte Priorität ist die Verfügbarkeit und Zukunftsfähigkeit von **menschenwürdigen Arbeitsplätzen und wirtschaftlichen Chancen**. Die COVID-19-Pandemie hat schwerwiegende Auswirkungen auf junge Erwerbstätige und diejenigen, die ins Erwerbsleben eintreten, insbesondere auf junge Frauen. Zu viele müssen sich mit einer Tätigkeit im informellen Sektor oder mit Stellen abfinden, für die sie überqualifiziert und unterbezahlt sind, wodurch sie weder ihre Ziele erreichen noch ihr volles Potenzial entfalten können und wodurch der Kreislauf von Unterentwicklung und entgangenen Steuereinnahmen in Ländern mit niedrigem und niedrigerem mittlerem Einkommen bestehen bleibt. Der Schwerpunkt muss auf der (Um-)Schulung und Weiterbildung junger Menschen liegen und darauf, sie von der Ausbildung zur Beschäftigung und zu unternehmerischen Chancen zu führen. Die Verfügbarkeit menschenwürdiger Arbeitsplätze für junge Menschen hängt auch eng mit der Nachhaltigkeit ihrer Zukunft zusammen, einschließlich der Bemühungen um einen Übergang zu emissionsarmen und klimaresistenten Arbeitsmärkten.

Auswirkungen von COVID-19 auf die Jugendbeschäftigung

- 2020 sank die Beschäftigung bei jungen Menschen weltweit um 8,7 Prozent, bei älteren Erwachsenen jedoch nur um 3,7 Prozent.

51. Den Mitgliedstaaten wird dringend angeraten, im Zuge der Überwindung der Pandemie neben makroökonomischen und industriepolitischen Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsnachfrage auch **Beschäftigungsgarantien für junge Menschen** in Betracht zu ziehen und dabei den Indikator „ohne Beschäftigung und keine Schul- oder Berufsausbildung durchlaufend“ heranzuziehen. Daneben könnten die Sozialschutzsysteme auf junge Erwerbstätige ausgedehnt, die unter anderem auf geschlechtsspezifische oder anderweitige Diskriminierung zurückgehenden Hindernisse für eine weiterführende Bildung und Arbeitsmarktbeteiligung abgebaut, Lehrlingsprogramme und technische und berufliche Ausbildung ausgebaut und junge Menschen in den sozialen Dialog und in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Junge Menschen haben insbesondere nach der Förderung unternehmerischer Initiative verlangt, unter anderem durch Gründungskapital und die Vermittlung unternehmerischen Wissens, digitaler Kompetenz und der für eine unternehmerische Tätigkeit erforderlichen persönlichen Grundkompetenzen. Zur Unterstützung der staatlichen Bemühungen und der bestehenden Globalen Initiative für menschenwürdige Arbeit für Jugendliche werden die Vereinten Nationen gemeinsam mit internationalen Finanzinstitutionen ein **Erholungsbarometer** einführen, das im Rahmen der Aktionsdekade zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung die Berufswege junger Menschen und ihre Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt bis 2025 und darüber hinaus verfolgen wird. Zudem könnten konzertierte Anstrengungen zur Einführung neuer Technologien und zugunsten von Investitionen in eine grüne Wirtschaft bis 2030 24 Millionen neue „Arbeitsplätze der Zukunft“ schaffen. Ein möglicher Weg nach vorne wäre die Bildung einer **Koalition der hohen Ambitionen**, die die Schaffung von Arbeitsplätzen in der grünen und der digitalen Wirtschaft fördern soll und an der die zuständigen Ministerien (Finanzen, Planung, Arbeit und Bildung), junge Menschen und andere wichtige Interessenträger aus den 20 Ländern beteiligt wären, deren Arbeitsmärkte und Erwerbsbevölkerung in den nächsten zehn Jahren am schnellsten wachsen werden. Dabei sollten der gleichberechtigte Zugang von Frauen und Mädchen zu diesen Arbeitsplätzen und der Übergang vom informellen zum formellen Sektor im Vordergrund stehen.

B. Solidarität mit den kommenden Generationen

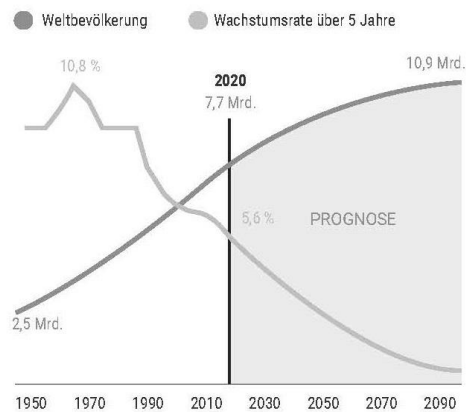
52. Investitionen in die jüngeren Generationen werden allen heute lebenden Menschen großen Nutzen bringen, doch werden sich die komplexen Probleme unserer Zeit über mehrere Lebensspannen hinweg entfalten. Die Entscheidungen, die wir heute zu Themen wie Klima, Technologie und Entwicklung treffen, werden die Lebensverhältnisse der 10,9 Milliarden Menschen, die im weiteren Verlauf dieses Jahrhunderts vor allem in Afrika und Asien geboren werden dürften, tiefgreifend beeinflussen.

53. Der Grundsatz der **Generationengerechtigkeit** – die Anerkennung der Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen – ist in verschiedenen kulturellen und religiösen Traditionen tief verwurzelt und findet sich auch in der Charta der Vereinten Nationen. 1987 stellte die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung fest, dass die „Verschwendungssucht“ der heutigen Generationen „die Optionen der kommenden Generationen rapide beschneidet“, und forderte drastische Maßnahmen zu ihrem Schutz. Das Wohl der künftigen Generationen wurde seither in internationalen Dokumenten über nachhaltige Entwicklung und die Umwelt sowie in der Erklärung der UNESCO über die Verantwortung der heutigen Generationen gegenüber den künftigen Generationen anerkannt. Dieser Anerkennung sind jedoch auf nationaler Ebene oder im Rahmen des multilateralen Systems nicht unbedingt konstruktive Schritte zur Wahrung der Interessen der kommenden Generationen gefolgt. Die Politik wird nach wie vor von kurzfristigen Erwägungen dominiert.

54. Die Vorschläge in diesem Bericht zielen auf Ansätze, die den kommenden Generationen langfristig zugutekämen. Darüber hinaus bitte ich die Staaten und andere Akteure um die **Erwägung konkreter Schritte zur Berücksichtigung der Interessen der künftigen Generationen** bei nationalen und globalen Entscheidungsprozessen. Über das genaue Vorgehen auf nationaler Ebene entscheiden die Staaten selbst, doch finden sich nachstehend einige Optionen. Um den Interessen der kommenden Generationen Rechnung zu tragen, wären zwei Anpassungen nötig: Wir müssten lernen, die Zukunft besser zu verstehen und einzuschätzen, und wichtige Strategien und Entscheidungen auf langfristige Überlegungen gründen. Zudem müssten wir auf allen staatlichen Lenkungebenen spezifische Foren und Instrumente zum Schutz der Interessen der kommenden Generationen einrichten.

BEVÖLKERUNGSWACHSTUM

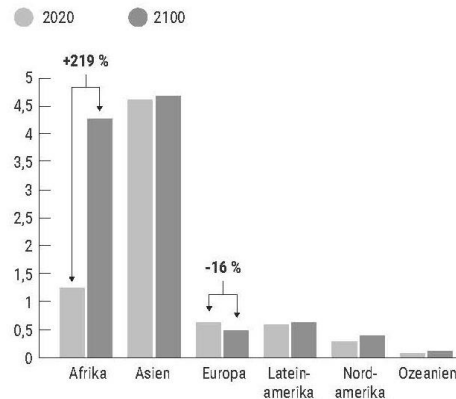
DAS BEVÖLKERUNGSWACHSTUM ERREICHTE ENDE DER 1960ER-JAHRE SEINEN HÖHEPUNKT
Wachstum der Weltbevölkerung – 1950-2100



Quelle: Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, 2019.

PROGNOSEN FÜR DAS BEVÖLKERUNGSWACHSTUM BIS 2100: GRÖSSTER ANSTIEG IN AFRIKA, RÜCKGANG IN EUROPA

Die Weltbevölkerung in den Jahren 2020 und 2100 (in Mrd.)



Quelle: Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, 2019.

Langfristiges, generationenübergreifendes Denken

55. Wir neigen stark – und immer stärker – zu kurzfristigem Denken. Wir leben in einem Zeitalter der Beschleunigung und Unbeständigkeit, in dem wirtschaftliche Hochs und Tiefs, Verschiebungen der politischen Dynamik und technologiegesteuerte Innovationen schnelles Reagieren und rasche Ergebnisse erfordern. Zugleich sind wir besser denn je für langfristiges Denken gerüstet. Technologische, klimatische und demografische Modelle liefern uns empirisch fundierte Szenarien, die die Zeit bis zum Ende des 21. Jahrhunderts und darüber hinaus abbilden. So wissen wir, dass das derzeitige Niveau der Kohlendioxidemissionen zu weltweiten Temperaturveränderungen führt, die für alle Menschen auf der Erde unumkehrbare Folgen haben werden. Dieses Wissen muss zum Handlungsanstoß werden. Es ist an der Zeit, das staatliche Handeln und das multilaterale System auf langfristige Analysen, Planungen und Überlegungen zu stützen. Wir müssen unsere Denkweise und unsere Institutionen auf größere Zeiträume ausrichten.

56. Die Vereinten Nationen werden prüfen, wie sie ihre diesbezüglichen Kapazitäten ausbauen können. Zu diesem Zweck werden sie unter anderem die Zukunftsfolgen wichtiger Strategien und Programme bewerten, Prognose- und Planungssachverständige aus dem System der Vereinten Nationen und seinen multilateralen Partnern zusammenbringen, regelmäßig über Megatrends und Katastrophenrisiken Bericht erstatten (Abschnitt IV) und mit einem breiteren Kreis staatlicher, akademischer, zivilgesellschaftlicher, privatwirtschaftlicher, philanthropischer und anderer Akteure zusammenarbeiten, um die strategische Prognose, die Katastrophenvorsorge und eine vorausschauende Entscheidungsfindung zu stärken, die der Zukunft mehr anstatt weniger Gewicht beimisst. Die Ergebnisse dieser Arbeiten würden anschließend in einem „**Zukunfts-labor**“ zusammengeführt und könnten den Staaten, subnationalen Behörden und anderen Akteuren eine Hilfe beim Kapazitätsaufbau und beim Austausch bewährter Verfahren sein und so Langzeitdenken, vorausschauendes Handeln und Anpassungsfähigkeit fördern.

Die Vertretung der kommenden Generationen

57. Die kommenden Generationen sind bei den Entscheidungen, die wir heute treffen, naturgemäß nicht vertreten und können ihre Bedürfnisse nicht äußern. Um den Grundsatz der Generationengerechtigkeit in die Praxis umzusetzen, könnten wir die Schaffung von Foren, die im Namen und als Treuhänder dieser Generationen agieren, und von Instrumenten zum weitergehenden Schutz ihrer Interessen erwägen.

58. Einige Länder haben auf der nationalen Ebene **Zukunfts-ausschüsse oder Beauftragte für die kommenden Generationen** eingesetzt, die die Regierung und staatliche Organe zu den Zukunftswirkungen heutiger Entscheidungen beraten. Andere Staaten könnten ähnliche Mechanismen schaffen und sich dabei an diesen bewährten Verfahren orientieren. Auf multilateraler Ebene schlagen immer mehr Mitgliedstaaten und Interessenvertreter Optionen dafür vor, wie die kommenden Generationen im System der Vereinten Nationen vertreten werden könnten, etwa durch eine Beauftragte oder einen Beauftragten oder eine Ombudsperson für die künftigen Generationen, eine Kommission globaler Hüter der Zukunft oder einen umfunktionierten Treuhandrat. Um die Durchführbarkeit dieser und anderer Optionen zu prüfen, greife ich auf einen Vorschlag meines Vorgängers aus dem Jahr 2013 zurück und schlage die Ernennung einer oder eines **Sondergesandten für die kommenden Generationen** vor. Der oder die Sondergesandte könnte mit der Vertretung der Interessen derjenigen beauftragt werden, die im Laufe des kommenden Jahrhunderts geboren werden. Ebenso könnte der oder die Sondergesandte die Arbeit des multilateralen Systems in Bezug auf Langzeitdenken und -prognosen unterstützen, unter anderem mittels des oben erwähnten Zukunftslabors, und als eine der ersten Aufgaben gemeinsam mit den Mitgliedstaaten sondieren, wie der Treuhandrat als Stimme der kommenden Generationen genutzt werden könnte (Abschnitt V).

59. Die Mitgliedstaaten könnten auch erwägen, Verpflichtungen gegenüber den künftigen Generationen in ihrer Verfassung und ihrem nationalen Rechtsrahmen zu verankern, was viele Länder bereits getan haben. Nationale Gerichte wägen immer häufiger die Interessen

der jüngeren und der künftigen Generationen ab, insbesondere im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der Umwelt. Auf der internationalen Ebene könnten diese Maßnahmen in einer **Erklärung über die kommenden Generationen** konsolidiert werden. Diese könnte auf der bereits genannten Erklärung der UNESCO aufbauen und Verpflichtungen gegenüber den kommenden Generationen ausdrücklich festlegen sowie einen Mechanismus schaffen, um bewährte Verfahren auszutauschen und zu überwachen, wie staatliche Lenkungssysteme mit langfristigen Herausforderungen umgehen.

IV. **Alle Nationen, ob groß oder klein: Eine neue globale Abmachung für die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter und die Überwindung großer Risiken**

60. Erneuerte Gesellschaftsverträge auf der nationalen Ebene und größere generationenübergreifende Solidarität müssen auf der globalen Ebene in einer neuen Abmachung zum Ausdruck kommen. Die COVID-19-Pandemie hat uns daran erinnert, dass wir Menschen stärker denn je miteinander verbunden und voneinander abhängig sind. Zwar konnten wir manche pandemiebedingten Schäden durch internationale Zusammenarbeit mindern, doch erwiesen sich die multilateralen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie zu dem Zeitpunkt, an dem sie am dringendsten benötigt wurden, als bei weitem nicht wirksam genug. Wir können es uns nicht leisten, über diese Defizite hinwegzusehen, wenn wir auf potenziell extreme oder sogar existenzielle künftige Bedrohungen vorbereitet sein wollen. Wenn wir den Durchbruch anstatt des Zusammenbruchs wollen, müssen wir die Grundsätze und die Praxis kollektiven Handelns auf globaler Ebene von Grund auf erneuern und dabei auf den bewährten Verfahren und den bereits erzielten Fortschritten aufbauen.

A. **Schutz der globalen Gemeingüter und Bereitstellung globaler öffentlicher Güter**

61. Die verwandten Konzepte der globalen Gemeingüter und der globalen öffentlichen Güter finden in verschiedenen Kontexten und Bereichen – etwa im Recht und in der Wirtschaft – Anwendung. Auch ohne eine allgemein anerkannte Definition bilden diese Konzepte für unsere Zwecke einen nützlichen Ausgangspunkt für eine ernste Bestandsaufnahme. **Globale Gemeingüter** bezeichnen in der Regel natürliche oder kulturelle Ressourcen, die von uns allen genutzt werden und die uns allen zugutekommen. Sie umfassen die vier klassischen Gemeingüter außerhalb der nationalen Hoheitsbereiche – die Hohe See, die Atmosphäre, die Antarktis und das Weltall –, die heute allesamt bedroht sind. Unter öffentlichen Gütern versteht man die Güter und Dienstleistungen, die der gesamten Gesellschaft bereitgestellt werden und zugutekommen. Auf nationaler Ebene zählen dazu beispielsweise Straßenbeleuchtung, Feuerwehr, Verkehrssteuerung oder sauberes Wasser. Gewisse **öffentliche Güter gelten bereits seit geraumer Zeit als global**, da sie von keinem Staat allein in angemessener Weise bereitgestellt werden können und das Wohlergehen der gesamten Menschheit betreffen. Sie reichen in der Regel vom globalen Streben nach Frieden bis hin zu praktischen Aspekten wie der Reglementierung der internationalen Zivilluftfahrt. Letztendlich heben sich diese wertvollen Bereiche dadurch ab, dass ihr Schutz eine zunehmend dringliche Aufgabe ist, die wir nur gemeinsam bewältigen können. Das multilaterale System verfügt jedoch bisher weder über die erforderlichen Strategien und Investitionen noch über die nötige Solidarität, was uns alle für Krisen anfällig macht. Solche Krisen können beispielsweise die globale öffentliche Gesundheit treffen, wie die COVID-19-Pandemie gezeigt hat, oder, wie im Fall der Finanzkrise von 2008 und des derzeitigen pandemiebedingten Schocks, die Weltwirtschaft und das globale Finanzsystem. Sie können auch die Gesundheit unseres Planeten treffen, was uns die dreifache globale Krise des Klimawandels, des Biodiversitätsverlusts und der Umweltverschmutzung eingetragen hat.

62. In den Konsultationen zum fünfundsiebzigsten Jahrestag des Bestehens der Vereinten Nationen und zu unserer gemeinsamen Agenda bestand eine der eindringlichsten Forderungen

darin, die Aufsicht über unsere globalen Gemeingüter und unsere globalen öffentlichen Güter zu stärken. Dazu bedarf es keiner neuen Institutionen, sondern vielmehr einer neuen Entschlossenheit und neuer Formen der Zusammenarbeit, die den Herausforderungen und der Vielfalt der Akteure (öffentlich, zivilgesellschaftlich und privat), die zu Lösungen beitragen können, gerecht werden. Ob uns die Gratwanderung zwischen einem globalen Durchbruch oder aber einem Zusammenbruch gelingt, hängt von den Entscheidungen ab, die wir jetzt treffen. Letztendlich liegen diese Entscheidungen bei den Mitgliedstaaten, die dabei von anderen maßgeblichen Interessenträgern unterstützt werden.

PROGNOSEN FÜR DIE FORTSCHREITENDE SCHÄDIGUNG DER GLOBALEN GEMEINGÜTER

ATMOSPÄRE

Entwicklung der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre über 800.000 Jahre

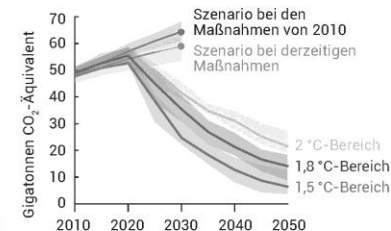
Mittlere globale CO₂-Konzentration
ppm



Quelle: United States Environmental Protection Agency, 2020.

Prognosen für die globalen Treibhausgasemissionen bei unterschiedlichen Szenarien

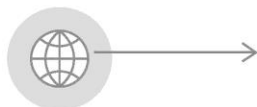
Anmerkung: Die Anfang 2021 abgegebenen Zusagen sind in diesen Prognosen nicht berücksichtigt.



Quelle: Umweltprogramm der Vereinten Nationen, 2020.

WELTRAUM

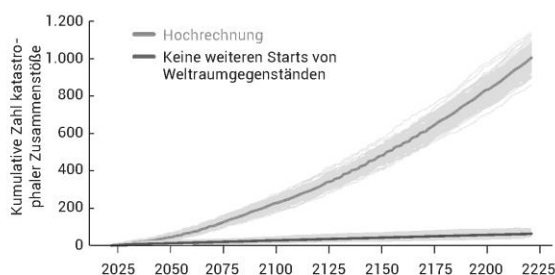
Mit zunehmender Dichte der in der Erdumlaufbahn befindlichen Objekte steigt auch die Wahrscheinlichkeit von Zusammenstößen, die weiteren Weltraummüll verursachen und so in einer Kettenreaktion die Nutzung des Weltraums über Generationen verhindern könnten.



Niedrige Umlaufbahn (2.000 km)

Weltraummüll

Quelle: Europäische Weltraumorganisation, 2021.

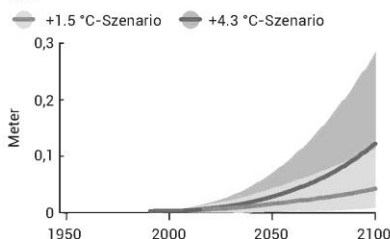


ANTARKTIS

Masseverlust des antarktischen Eisschildes

Quelle: Zwischenstaatliche Sachverständigengruppe für Klimaänderungen, 2019.

ausgedrückt als Anstieg des Meeresspiegels gegenüber 1986-2005

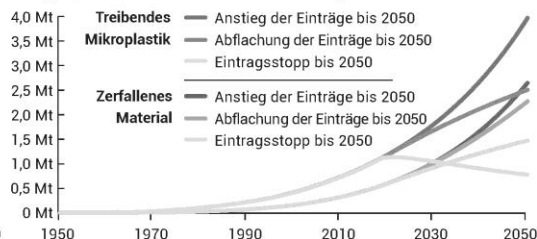


HOHE SEE

Prognosen für die Meeresverschmutzung

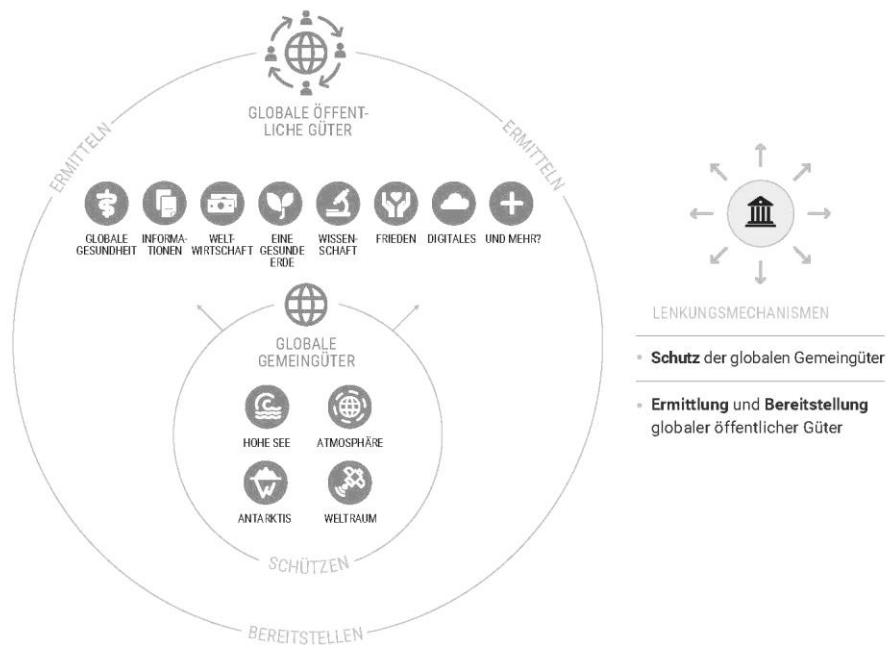
Quelle: Lebreton et al, 2019.

Selbst bei einem äußerst ambitionierten Szenario (nach 2020 kein weiterer Plastikeintrag ins Meer) könnte sich die Menge an Mikroplastik im Meer bis Mitte des Jahrhunderts verdoppeln, da der bereits vorhandene Plastikmüll langsam in kleinere Teile zerfällt.



63. Auf der Grundlage unserer umfassenden Konsultationen und der Leitsätze der Erklärung zum fünfundsiebzigsten Jahrestag nenne ich nachstehend einige Bereiche von internationalem Belang, die als globale öffentliche Güter betrachtet werden könnten und bei denen Handlungsbedarf besteht. Ich gehe auch darauf ein, wie wir diese Bereiche besser unterstützen und schützen könnten. In manchen Bereichen gibt es bereits robuste Übereinkünfte und eine solide Dynamik, die jedoch entweder der Schwere der Herausforderung nicht gerecht oder unzureichend umgesetzt werden. In anderen Bereichen wiederum sind die Vereinbarungen oder Fahrpläne überholt, fragmentiert oder erst im Anfangsstadium.

Globale öffentliche Güter und globale Gemeingüter BEREITSTELLUNG UND SCHUTZ



Globale öffentliche Gesundheit

64. Unser Versäumnis, die Warnungen vor einer möglichen Pandemie zu beherzigen und nach der Ausbreitung des Virus wirksamer zusammenzuarbeiten, wird sich über Generationen auswirken. Wir müssen dafür sorgen, dass so etwas nie wieder vorkommt. Mechanismen für eine wirksame und proaktive Behandlung der Gesundheit als globales öffentliches Gut sind für die Nachhaltigkeit und die Sicherheit des menschlichen Lebens selbst entscheidend. Die Umsetzung vieler in diesem Bericht enthaltener Vorschläge setzt zunächst die Beendigung und Überwindung der Pandemie voraus. Zudem müssen wir die Mängel und Ungleichheiten ausräumen, die uns überhaupt erst so pandemiefähig gemacht haben. Dabei müssen wir auf den bisherigen Erfolgen aufbauen und aus Misserfolgen lernen.

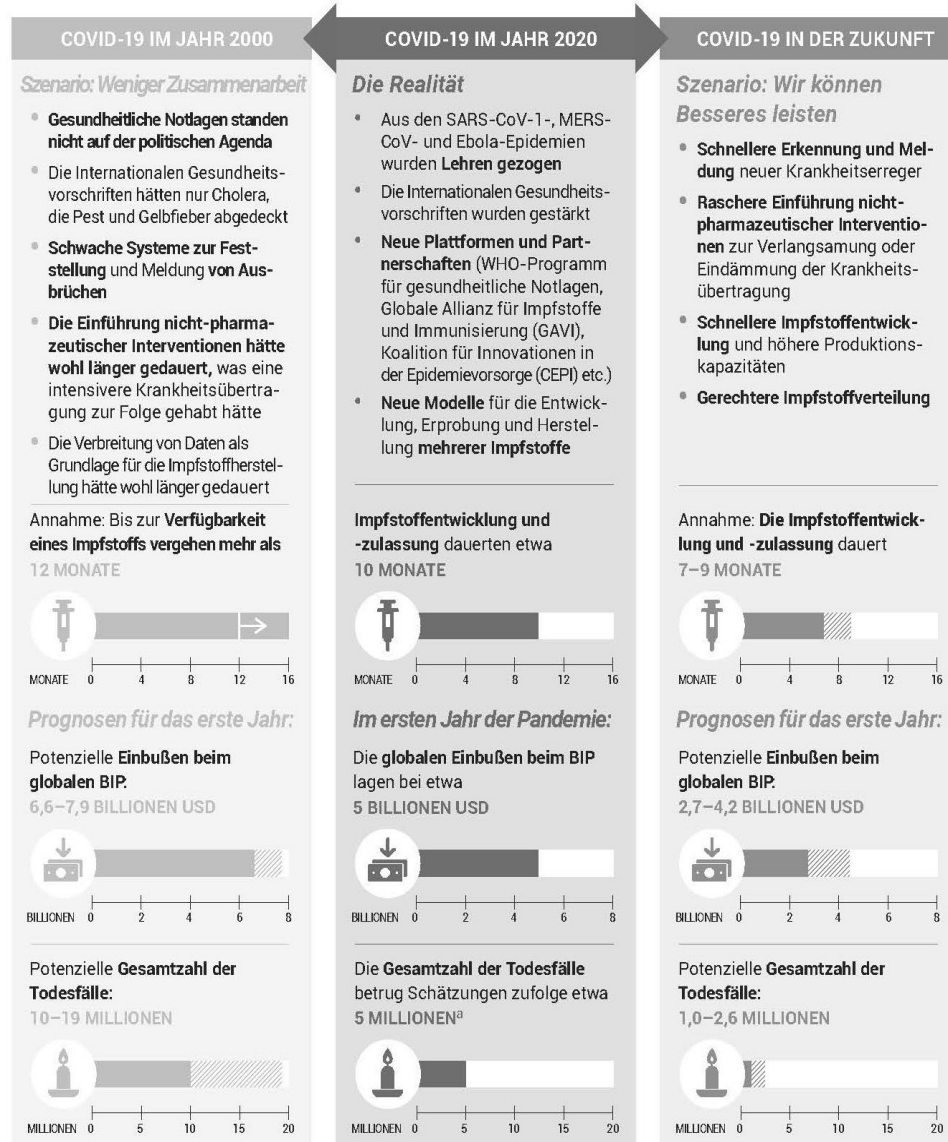
65. Die Lenkungsstrukturen im Bereich der globalen öffentlichen Gesundheit sind unterfinanziert, abgeschottet und verzerrt, weil Anreize für Gleichbehandlung fehlen. Die in den letzten Jahrzehnten in Reaktion auf konkrete Krisen vorgenommenen Verbesserungen wurden nicht immer beibehalten oder vollends umgesetzt. Ein Hemmnis für die globale Führung sind nach wie vor die Einschränkungen im Mandat und die chronische Unterfinanzierung der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die 80 Prozent ihres Jahreshaushalts von 2 Milliarden Dollar aus zweckgebundenen Beiträgen deckt. Dies untergräbt ihre Unabhängigkeit und ihre Fähigkeit, ihr Mandat zu erfüllen. Trotz aller notwendigen und schwierigen Fragen, die wir uns stellen müssen, dürfen wir nicht die Erfolge aus den Augen verlieren, die wir

zum Teil dank eines robusten Ökosystems von Partnerschaften sowie der kürzlichen Maßnahmen zur Stärkung der WHO, der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) und regionaler Kapazitäten wie der Afrikanischen Zentren für Krankheitsbekämpfung und -prävention erzielt haben. Wäre das Virus vor zehn Jahren oder früher ausgebrochen, wären die Folgen noch verheerender gewesen. Eine verbesserte Gesundheitsüberwachung, wissenschaftliche Fortschritte und öffentlich-private Partnerschaften haben entscheidend zur beispiellosen Entwicklung wirksamer COVID-19-Schnelltests, -Behandlungen und -Impfstoffe beigetragen.

66. Die Empfehlungen der Unabhängigen Gruppe für Pandemievorsorge und -bekämpfung bieten einen wichtigen Ausgangspunkt. Ich schließe mich vielen Feststellungen der Gruppe an und füge die nachstehenden Vorschläge hinzu.

67. Die größte unmittelbare Bewährungsprobe für den Multilateralismus sind die Bemühungen um die Beendigung der COVID-19-Pandemie, insbesondere ein Sieg im Wettlauf zwischen Impfstoffen und Varianten. Bis Mitte Juli 2021 wurden zwar weltweit mehr als 3,4 Milliarden Impfdosen verabreicht, doch sind wir aufgrund ihrer ungleichen Verteilung alle weiter gefährdet. Wir benötigen mehr als 11 Milliarden Dosen, damit die Weltbevölkerung die Durchimpfungsrate von 70 Prozent erreicht, die die akute Phase der Pandemie beenden könnte. Dies wird die bislang größten Anstrengungen überhaupt im Bereich der öffentlichen Gesundheit erfordern. Kurz gesagt, die Welt braucht einen **globalen Impfplan**, um a) die Produktion von Impfstoffen mindestens zu verdoppeln und auf der Grundlage der COVAX-Initiative (COVID-19 Vaccine Global Access (COVAX) Facility) eine gerechte Verteilung zu gewährleisten, b) die Durchführung und die Finanzierung zu koordinieren und c) die Bereitschaft und die Kapazitäten der Länder zur Durchführung von Impfprogrammen zu stützen und gleichzeitig das ernste Problem der Impfskepsis anzugehen. Zur Verwirklichung dieses Plans habe ich zur Einrichtung eines Notfallstabs aufgerufen, der alle Länder mit Kapazitäten für die Impfstoffproduktion, die WHO, die Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung (GAVI) und die internationalen Finanzinstitutionen, die in der Lage sind, mit den jeweiligen Pharmaunternehmen und -herstellern sowie anderen maßgeblichen Akteuren zu verhandeln, zusammenbringt. Diese Anstrengungen müssen mit einem verstärkten Technologie- und Wissensaustausch einhergehen, einschließlich des Auf- und Ausbaus lokaler Produktionskapazitäten weltweit. Auch die Nachhaltigkeit der Anstrengungen ist entscheidend, damit wir für den nächsten Gesundheitsnotstand besser gerüstet sind.

EIN PLÄDOYER FÜR ZUSAMMENARBEIT: MÖGLICHE ALTERNATIVE VERLÄUFE DER COVID-19-PANDEMIE



Quelle: Stiftung für die Vereinten Nationen und Metabiota, 2021.

Anmerkung: Diese Schätzungen beruhen auf Simulationen des möglichen Verlaufs und der möglichen Folgen der COVID-19-Pandemie bei unterschiedlich enger multilateraler Zusammenarbeit. Die Simulationen wurden auf der Grundlage aktueller demografischer Daten und Daten zur Bevölkerungsmobilität erstellt und decken den Zeitraum vom Beginn der Pandemie bis einschließlich 28. Februar 2021 ab, also in etwa das erste Jahr der Krise.

Abkürzungen: MERS: Middle East respiratory syndrome, SARS: severe acute respiratory syndrome (schweres akutes respiratorisches Syndrom).

^a Es handelt sich hier um eine Schätzung der Gesamtzahl der Todesfälle. Die Zahl der gemeldeten COVID-19-Fälle und -Todesfälle liegt für diesen Zeitraum aufgrund von Untererfassung niedriger.

68. Auf längere Sicht müssen bei der Lenkung des globalen Gesundheitswesens Prävention, Vorsorge und Gleichheit stärker im Vordergrund stehen. Es gibt einige Bereiche, in denen kollektive Maßnahmen dringend erforderlich sind. Zunächst müssen **Unabhängigkeit, Autorität und Finanzierung der WHO** gestärkt werden. Dazu gehören größere finanzielle Stabilität und Autonomie durch Finanzmittel ohne jede Zweckbindung, die Erhöhung der Mittel und ein organisierter Prozess zur Deckung des restlichen Haushalts. Wie von der Unabhängigen Gruppe empfohlen, setzt dies auch die Befähigung der WHO zu

normativer, grundsatzpolitischer und technischer Anleitung und Evaluierung und zu uneingeschränktem Zugang zu Informationen und Informationsaustausch voraus. Die WHO muss bei den Notmaßnahmen zur Bekämpfung einer Pandemie eine Führungs- und Koordinierungsrolle übernehmen, und ihre Landesbüros müssen über die Ressourcen und die Ausstattung verfügen, die es ihnen erlauben, technischen Ersuchen von Regierungen um Unterstützung bei der Pandemievorsorge und -bekämpfung nachzukommen.

69. Zweitens müssen **Sicherheit und Vorsorge im Bereich der globalen Gesundheit** (insbesondere die Investitionen in die Pandemievorsorge, aber auch in die Bekämpfung eines breiteren Spektrums möglicher gesundheitlicher Bedrohungen) durch anhaltendes politisches Engagement und Führungsverantwortung auf höchster politischer Ebene gestärkt werden. Ich lege den Staaten nahe, die Empfehlungen der Unabhängigen Gruppe zu prüfen, darunter die Aktualisierung der nationalen Vorsorgepläne für künftige Gesundheitskrisen und ein Prozess einer allgemeinen regelmäßigen gegenseitigen Überprüfung zur Förderung der gegenseitigen Rechenschaftslegung der Länder und ihres Lernens voneinander. Das internationale System für Pandemievorsorge und -bekämpfung, darunter Früherkennungssysteme, Kapazitäten für eine unabhängige Verifikation durch die WHO und die Eindämmung neu auftretender Krankheitserreger, muss über eine ausreichende und berechenbare Finanzierung verfügen, möglicherweise über eine Fazilität, die auf den bestehenden globalen Mechanismen der Gesundheitsfinanzierung aufbaut, um Fragmentierung zu verringern. Ich lege den Staaten nahe, sich kollektiv auf eine Aufstockung der internationalen Finanzmittel für die Pandemieprävention und -vorsorge zu verpflichten, wie von der Hochrangigen unabhängigen Gruppe der G20 für die Finanzierung der globalen Gemeingüter zur Pandemievorsorge und -bekämpfung empfohlen. Zudem benötigen wir ein robusteres Instrumentarium, um die Einhaltung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) zu gewährleisten. In dieser Hinsicht begrüße ich die Anstrengungen von WHO-Mitgliedstaaten zur Schaffung eines Instruments für die Pandemievorsorge und -bekämpfung. Im Falle einer künftigen Pandemie könnte auch die nachstehend vorgeschlagene Plattform für komplexe Notlagen alle Maßnahmen ergänzen, die die WHO ergreift, um ihr globales Überwachungssystem zu stärken und gesundheitliche Notlagen von internationaler Tragweite auszurufen.

70. Drittens sollten die **Produktentwicklung und der Zugang zu Gesundheitstechnologie** auf der Grundlage des Kooperationsrahmens ACT-A (Access to COVID-19 Tools Accelerator) in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen insbesondere im Hinblick auf vernachlässigte oder neu auftretende Infektionskrankheiten sowie ein breiteres Spektrum an Gesundheitsgefahren wie die antimikrobielle Resistenz beschleunigt werden. Dazu sind nicht nur krisenfestere Produktions- und Lieferketten, unter anderem auf regionaler Ebene, erforderlich, sondern auch Anreize, die Investitionen in Forschung und Entwicklung an Gesundheitserfolge und nicht an Profite knüpfen. Dazu gehören Anreizsysteme oder Fonds für positive Gesundheitswirkungen zur Förderung künftiger Innovationen. Ferner könnte bei staatlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung erwogen werden, in den entsprechenden Vereinbarungen Technologietransfers und freiwillige Lizenzzusagen festzulegen.

71. Schlussendlich hat COVID-19 die tiefgreifenden sozialen Auswirkungen globaler Gesundheitskrisen offenbart. Manche Regierungen haben Schritte zur Einrichtung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung unternommen, auch auf dem Gebiet der psychischen Gesundheit, und allen Ländern wird eindringlich nahegelegt, unverzüglich ein Gleiches zu tun. Ebenso unerlässlich sind Maßnahmen, die an den sozialen Determinanten von Gesundheit ansetzen. Dazu müssen wir die Wechselbeziehungen zwischen Menschen, Tieren und Pflanzen und ihrer gemeinsamen Umwelt anerkennen, etwa durch das „Eine Gesundheit“-Konzept oder ähnliche Ansätze, die Umweltverschmutzung verringern, die Risiken in unseren Ernährungssystemen abbauen, die Armut und die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern mindern und die globale Biosicherheit fördern.

Eine Weltwirtschaft, die allen zugutekommt

72. Die COVID-19-Pandemie hat uns wieder einmal vor Augen geführt, wie anfällig wir gegenüber wirtschaftlichen Schocks sind. In Reaktion auf die Krise von 2008 wurden globale Systeme rasch verbessert, um eine weltweite Rezession zu verhindern. Die Scheu-

klappen in der nationalen Wirtschaftspolitik finden sich jedoch auch weiterhin auf der globalen Ebene, beispielsweise in der Tendenz, Erfolge an engen und kurzfristigen Gewinn- und Wachstumsindikatoren zu messen, und in den Fehlanreizen für eine Geschäftspraxis, die Aktionärsinteressen über alle anderen Interessen stellt. Die Pandemie hat auch andere Probleme offenbart, nicht zuletzt die Grenzen des BIP als Entscheidungsgrundlage für die Gewährung internationaler Unterstützung trotz des Vorliegens anderer Risiken und Anfälligkeiten, die mangelnde Resilienz des internationalen Handels und der internationalen Lieferketten und die Kurzsichtigkeit eines Systems, das sich nicht auf ausreichende Investitionen in eine globale Impfkampagne einigen kann, die 2021 eine halbe Million Menschenleben retten und der Weltwirtschaft bis 2025 9 Billionen Dollar einbringen könnte. Die geschätzten Kosten von 50 Milliarden Dollar sind im Vergleich dazu sehr gering.

73. Eine nachhaltige und faire Weltwirtschaft weist Merkmale eines globalen öffentlichen Gutes auf. Sie erfordert eine solide internationale Zusammenarbeit sowie ein neues Verständnis der Interdependenz zwischen der Wirtschaft, den Menschen und der Erde. Trotz der begrüßenswerten Anstrengungen, die der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und andere Institutionen unternehmen, um der nachhaltigen Entwicklung, den Menschenrechten, der Vorsorge und der Resilienz besser Rechnung zu tragen, liegt die Lenkung der Wirtschaft in unverhältnismäßigem Maße in der Hand einiger weniger Staaten und Finanzakteure und ist von anderen Bereichen, in denen internationale Agenden festgelegt und Entscheidungen getroffen werden, abgeschottet. Im Sinne früherer Vorschläge, einen Rat für Wirtschaftssicherheit einzurichten, sowie im Geiste der während der Pandemie zu beobachtenden Zusammenarbeit schlage ich vor, **ein Zweijährliches Gipfeltreffen auf der Ebene der Staats- und Regierungsoberhäupter der Mitglieder der G20 mit den Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialrats, dem Generalsekretär und den Leiterinnen und Leitern der internationalen Finanzinstitutionen** einzuberufen, um auf eine nachhaltigere, inklusivere und resilientere Weltwirtschaft hinzuwirken. Dadurch könnten wir die jeweiligen Stärken der zuständigen Organe systematischer kombinieren und die Weiterverfolgung des zwischenstaatlichen Prozesses der Finanzierung für nachhaltige Entwicklung umfassender nutzen. Zu den Anliegen, deren sich dieses zweijährliche Gipfeltreffen unmittelbar annehmen könnte, zählen eine extrem langfristige und innovative Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung und Investitionsfördermaßnahmen zugunsten der Ziele für nachhaltige Entwicklung, die allen bedürftigen Ländern zu einem umweltfreundlichen und gerechten Wandel verhelfen könnten, sowie flexiblere Anreize im Bereich Forschung und Entwicklung zur Innovationsförderung und ein Prozess zur Beseitigung seit langem bestehender Schwächen in der internationalen Schuldenarchitektur. Darüber hinaus könnte auch eine Einigung auf eine Art „Endspurtbündnis“ angestrebt werden, das im Rahmen der Bemühungen um die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele politische Maßnahmen fördern und aufwerten könnte, um diejenigen zu erreichen, die am weitesten zurückliegen.

74. Ein faireres und krisenfesteres multilaterales **Handelssystem** wäre offen, regelgestützt, transparent und nichtdiskriminierend. Die Welthandelsorganisation (WTO) wird derzeit neu belebt und modernisiert, um der Realität des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Dazu zählen der elektronische Handel und die digitale Wirtschaft, die Chancen für die Inklusion von Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen und von Frauen in den internationalen Handel bieten. Darüber hinaus muss jedoch auch für eine Ausrichtung des internationalen Handels an der grünen und der Kreislaufwirtschaft gesorgt werden, unter anderem durch die Ausweitung der Verhandlungen zu Umweltgütern und -dienstleistungen. Wir müssen von protektionistischen Ansätzen, die den Handel um jeden Preis maximieren wollen und enorme Übertragungseffekte nach sich ziehen, abkommen und stattdessen ein System anstreben, das Anreize für die Umsetzung des Wohl mehrerer Vorgehensweisen und die Verabschiedung wirksamer multilateraler Handelsübereinkommen schafft. Dies erfordert auch die Förderung und Aufwertung von technologischen Kapazitäten, Innovation und Resilienz in den Entwicklungsländern, unter anderem durch erhöhte Flexibilität im Hinblick auf Rechte des geistigen Eigentums, Technologietransfer, Unterstützung von Handelserleichterungen und Begrenzung der Nutzung von Handelsbeschränkungen, insbesondere während einer globalen Pandemie. Die Wiedereinrichtung eines wirksamen Streitbeilegungsmechanismus für den Abbau von Handelsspannungen ist unverzichtbar.

75. In einer resilienten Weltwirtschaft wären auch mehr Länder in der Lage, ihre eigene Bevölkerung zu unterstützen, und zwar durch eine an die Ziele für nachhaltige Entwicklung geknüpfte Finanzierung für nachhaltige Entwicklung. Dies erfordert wiederum einen mit ausreichenden Ressourcen ausgestatteten öffentlichen Sektor sowie private Akteure, die ihre Rolle darin sehen, zur Bereitstellung globaler öffentlicher Güter beizutragen und Nutzen daraus zu ziehen. Eine stärkere globale Zusammenarbeit, die die finanzielle Integrität durch die Bekämpfung endemischer **Steuerhinterziehung, aggressiver Steuerumgehung** und illegaler Finanzströme fördert, ist schon längst überfällig (siehe Kap. II). Maßnahmen, die die Ausgleichsgerechtigkeit fördern, darunter eine globale Mindeststeuer für Unternehmen sowie Solidaritätszuschläge, würden ein deutliches Zeichen setzen, dass privatwirtschaftliche Unternehmen und die reichsten Menschen, die von den derzeitigen Wirtschaftsmodellen am meisten profitieren, zum nationalen und globalen Gemeinwohl beitragen müssen. Wir könnten die Bemühungen um einen Konsens über ergänzende Indikatoren zum BIP verstärken, indem wir weltweit vom BIP als Entscheidungsgrundlage für den Zugang zu konzessionärer Finanzierung und Unterstützung abkamen. Dabei könnten internationale Finanzinstitutionen und die Vereinten Nationen die Führung übernehmen. Indizes der Gefährdung durch externe Schocks und Kriterien zur Beurteilung systemischer Risiken könnten stärker gewichtet werden. Darüber hinaus könnten multilaterale Entwicklungsbanken ihr Geschäftsgebaren und ihre Regeln für die Vermögensverwaltung ändern, um ihre Kapazitäten zur Förderung von Investitionen in Entwicklungsländer auszubauen.

76. Diese neue Dynamik für die Weltwirtschaft setzt eine Anpassung der **Geschäftsmodelle** voraus, um Unternehmen, Märkte und die Gesellschaft besser zu vernetzen. Starke und zukunftsfähige Unternehmen gründen auf globalen Werten, darunter die Menschenrechte, die Arbeitsrechte, die ökologische Nachhaltigkeit und die Korruptionsbekämpfung. Alle diese Werte sind im Globalen Pakt der Vereinten Nationen verankert. Es ist unerlässlich, dass die Unternehmen ihre Geschäftspraxis koordiniert an globalen Zielen, einschließlich der Nachhaltigkeitsziele, ausrichten.

77. Schließlich fehlen uns noch immer vorab ausgehandelte Wege, im Falle einer globalen Wirtschaftskrise die maßgeblichen Interessenträger an einen Tisch zu bringen. Die vorgeschlagene Plattform für Notmaßnahmen im Krisenfall (siehe Kap. IV B) könnte nicht nur in künftigen Pandemien, sondern auch bei künftigen Wirtschaftskrisen und -schocks entsprechenden Ausmaßes genutzt werden. Zusätzlich zur Krisenvorsorge sollten wir auch alles daransetzen, in Resilienz und Prävention zu investieren. Dies macht die Einführung von Wirtschaftsmodellen und -politiken, die Nachhaltigkeit, Wohlergehen und die Zukunft sichern, wie in diesem Bericht durchgehend empfohlen, zum wichtigsten Schritt überhaupt.

Ein gesunder Planet für uns Menschen

78. Wir führen einen selbstzerstörerischen Krieg gegen die Natur. Wir laufen Gefahr, Schwellen zu überschreiten, an denen es kein Zurück gibt, und Krisen zu beschleunigen, deren Umkehr Jahrhunderte oder sogar Jahrtausende dauern könnte. Unser Klima, unsere Umwelt und unser Planet sind wichtige globale Gemeingüter, die für alle Menschen jetzt und in Zukunft geschützt werden müssen. Schon jetzt liegen die Temperaturen um 1,2 °C über dem vorindustriellen Niveau – Tendenz stark steigend. Der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen warnte im August 2021, dass wir akut riskieren, die Gefahrenschwelle von 1,5 Grad Celsius in naher Zukunft zu erreichen. Jeder Bruchteil eines Grades bedeutet den Verlust von Menschenleben, Existenzgrundlagen, Vermögenswerten, Arten und Ökosystemen. Die Gruppe hat keinen Zweifel daran gelassen,

Übergang zu einer grünen Wirtschaft

- Die durch die Verbrennung **fossiler Brennstoffe, durch Chemikalien und andere Schadstoffe verursachte Luftverunreinigung ist jedes Jahr für den Tod von 7 Millionen Menschen verantwortlich** und verursacht jährliche Kosten von rund 5 Billionen Dollar.
- Der Übergang zu einer grünen Wirtschaft könnte gegenüber der herkömmlichen Wirtschaft **bis 2030 einen direkten wirtschaftlichen Gewinn von 26 Billionen Dollar** einbringen und über 65 Millionen neue, kohlenstoffarme Arbeitsplätze schaffen.

dass wir die Emissionen Jahr für Jahr drastisch reduzieren sollten, nämlich bis 2030 um 45 Prozent und bis **2050 auf Netto-Null**, doch steigen die Temperaturen weiter an. Wir sollten unsere Bevölkerung, unsere Infrastruktur, unsere Volkswirtschaften und unsere Gesellschaften stärken, damit sie dem Klimawandel standhalten können, und doch sind Anpassungs- und Resilienzmaßnahmen nach wie vor stark unterfinanziert.

79. Wir sind uns weitgehend darüber einig, was zu tun ist. Das Übereinkommen von Paris, das alle Nationen hinter das gemeinsame Anliegen stellt, Klimaänderungen zu bekämpfen und sich an ihre Auswirkungen anzupassen, ist eine einzigartige Leistung. Um den Forderungen der Wissenschaft und den Zielen des Übereinkommens von Paris gerecht zu werden, müssen die Vertragsparteien und alle Interessenträger ambitioniertere nationale Klimaschutzpläne für 2030 vorlegen und konkrete grundsatzpolitische und andere Maßnahmen durchführen, die auf eine Netto-Null-Zukunft ausgerichtet sind, einschließlich des Verzehrs auf neue Kohle nach 2021, der Verlagerung der Subventionen für fossile Brennstoffe auf erneuerbare Energien und der Festlegung eines Kohlenstoffpreises. Wir benötigen ein **glaubwürdiges Solidarpaket zur Unterstützung der Entwicklungsländer**, das dem Ziel, jedes Jahr 100 Milliarden Dollar bereitzustellen, gerecht wird, in dessen Rahmen 50 Prozent der Klimafinanzierung in Anpassung und Resilienz fließen sowie technologische Unterstützung und Kapazitätsaufbauhilfe bereitgestellt werden und das mit steigendem Bedarf aufgestockt wird. Multilaterale Entwicklungsbanken und andere Finanzinstitutionen müssen ihre Portfolios an dem Übereinkommen von Paris ausrichten. Auch der 2021 anlaufende Prozess zur Aushandlung eines neuen Klimafinanzierungsziels für die Zeit nach 2025 muss die Bedürfnisse der Entwicklungsländer zur Grundlage haben und auf sie eingehen.

80. Ebenso wichtig sind rasche weltweite Maßnahmen zur Koordinierung eines gerechten Übergangs, um menschenwürdige Arbeit und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, die einen wichtigen Motor für Klimaschutzmaßnahmen und -ambitionen darstellen. Laut Studien der IAO und zahlreicher anderer Stellen dürfte der Übergang von der grauen zur grünen Wirtschaft zur Schaffung von Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze bis 2030 führen. Ich rufe alle Länder auf, sich die Leitlinien der IAO für einen gerechten Übergang zu ökologisch nachhaltigen Volkswirtschaften und Gesellschaften für alle zu eigen zu machen und sie als Mindeststandard anzusetzen, um Fortschritte im Hinblick auf eine menschenwürdige Arbeit für alle zu gewährleisten. Die Vereinten Nationen werden diesen gerechten Übergang und die Bemühungen, sicherzustellen, dass aus diesem Übergang zu einer Netto-Null-Zukunft florierende und wohlhabende Gemeinschaften hervorgehen, uneingeschränkt unterstützen.

81. Es gibt Anzeichen dafür, dass sich die Welt der drohenden Gefahr bewusst wird. Ein wachsendes globales Bündnis von Mitgliedstaaten, darunter alle Länder der Gruppe der Sieben, Städten und Unternehmen hat sich verpflichtet, die **Emissionen bis 2050 auf Netto-Null zu senken**, und setzt die dafür erforderlichen strikten und glaubwürdigen Zwischenziele. Die von jungen Menschen angeführte soziale Bewegung, den Klimawandel aufzuhalten und die internationale Zusammenarbeit zu beschleunigen, hat alle Kontinente und alle Länder erreicht. Die Preise für erneuerbare Energien sinken rapide, das Ende der Kohle ist in Sicht, und Technologien werden in einem Umfang eingesetzt, der im Laufe dieses Jahrzehnts eine rasche Verringerung der Emissionen ermöglicht. Wir können die Erwärmung immer noch auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau begrenzen, die Investitionen zur Förderung der Resilienz gegenüber den Auswirkungen erhöhen und den Ökosystem- und Biodiversitätsverlust bekämpfen. Dazu benötigen wir jedoch eine agilere, flexiblere und wirksamere Klima- und Umweltpolitik, die sozial gerechte Übergänge ermöglicht.

82. Auf der sechszwanzigsten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen im Jahr 2021 **sollten sich alle Länder auf das Ziel verpflichten, die Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen** – den globalen Schwellenwert für die Maßnahmen zur Abschwächung der Klimaänderungen. Ebenso wie ich alle Staaten zur Ausrufung eines **Klimanotstands** aufgefordert habe, möchte ich auch der Konferenz eindringlich nahelegen, beschleunigt und auf der Grundlage von Notfallmaßnahmen zu handeln und in diesem Zuge neue Probleme schnell anzugehen und den wissenschaftlichen Entwicklungen zu folgen. Im Übereinkommen von Paris haben sich die Mitgliedstaaten verpflichtet, regelmäßig aktualisierte und ambitioniertere national

festgelegte Beiträge vorzulegen. Sie vereinbarten außerdem, die gemeinsamen Fortschritte bei der Verwirklichung der langfristigen Ziele des Übereinkommens alle fünf Jahre im Rahmen einer weltweiten Bestandsaufnahme des Übereinkommens von Paris zu bewerten. **Ich beabsichtige, vor der ersten globalen Bestandsaufnahme im Jahr 2023 die Staats- und Regierungsoberhäupter zusammenzubringen**, um eine politische Einigung auf die dringend erforderlichen Schritte zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 °C zu erzielen, Menschen und Gemeinschaften vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen und die öffentliche und private Finanzierung mit den Zielen des Übereinkommens von Paris in Einklang zu bringen.

83. Die Konferenz der Vertragsparteien könnte als Plattform dienen, die die immer dringlicheren Forderungen von Menschen in aller Welt nach Klimaschutzmaßnahmen aufgreift und denjenigen mehr Gehör verschafft, die am stärksten betroffen sind und uns alle zur Rechenschaft ziehen werden. Die Erreichung der Ziele des Übereinkommens von Paris liegt in der Verantwortung aller Beteiligten. Das Emissionsprofil mancher Unternehmen ist größer als das ganzer Länder, und Städte sind für über 70 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich. Ich lege den Regierungen eindringlich nahe, das Engagement und die Beiträge **aller Akteure**, die wesentlich zur Erfüllung der auf der Konferenz eingegangenen Verpflichtungen der Länder beitragen, offiziell anzuerkennen. Ich beabsichtige außerdem, führende Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, des Privatsektors und der jungen Menschen zu dem im Vorfeld der ersten globalen Bestandsaufnahme im Jahr 2023 abzuhaltenden Treffen auf Führungsebene einzuladen und dafür zu sorgen, dass sie konstruktiv an diesem Prozess mitwirken können.

KLIMA: ZUSAMMENBRUCH ODER DURCHBRUCH

	+4.4 °C bis 2100	+2.7 °C bis 2100	+1.5 °C bis 2100
	<i>Zusammenbruch</i>	<i>Unser derzeitiger Kurs</i>	<i>Durchbruch</i>
	Ein Szenario ohne Klimaschutzmaßnahmen oder wirksamen Multilateralismus zur Bekämpfung des Klimawandels	Der Kurs gemäß den aktuellen Verpflichtungen auf die Reduzierung der Emissionen	Ein Szenario, bei dem die Welt sofort handelt , um die Emissionen zwischen 2010 und 2030 um 45 % zu senken
	Der Meeresspiegel steigt um bis zu 1,01 METER gegenüber 1995-2014	Der Meeresspiegel steigt um bis zu 0,76 METER gegenüber 1995-2014	Der Meeresspiegel steigt um bis zu 0,55 METER gegenüber 1995-2014
	Die Welt steht vor einem Rückgang des globalen BIP pro Kopf um mehr als 30 %	Die Welt steht vor einem Rückgang des globalen BIP pro Kopf um 15–25 %	Die Welt steht vor einem Rückgang des globalen BIP pro Kopf um 8 %
	49-89 % des Permafrosts weltweit taut auf Weit höheres Risiko extremen Hochwassers. So dürfte der Meeresspiegel in New York (Vereinigte Staaten von Amerika) einmal pro Jahrzehnt um rund 2,75 m über dem Normalwert liegen, während dies beim +1,5 °C-Szenario nur einmal pro Jahrhundert vorkäme. Für eine Pazifikinsel wie Tahiti läge der Meeresspiegel mehrmals pro Jahr um 1 m über dem Normalwert, während dies beim +1,5 °C-Szenario nur einmal alle 50 bis 100 Jahre vorkäme.	Bis zu 1,26 Milliarden Personentage tödlicher extremer Hitze pro Jahr in Bangladesch, Indien und Pakistan Die Arktis wird im Sommer „sehr wahrscheinlich“ eisfrei sein Die meisten Korallenriffe gehen „sehr wahrscheinlich“ verloren Hohe Wahrscheinlichkeit eines „ drastischen Rückgangs “ der Maisernte in Afrika und weltweit, wobei Kippunkte mit der Folge eines Kollapses des Maisanbaus in einigen Regionen erreicht werden könnten	Das Meer eis in der Arktis bleibt bei einer Erwärmung um weniger als 1,5 °C „ wahrscheinlich “ erhalten Schwund des Permafrosts um 17-44 % gegenüber 49-89 % im +4,3 °C-Szenario Eine Begrenzung der Erwärmung auf 1,5 °C statt auf 2 °C könnte die Zahl der Menschen, die Klimarisiken ausgesetzt und armutsgefährdet sind, um 62-457 Millionen verringern

Quellen: Stiftung für die Vereinten Nationen, Climate Analytics und E3G, 2021.

84. Die Überwindung der Risiken für unseren Planeten muss in jede Entscheidung, jede politische Maßnahme, jede Investition und jeden Haushaltsplan einfließen. Die Mitgliedstaaten der G20 haben zwischen 2015 und 2019 über 3,3 Billionen Dollar an Direktunterstützung für Kohle, Erdöl, Erdgas und Energie aus fossilen Brennstoffen bereitgestellt. 2019 gingen trotz der Klimaschutzzusagen der Regierungen 60 Prozent der Subventionen für fossile Brennstoffe an Produzenten und Versorgungsunternehmen. Subventionen für fossile Brennstoffe wirken preisverzerrend und können höhere Investitionen in emissionsintensive Anlagen bewirken und so die Ziele des Übereinkommens von Paris außer Reichweite rücken lassen. Immer noch ist die Anreizstruktur der internationalen Finanzarchitektur zu stark auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet und nimmt wenig oder keine Rücksicht auf Nachhaltigkeit und Klimafolgen. Daher lege ich den Staaten, den internationalen

Finanzinstitutionen und den multilateralen und nationalen Entwicklungsbanken eindringlich nahe, in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen alternative Indikatoren zum BIP zu finden, die die Umwelt mit einrechnen, und diese neuen Indikatoren zu nutzen, um ihre Mandate und Investitionen grundlegend zu ändern.

85. Insgesamt müssen **alle Finanzmittelflüsse** in Einklang gebracht werden mit einem Weg hin zu einer hinsichtlich der Treibhausgase emissionsarmen und gegenüber Klimaänderungen widerstandsfähigen Entwicklung. Öffentliche Mittel sind insbesondere für Investitionen ohne finanziellen Ertrag, wie etwa bestimmte Anpassungsmaßnahmen, unverzichtbar. Darüber hinaus benötigen wir auch eine **private Finanzierung im großen Stil**, um Länder mit von fossilen Brennstoffen abhängiger Wirtschaft bei der Umstellung auf eine emissionsarme und klimaresiliente Wirtschaft zu unterstützen. Ich fordere alle Länder nachdrücklich auf, **Mechanismen zur Bepreisung von CO₂-Emissionen** einzuführen und in weiterer Folge einen Kohlenstoffpreis festzulegen, und ich ermutige die Staaten der G20, den Vorschlag des IWF zur Festsetzung eines internationalen Mindestpreises für CO₂ zu prüfen. Bereits jetzt verpflichten sich Finanzakteure innerhalb der G20 in entschlossenen Schritten auf Netto-Null, doch der Glaubwürdigkeitstest steht noch aus: Alle Finanzakteure müssen überprüfbare Zielvorgaben für eine Umstellung ihres gesamten Portfolios von emissionsintensiven Sektoren auf eine klimaresiliente Netto-Null-Wirtschaft festlegen und Zeitpläne für die Umsetzung ihrer Verpflichtungen aufstellen. Die von den Vereinten Nationen gegründete Allianz der Eigner klimaneutraler Kapitalanlagen (Net-Zero Asset Owner Alliance) geht mit transparenten Zielvorgaben und Rechenschaftspflicht für deren Erreichung mit gutem Beispiel voran. Angesichts der zunehmenden Initiativen für CO₂-Märkte darf der CO₂-Ausgleich nur noch als letztes Mittel dienen. Ich fordere alle privaten Akteure nachdrücklich auf, der Verringerung der absoluten Emissionen und der negativen Auswirkungen auf die biologische Vielfalt in ihrer gesamten Wertschöpfungskette Vorrang einzuräumen und die höchsten Standards der Umweltintegrität einzuhalten.

86. Auch wenn wir unermüdlich daran arbeiten, den Klimawandel zu verhindern, so müssen wir uns für die Zukunft dennoch auf drastische Veränderungen in Klima und Umwelt einstellen. Die meisten Länder müssen ihre Wirtschaft, ihre Infrastruktur und ihre Dienstleistungen an die Auswirkungen der Klimaänderungen **anpassen**, wobei die Entwicklungsländer, wie bereits erwähnt, mehr Unterstützung benötigen. Nur ein Drittel aller Menschen weltweit wird von Frühwarnsystemen erfasst. Um für die Erfassung aller Menschen zu sorgen, muss die bei der Weltorganisation für Meteorologie angesiedelte Finanzfazilität für systematische Beobachtungen unbedingt ihre volle Mittelausstattung erhalten. Die Generalversammlung könnte angesichts zunehmender Auswirkungen des Klimawandels und wachsender Vertreibung Maßnahmen gegen die territorialen Gefahren erwägen, die insbesondere kleinen Inselentwicklungsländern und anderen stark gefährdeten Staaten durch den Klimawandel entstehen. Aufbauend auf der Arbeit der Plattform zu katastrophengebeter Vertreibung, dem Globalen Pakt für Flüchtlinge, dem Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration und der beim Internationalen Mechanismus von Warschau für Verluste und Schäden, die mit Klimaänderungen verbunden sind, angesiedelten Arbeitsgruppe zu Vertreibung könnten weitere Wege sondiert werden, **Situationen umweltbedingter Vertreibung zu verhindern, Schutz davor zu bieten und Lösungen dafür zu finden**.

87. Klimaschutzmaßnahmen sind zentraler Bestandteil einer grundlegenden Neubesinnung auf unsere Beziehung zur Natur. Insgesamt ist ein **starker Rahmen für die biologische Vielfalt über 2020 hinaus** erforderlich, um ausreichende Finanzmittel für die Umkehrung des derzeit katastrophalen Biodiversitätsverlusts bereitzustellen. Auch die **Ernährungssysteme** müssen umgestellt und auf die Förderung der Gesundheit, des Klimaschutzes, der Gerechtigkeit und der Ziele für nachhaltige Entwicklung ausgerichtet werden. Aufbauend auf den Ergebnissen des Gipfels zu

Umgestaltung der Ernährungssysteme

- Nachhaltige Ernährungssysteme und ein starker Schutz der Wälder **könnten einen wirtschaftlichen Nutzen von über 2 Billionen Dollar pro Jahr bringen**, Millionen von Arbeitsplätzen schaffen, die Ernährungssicherheit verbessern und gleichzeitig Lösungen für den Klimawandel unterstützen.

Ernährungssystemen, der im September 2021 in New York stattfinden wird, müssen wir die von Umweltveränderungen ausgehenden Risiken weitreichender Ernährungsunsicherheit und Hungersnot vorhersehen und darauf reagieren. Ein Überdenken unserer nicht nachhaltigen Konsum- und Produktionsmuster sollte eine effizientere und gerechtere Ressourcennutzung, weniger Verluste und Verschwendung von Nahrungsmitteln sowie einen verantwortlichen Umgang mit Chemikalien und Abfällen ermöglichen, um die Schädigung der menschlichen Gesundheit und der Umwelt möglichst gering zu halten. Die Ernährungssysteme müssen gewährleisten, dass alle Menschen Zugang zu einer gesunden Ernährung haben, die zur Wiederherstellung der Natur beiträgt, dem Klimawandel entgegenwirkt und an die lokalen Gegebenheiten angepasst ist. Dieser Übergang kann zur Erreichung aller Ziele für nachhaltige Entwicklung beitragen und lässt sich am besten durch die inklusive Beteiligung verschiedener Interessenträger, insbesondere Produzentinnen und Produzenten, Frauen, Angehöriger indigener Bevölkerungsgruppen und junger Menschen, unterstützen. Das internationale Treffen „Stockholm+50: ein gesunder Planet zum Wohle aller – unsere Verantwortung, unsere Chance“ bietet Gelegenheit, die Beziehung der Menschheit zur Natur neu zu definieren und einen gesunden Planeten zum Wohle aller zu schaffen. Ich möchte mich nachdrücklich für die Anerkennung des **Rechts auf eine gesunde Umwelt** aussprechen.

Eine neue Agenda für den Frieden

88. Frieden ist das zentrale Versprechen der Charta der Vereinten Nationen und eines der wichtigsten globalen öffentlichen Güter, zu deren Bereitstellung die Vereinten Nationen gegründet wurden. Unsere multilaterale Architektur war in entscheidenden Aspekten erfolgreich: In den letzten 75 Jahren gab es weder einen Weltkrieg, noch wurden Kernwaffen in Kriegen eingesetzt, und einige der größten Eskalationsgefahren konnten abgewendet werden. Dennoch sind unser kollektiver Frieden und unsere kollektive Sicherheit zunehmend durch neue Risiken und gefährliche Trends bedroht, für die die herkömmlichen Formen der Prävention, des Managements und der Beilegung nicht geeignet sind. Dazu gehören langwierige Konflikte, an denen grenzüberschreitende Netzwerke und neue Akteure beteiligt sind, die häufig mit dem Terrorismus in Verbindung stehen, rasche Fortschritte in der Waffentechnologie und eine wachsende Bereitschaft regionaler Akteure, sich direkt an Kriegen zu beteiligen. Der Klimawandel trägt zur Instabilität bei und beeinträchtigt Existenzgrundlagen, den Zugang zu Ressourcen und die Muster der menschlichen Mobilität. Angesichts der hohen Zahl an Vertriebenen und der Tatsache, dass das Ausmaß der Gewalt außerhalb von bewaffneten Konflikten insgesamt einen neuen Höchststand erreicht hat, kann man schwerlich behaupten, dass wir das Versprechen der Charta erfüllen. Die Risiken für Frieden und Sicherheit nehmen zu: Durch neue Technologien sind weit mehr Akteure imstande, die Welt zu destabilisieren; seit langem bestehende Übereinkünfte zu Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen werden zunehmend brüchig, da das Vertrauen zwischen den Großmächten weiter schwindet, und neue Bereiche, in denen sich Konflikte oder Gesetzlosigkeit ausbreiten können, wie etwa der virtuelle Raum, haben Lücken in unserem Ordnungsrahmen aufgezeigt. Die Welt bewegt sich weiter auf einen Zustand der Instabilität zu, in dem wir die sich uns stellenden Risiken mit den vorhandenen Systemen nicht mehr wirksam bewältigen können.

89. Um das globale öffentliche Gut des Friedens zu schützen und zu verwalten, bedarf es eines Friedenskontinuums, dem ein besseres Verständnis der tieferen Triebkräfte und Einflussysteme zugrunde liegt, die Konflikte am Leben erhalten, sowie erneuerter Bemühungen um eine Einigung auf wirksamere kollektive Sicherheitsmaßnahmen und einen Katalog konstruktiver Maßnahmen zur Bewältigung neuer Risiken. Dies erfordert eine **neue Agenda für den Frieden**, die sich auf die folgenden sechs Kernbereiche konzentrieren könnte:

a) **Minderung strategischer Risiken.** Ich habe bereits vorgeschlagen, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten eine neue Vision der Abrüstung zu erarbeiten, die die menschliche, die nationale und die kollektive Sicherheit gewährleistet, unter anderem durch eine umfassendere Unterstützung der Nichtverbreitung, einer Welt ohne Kernwaffen und andere Massenvernichtungswaffen, einer wirksamen Rüstungskontrolle für konventionelle Waffen und

der Regulierung neuer Waffentechnologien. Die neue Agenda für den Frieden könnte Gelegenheit für Fortschritte in diesem Bereich bieten, insbesondere durch stärkere Verpflichtungen auf den Nichteinsatz von Kernwaffen und einen Zeitrahmen für deren Beseitigung, und gleichzeitig die Fortsetzung der Zusammenarbeit zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus gewährleisten, den digitalen Wandel stärken und Innovationen seitens der Friedens- und Sicherheitsinstitutionen der Vereinten Nationen fördern, Cyberangriffe auf zivile Infrastruktur verbieten, Maßnahmen zur Deeskalation von Risiken und Spannungen im Cyberraum einführen und international vereinbarte Beschränkungen für letale autonome Waffensysteme festlegen. Das Inkrafttreten des Vertrags über das Verbot von Kernwaffen im Januar 2021 war ein enormer Erfolg und ein Schritt in Richtung der endgültigen Beseitigung von Kernwaffen;

b) **Stärkung der internationalen Vorausschau sowie der Kapazitäten zur Erkennung neuer Friedens- und Sicherheitsrisiken und zur Einstellung darauf.** Die Vorschläge in Kapitel III für die Sicherung der Zukunft der kommenden Generationen und die Vorschläge im nachstehenden Kapitel IV.B für die Überwindung großer Risiken könnten uns neue Friedens- und Sicherheitsrisiken erkennen und uns darauf einstellen lassen;

c) **Neue Antworten auf alle Formen der Gewalt.** Heute kommen weniger Menschen bei großen Konflikten ums Leben als durch andere Formen der Gewalt, darunter Gewalt durch kriminelle Gruppen und zwischenmenschliche Gewalt im häuslichen Bereich. Gleichzeitig ist die Zunahme bestimmter Formen von Gewalt, insbesondere gegen Frauen, häufig ein Frühwarnsignal für einen Verfall der öffentlichen Ordnung und zunehmende Unsicherheit, was zu einem umfassenderen Konflikt führen kann. Die neue Agenda für den Frieden könnte sich mit der Suche nach einer wirksameren, ganzheitlichen Antwort auf Gewalt beschäftigen. Dies könnte etwa durch gemeinsame Anstrengungen verschiedener Akteure geschehen, um im Einklang mit Zielvorgabe 16.1 der Ziele für nachhaltige Entwicklung und aufbauend auf dem Bestreben, die weltweite Gewalt bis 2030 zu halbieren, die Gewalt in allen ihren Formen, namentlich gegen Frauen und Mädchen, weltweit deutlich zu reduzieren;

d) **Investitionen in Konfliktprävention und Friedenskonsolidierung.** Investitionen in Prävention und Vorsorge machen sich durch die vermiedenen menschlichen und finanziellen Kosten um ein Vielfaches bezahlt, doch war unsere entsprechende Argumentation bisher vergebens. Die neue Agenda für den Frieden könnte eine Reihe von Zusagen enthalten, die für die Konfliktprävention, auch auf nationaler Ebene, erforderlichen Ressourcen bereitzustellen, überhöhte Militärhaushalte zu reduzieren und angemessene Sozialausgaben zu gewährleisten, die Entwicklungszusammenarbeit auf die Bekämpfung von Konfliktsachen und die Wahrung der Menschenrechte auszurichten und Abrüstung mit Entwicklungschancen zu verknüpfen. Auch bei der angemessenen, berechenbaren und nachhaltigen Finanzierung der Friedenskonsolidierung reichen die bisherigen Fortschritte nicht aus, und die Nachfrage nach Unterstützung aus dem Friedenskonsolidierungsfonds übersteigt die verfügbaren Mittel bei weitem. Die Mitgliedstaaten könnten in der neuen Agenda für den Frieden erneut aufgefordert werden, dringend zu erwägen, einen bestimmten Teil der Pflichtbeiträge – zunächst über den Friedenssicherungshaushalt und später über den ordentlichen Haushalt – dem Friedenskonsolidierungsfonds als eine ergänzende Investition zuzuweisen, die Erfolge bei der Friedenssicherung nachhaltiger machen und die Entwicklungsagenda unterstützen würde. In diesem Zusammenhang hat die Kommission für Friedenskonsolidierung durch einen inklusiven Ansatz die Reaktion der Vereinten Nationen auf mehrdimensionale Bedrohungen der Entwicklung, des Friedens und der Sicherheit neu gestaltet. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, der Kommission für Friedenskonsolidierung und dem Friedenskonsolidierungsfonds mehr Ressourcen zur Verfügung zu stellen, mit entsprechender Unterstützung durch das System der Vereinten Nationen, damit diese wichtigen Instrumente der steigenden Nachfrage gerecht werden können. Darüber hinaus könnte auch erwogen werden, die Rolle der Kommission auf weitere geografische und inhaltliche Bereiche auszuweiten und die Querschnittsthemen Sicherheit, Klimawandel, Gesundheit, Gleichstellung der Geschlechter, Entwicklung und Menschenrechte aus dem Blickpunkt der Konfliktprävention anzugehen;

e) **Unterstützung der regionalen Konfliktprävention.** Regionale Akteure sind für die Aufrechterhaltung des Friedens und die Verhütung und Bekämpfung von Unsicherheit von zentraler Bedeutung, doch müssen diese so wichtigen Maßnahmen an vorderster Front stärker konsolidiert werden. Es wird immer dringender, eine berechenbare Finanzierung für Friedensunterstützungsmissionen nach Kapitel VIII der Charta betreffend regionale Abmachungen sicherzustellen: Diese Missionen füllen eine entscheidende Lücke in unserer globalen Friedens- und Sicherheitsarchitektur und sollten nicht auf Ad-hoc-Abmachungen angewiesen sein. Darüber hinaus könnte im Rahmen der neuen Agenda für den Frieden geprüft werden, wie die Vereinten Nationen regionale Kapazitäten stärker unterstützen könnten, auch in Bezug auf Sicherheitsvereinbarungen, militärische Zusammenarbeit und gemeinsame Friedenskonsolidierungsmaßnahmen, Zusammenarbeit zur Bewältigung komplexer grenzüberschreitender Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit und durch die Ausweitung auf neue Bereiche wie die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit. Meine früheren Vorschläge zu regionalen Koordinierungsplattformen könnten einen nützlichen Ausgangspunkt liefern;

f) **Frauen und Mädchen in den Mittelpunkt der Sicherheitspolitik stellen.** Die neue Agenda für den Frieden würde auf der bestehenden Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit und ihren Grundsätzen der Prävention, Entmilitarisierung und Gleichstellung aufbauen und Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter in den Mittelpunkt von Frieden und Sicherheit stellen. Nicht zuletzt die Zusammenhänge zwischen zwischenmenschlicher Gewalt und Unsicherheit sowie zwischen der gleichberechtigten Teilhabe der Frauen an der Friedensschaffung und deren Wirksamkeit sprechen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an allen Entscheidungen im Bereich Frieden und Sicherheit und für eine Neubewertung der Grundannahmen, einschließlich der Frage, wie Frieden und Sicherheit definiert, ausgehandelt und aufrechterhalten werden.

Friedliche, sichere und nachhaltige Nutzung des Weltraums

90. Der Weltraum wird seit jeher als globales Gemeingut anerkannt, das sich der Hoheitsgewalt einzelner Staaten entzieht. Die Möglichkeiten seiner friedlichen, sicheren und nachhaltigen Nutzung kämen der gesamten Menschheit heute und in Zukunft zugute. Die Strukturen zur Verwaltung des Weltraums, einschließlich des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums, sind zu einer Zeit entstanden, in der diese Aktivitäten Staaten vorbehalten waren, und bieten lediglich allgemeine Leitlinien für die Steuerung des Verkehrs im Weltraum, die dauerhafte Besiedlung von Himmelskörpern und die Verantwortlichkeiten bei der Bewirtschaftung von Ressourcen. Derzeit befinden wir uns wieder in einer Ära der Erforschung und Nutzung des Weltraums mit aktiven Programmen, erneut Menschen auf den Mond und weiter zu schicken, und dem geplanten Start von Megakonstellationen Tausender neuer Satelliten. Weltraumressourcen haben unsere Lebensweise verändert, und Raumfahrtssysteme sind für die Ergründung und Lösung globaler Probleme von entscheidender Bedeutung, so auch für die praktische Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung und für Klimaschutzmaßnahmen. Viele dieser Entwicklungen gehen von privatwirtschaftlichen Akteuren aus und bergen auch neue Gefahren für die Sicherheit und die Nachhaltigkeit. Die zunehmende Überfüllung und Konkurrenz im Weltraum könnte den Zugang und die Nutzung durch die kommenden Generationen gefährden. Unsere Verwaltungs- und Regelungsstrukturen müssen für diese neue Ära aktualisiert werden, um den Weltraum als globales Gemeingut zu erhalten.

91. Die kürzliche Einigung auf die Richtlinien für die langfristige Nachhaltigkeit von Weltraumtätigkeiten hat gezeigt, dass Fortschritte bei den Lenkungsstrukturen möglich sind, doch bestehen nach wie vor noch viele Lücken. Wir brauchen eine Kombination aus verbindlichen und nicht verbindlichen Normen, die auf bestehenden Rahmen aufbauen und das gesamte Spektrum der heute an der Erforschung und Nutzung des Weltraums beteiligten Akteure einbeziehen. Zu den Sofortmaßnahmen könnten die Entwicklung eines globalen Regimes zur Koordinierung des Weltraumverkehrs und die Erarbeitung neuer Instrumente zur Verhinderung einer Aufrüstung des Weltraums zählen. Zu diesem Zweck wäre ein **Dialog zwischen einer Vielzahl von Interessenträgern über den Weltraum** als Teil eines

Zukunftsgipfels (siehe Ziff. 103) denkbar, an dem Regierungen und andere führende Weltraumakteure teilnehmen. Im Rahmen des Dialogs könnten eine politische Einigung auf hoher Ebene über die friedliche, sichere und nachhaltige Nutzung des Weltraums und ein globales Regime für die Koordinierung des Weltraumverkehrs angestrebt sowie eine Einigung über die Grundsätze für die künftige Lenkung der Weltraumaktivitäten erzielt werden.

Die Rückeroberung des digitalen Gemeinguts

92. Die vierte industrielle Revolution hat die Welt verändert. Das Internet hat Milliarden Menschen Zugang zu Informationen verschafft und dadurch die Zusammenarbeit, die Vernetzung und eine nachhaltige Entwicklung gefördert. Es ist ein globales öffentliches Gut, das allen Menschen überall zugutekommen sollte. Derzeit drohen jedoch die potenziellen Nachteile des digitalen Bereichs seine Vorteile zu überschatten. Die Ordnungsstrukturen auf nationaler und globaler Ebene haben mit der inhärent informellen und dezentralen Natur des Internets, das von kommerziellen Interessen dominiert wird, nicht Schritt gehalten. Wir stehen vor ernststen und dringenden ethischen, sozialen und regulatorischen Fragen, unter anderem im Hinblick auf die fehlende Rechenschaftspflicht im virtuellen Raum, das Auftreten großer Technologieunternehmen als geopolitische Akteure und Schiedsrichter in schwierigen sozialen Fragen ohne eine ihren übergroßen Gewinnen entsprechende Verantwortung, die Verschlimmerung der geschlechtsspezifischen Voreingenommenheit und des Denkens in männlichen Standards, wenn Frauen keine gleichgestellte Rolle in der Entwicklung digitaler Technologien spielen, sowie digitale Belästigung, die sich besonders gegen Frauen und Mädchen richtet und viele Frauen aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt hat, und den Einsatz digitaler Überwachung und Manipulation zur Beeinflussung des Verhaltens und zur Kontrolle der Bevölkerung.

Auswirkungen von COVID-19 auf das Internet

- Während der Ausgangsbeschränkungen aufgrund der COVID-19-Pandemie stieg die Internetnutzung weltweit um insgesamt 40 Prozent.

93. Es ist an der Zeit, **den virtuellen Raum zu schützen und seine Ordnungsstrukturen zu stärken**. Ich würde eine Anpassung, Erneuerung und Reform des Forums für Internet-Verwaltung befürworten, um eine wirksame Verwaltung dieses digitalen Gemeinguts zu fördern und mit den raschen Entwicklungen in der Praxis Schritt zu halten. Aufbauend auf den Empfehlungen im Fahrplan für die digitale Zusammenarbeit (siehe A/74/821) könnten Vereinte Nationen, Regierungen, Privatsektor und Zivilgesellschaft in Vorbereitung auf einen Zukunftsgipfel ferner in einer **Multi-Akteur-Konstellation im Bereich der Digitaltechnologie** zusammenkommen, um sich auf einen **Globalen Digitalpakt** zu einigen. Darin würden gemeinsame Grundsätze für eine offene, freie und sichere digitale Zukunft für alle umrissen. Zu den komplexen Fragen im digitalen Bereich, die dort behandelt werden könnten, gehören die Bekräftigung unserer grundlegenden Entschlossenheit, die Menschen, die noch nicht online sind, online zu bringen, die Vermeidung einer Fragmentierung des Internets, Möglichkeiten zur Entscheidung über die Nutzung der eigenen Daten, die Anwendung der Menschenrechte auf das Internet und die Förderung eines vertrauenswürdigen Internets durch die Einführung von Rechenschaftskriterien für diskriminierende und irreführende Inhalte. Darüber hinaus könnte der Pakt auch die Regulierung der künstlichen Intelligenz fördern, um sicherzustellen, dass diese mit unseren gemeinsamen globalen Werten in Einklang steht.

Internationale Zusammenarbeit im Zeichen des Völkerrechts

94. Wie in der Erklärung zum fünfundsiebzigsten Jahrestag betont, sind die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts nach wie vor die zeitlosen, allgemeingültigen und unverzichtbaren Grundlagen einer friedlicheren, wohlhabenderen und gerechteren Welt. Internationale Rechtsordnungen sind Grundlage und unerlässlicher Bestandteil des Schutzes globaler Gemeingüter und der Bereitstellung vieler der bereits genannten globalen öffentlichen Güter sowie allgemein einer internationalen Ordnung, die auf der Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit beruht. Die Tatsache, dass rund 90 Prozent der Ziele für nachhaltige Entwicklung auf dem Völkerrecht, insbesondere den internationalen Menschenrechtsnormen, beruhen, ist ein gutes Beispiel dafür.

95. Die Staaten spielen die Hauptrolle bei der Weiterentwicklung des Völkerrechts, sei es innerhalb oder außerhalb des Rahmens internationaler Organisationen wie der Vereinten Nationen. Die Vereinten Nationen spielen nach wie vor eine einzigartige Rolle bei der Feststellung und Weiterentwicklung des Völkergewohnheitsrechts. Die laufenden Erörterungen innerhalb der Vereinten Nationen über die Entwicklung von Normen und Standards für eine Reihe von Angelegenheiten von globalem Interesse, darunter die Informations- und Kommunikationstechnologie (siehe A/75/816) und die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere außerhalb der nationalen Hoheitsbereiche, machen deutlich, wie wichtig die Vereinten Nationen als unverzichtbares Forum für die Weiterentwicklung des Völkerrechts sind. Was die zahlreichen bereits bestehenden Rechtsinstrumente betrifft, lege ich den Staaten eindringlich nahe, ihren Verpflichtungen nachzukommen, und halte mich bereit, im Rahmen der vielfältigen Tätigkeiten der Vereinten Nationen Kapazitätsaufbau- und technische Hilfe zu leisten.

96. In der Erklärung zum fünfundsiebzigsten Jahrestag kamen die Staaten überein, die von ihnen geschlossenen internationalen Übereinkommen und die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten, die Achtung der Demokratie und der Menschenrechte zu fördern und demokratische Regierungsstrukturen und die Rechtsstaatlichkeit auszubauen, indem sie eine transparente und rechenschaftspflichtige Regierungs- und Verwaltungsführung und eine unabhängige Justiz stärken. Aufbauend auf diesen Zusagen könnte ein globaler **Fahrplan für die Weiterentwicklung und wirksame Anwendung des Völkerrechts** in Erwägung gezogen werden. So könnten mehr Staaten ermutigt werden, Verträge von allgemeinem Interesse zu ratifizieren oder ihnen beizutreten, etwa Verträge in den Bereichen Abrüstung, Menschenrechte, Umwelt und Strafrecht, einschließlich derjenigen, deren Verwahrer ich bin (über 600 an der Zahl). Der Fahrplan könnte die Staaten außerdem drängen, die obligatorische Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofs anzunehmen und Vorbehalte gegen Vertragsklauseln betreffend die Ausübung seiner Gerichtsbarkeit zurückzunehmen. Außerdem könnten die Staaten bei der Ermittlung und Schließung akuter normativer Lücken unterstützt und ausgehend von meiner Rolle im Bereich der Mechanismen zur Vertragseinhaltung Gründe für eine Nichteinhaltung erschlossen werden. Ferner könnten die Staaten im Rahmen dieses Fahrplans erwägen, in der Generalversammlung regelmäßig inklusive Dialoge zu Rechtsfragen von globalem Interesse zu führen. Ich begrüße nach wie vor die **Rolle der Völkerrechtskommission**, die gemäß Artikel 1 Absatz 1 ihrer Satzung damit betraut ist, Empfehlungen zur Förderung der fortschreitenden Entwicklung des Völkerrechts sowie seiner Kodifizierung auszusprechen.

B. Großen Risiken begegnen

97. Die Prävention in allen ihren Aspekten ist nach wie vor von zentraler Bedeutung. Unser Erfolg bei der Suche nach Lösungen für die ineinandergreifenden Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, hängt davon ab, ob wir in der Lage sind, zukünftige große Risiken vorherzusehen, abzuwenden und uns darauf vorzubereiten. Damit rückt eine neu belebte, umfassende und übergreifende Präventionsagenda in den Mittelpunkt unseres gesamten Handelns. Wir müssen mit mehr Innovationen, mehr Inklusion und mehr Weitsicht in die globalen öffentlichen Güter investieren, die unsere Existenz sichern. Wo globale öffentliche Güter nicht bereitgestellt werden, entstehen im Gegenteil globale öffentliche „Schäden“ in Form ernster Risiken und Bedrohungen für das menschliche Wohl. Diese Risiken sind heute zunehmend global und potenziell folgenschwerer, ja sogar existenziell. Mit dem Anbruch des nuklearen Zeitalters hat die Menschheit die Macht erlangt, sich selbst auszulöschen. Durch anhaltende technologische Fortschritte, den sich beschleunigenden Klimawandel und die Zunahme von Zoonosen ist die Wahrscheinlichkeit extremer, globaler katastrophaler oder gar existenzieller Risiken an mehreren, miteinander verknüpften Fronten gegeben. Unsere Bereitschaft, diese Risiken abzuwenden und zu bewältigen, ist das unverzichtbare Gegenstück zu einer besseren Verwaltung der globalen Gemeingüter und der globalen öffentlichen Güter.

98. Die extremen, katastrophalen und existenziellen Risiken, mit denen wir konfrontiert sind, müssen besser definiert und erkannt werden. Wir können mit dem Handeln jedoch nicht warten, bis wir uns auf die Definitionen geeinigt haben. Es besteht vielmehr ein ethisches Gebot, in einer mit der Würde des menschlichen Lebens vereinbaren Weise zu handeln, dem auch unsere globalen Ordnungsstrukturen folgen müssen, analog zum Vorsorgeprinzip im Umweltvölkerrecht und in anderen Bereichen. Die Kosten, für schwere Risiken gerüstet zu sein, verblissen im Vergleich zu den menschlichen und finanziellen Kosten im Falle unseres Versagens.

99. Mit den Erkenntnissen aus der COVID-19-Pandemie bietet sich uns die Gelegenheit, große globale Krisen besser vorherzusehen und entsprechende Vorsorge zu treffen. Dies erfordert stärkere Rechtsrahmen, bessere Instrumente für das Risikomanagement, bessere Daten, die Ermittlung und Vorhersage zukünftiger Risiken sowie eine angemessene Finanzierung von Prävention und Vorsorge. Viele dieser Punkte sind Gegenstand anderer Teile dieses Berichts. Wichtig ist jedoch, dass alle neuen Vorsorge- und Reaktionsmaßnahmen unabhängig von der Art der Krise anwendbar sind, denn wir wissen nicht, welches Extremrisiko uns als nächstes einholen wird – sei es eine weitere Pandemie, ein neuer Krieg, ein folgenschwerer biologischer Angriff, ein Cyberangriff auf kritische Infrastruktur, ein nukleares Ereignis, eine rasch voranschreitende Umweltkatastrophe oder etwas völlig anderes, beispielsweise aus dem Ruder gelaufene technologische oder wissenschaftliche Entwicklungen, die von keinem wirksamen ethischen und regulatorischen Rahmen in geordnete Bahnen gelenkt werden.

100. Damit wir solche Risiken besser vorhersehen und bewältigen können, wird es erstens wichtig sein, dass die Vereinten Nationen systemintern wie -extern auf ein Netzwerk der schlauesten Köpfe und der besten Daten zugreifen können, wenn sie den Mitgliedstaaten alle fünf Jahre einen **Strategischen Prognose- und globalen Risikobericht** vorlegen. Unterstützt wird dies durch das geplante Zukunftslabor und durch bestehende Mechanismen im gesamten System der Vereinten Nationen und darüber hinaus, darunter die jährliche Frühwarnaktion des IWF, mit dem Ziel, Daten zu sammeln und zu analysieren und kurz-, mittel- und langfristige Risiken zu verstehen. Damit wären gegebenenfalls auch entsprechende Lenkungsmechanismen für die jeweiligen Risiken sowie die zu deren Bewältigung erforderlichen Maßnahmen verbunden.

101. Zweitens schlage ich vor, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten eine **Notfallplattform zur Bewältigung komplexer globaler Krisen** einzurichten. Die Plattform wäre kein neues ständiges Organ oder eine neue permanente Institution, sondern sie würde im Falle einer wie auch immer gearteten Krise ausreichenden Ausmaßes automatisch einberufen. Wäre die Plattform einmal aktiv, brächte sie führende Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten, des Systems der Vereinten Nationen, der wichtigsten Ländergruppen, der internationalen Finanzinstitutionen, regionaler Organe, der Zivilgesellschaft, des Privatsektors, fachspezifischer Branchen oder Forschungseinrichtungen sowie andere Sachverständige zusammen. Die Modalitäten und Kriterien für die Aktivierung der Plattform, einschließlich des Ausmaßes und der Tragweite der Krise, der Finanzierung, der Benennung der zuständigen Akteure, die vertreten wären, der Unterstützung, die von ihr erwartet würde, und der Kriterien für ihre Deaktivierung, wären im Mandat festgelegt. Sie könnte außerdem die folgenden Schlüsselkomponenten umfassen: Mechanismen für Kapazitätsspitzen, Koordinierungsstellen und Protokolle zur Förderung der Interoperabilität mit bestehenden krisenspezifischen Reaktionsmechanismen, regelmäßige Übungen, um die Wirksamkeit zu prüfen und Lücken zu ermitteln und zu schließen, und ein noch zu ermittelndes Paket von Instrumenten, um das internationale System krisenfest zu machen. Durch die Plattform würde die einberufende Rolle des Generalsekretärs im Falle von Krisen mit globaler Reichweite umfassend genutzt.

C. Die nächsten Schritte

102. Letztlich ist es Sache der Mitgliedstaaten, in enger Abstimmung mit anderen maßgeblichen Interessenträgern festzustellen und zu vereinbaren, für welche globalen Gemeingüter

oder globalen öffentlichen Güter eine Erneuerung der Verpflichtungen oder bessere Regelungsstrukturen erforderlich sind. Zur Unterstützung ihrer Erörterungen werde ich einen **Beirat auf hoher Ebene** unter der Leitung ehemaliger Staats- und/oder Regierungsoberhäupter bitten, die hier dargelegten Ideen weiterzuentwickeln. Ich werde den Beirat insbesondere bitten, globale öffentliche Güter und möglicherweise auch andere Bereiche von gemeinsamem Interesse zu ermitteln, bei denen die Regelungsstrukturen am dringendsten verbessert werden müssen, sowie Möglichkeiten vorzuschlagen, wie dies erreicht werden könnte. Dabei wären die bestehenden institutionellen und rechtlichen Regelungen, die Lücken, neue Prioritäten oder Dringlichkeitsstufen und die Notwendigkeit einer gerechten und fairen globalen Entscheidungsfindung zu berücksichtigen. Der Beirat könnte auch die in diesem Bericht enthaltenen Vorschläge verwerten, einschließlich der Umfunktionierung des Treuhandrats und der Schaffung einer Notfallplattform.

103. Sobald der Beirat einen Ergebnisbericht vorgelegt hat, ist der nächste wichtige Schritt die Abhaltung eines „**Zukunftsgipfels**“ auf hoher Ebene unter Beteiligung einer Vielzahl von Interessenträgern zur Erörterung von Ideen für Lenkungsmechanismen in den in diesem Bericht genannten Bereichen von internationalem Interesse und möglicherweise in anderen Bereichen, in denen Lenkungsmechanismen im Entstehen sind oder aktualisiert werden müssen. Dem Gipfel würden Vorbereitungsveranstaltungen und Konsultationen vorangehen. Zeitlich wäre er am besten zusammen mit der Tagungswoche auf hoher Ebene der acht- und siebenzigsten Tagung der Generalversammlung abzuhalten, und er könnte die folgenden Verhandlungsschienen auf hoher Ebene umfassen:

- a) Verbesserung der Steuerung globaler öffentlicher Güter und gegebenenfalls anderer Bereiche, unter Berücksichtigung der Erkenntnisse des Beirats;
- b) Vorausschau auf nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz über das Jahr 2030 hinaus;
- c) Frieden und Sicherheit im Kontext der neuen Agenda für den Frieden;
- d) digitale Technologie im Kontext des Globalen Digitalpakts;
- e) Weltraum: Anstreben einer Einigung über die nachhaltige und friedliche Nutzung des Weltraums und eines globalen Regimes zur Koordinierung des Weltraumverkehrs sowie einer Einigung über die Grundsätze für die künftige Steuerung der Weltraumaktivitäten;
- f) Große Risiken und Einigung auf eine Notfallplattform;
- g) Kommende Generationen: eine mögliche Einigung auf eine Erklärung über die kommenden Generationen.

104. Für die Aktualisierung unserer Ordnungssysteme für die Zukunft möchte ich die folgenden allgemeinen **Beobachtungen und Parameter** anführen: Das Umfeld für kollektives Handeln hat sich in den letzten 75 Jahren verändert. Als die Charta der Vereinten Nationen entstand, bedeutete Multilateralismus die Zusammenarbeit einiger weniger Staaten. Heute erfolgt die Regelung globaler Angelegenheiten unter Beteiligung eines breiteren Spektrums staatlicher und nichtstaatlicher Akteure im Rahmen offener, partizipatorischer, kollegialer und transparenter Systeme, die Probleme unter Nutzung der Kapazitäten und Stimmen aller maßgeblichen Akteure und nicht nur über Mandate oder Institutionen lösen sollen. **Diese Form des Multilateralismus ist stärker vernetzt, inklusiver und wirksamer** gegenüber den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Alle Maßnahmen zugunsten einer besseren Steuerung der globalen Gemeingüter und der globalen öffentlichen Güter und zugunsten des Risikomanagements müssen sich dieser Komplexität stellen und diese neuen Ansätze ausdrücklich dort anwenden, wo sie zu besseren Ergebnissen führen dürften.

105. Ein stärker **vernetzter** Multilateralismus bündelt die vorhandenen institutionellen Kapazitäten und überwindet die Fragmentierung und stellt so sicher, dass alle auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten. Er geht über traditionell voneinander abgeschottete Säulen wie Frieden und Sicherheit, Entwicklung, Menschenrechte und humanitäre Maßnahmen hinaus und verbessert die Koordinierung zwischen regionalen und globalen Akteuren und Maßnahmen. Netzwerke können flexibel sein und eine wechselnde Beteiligung eines breiten Spektrums

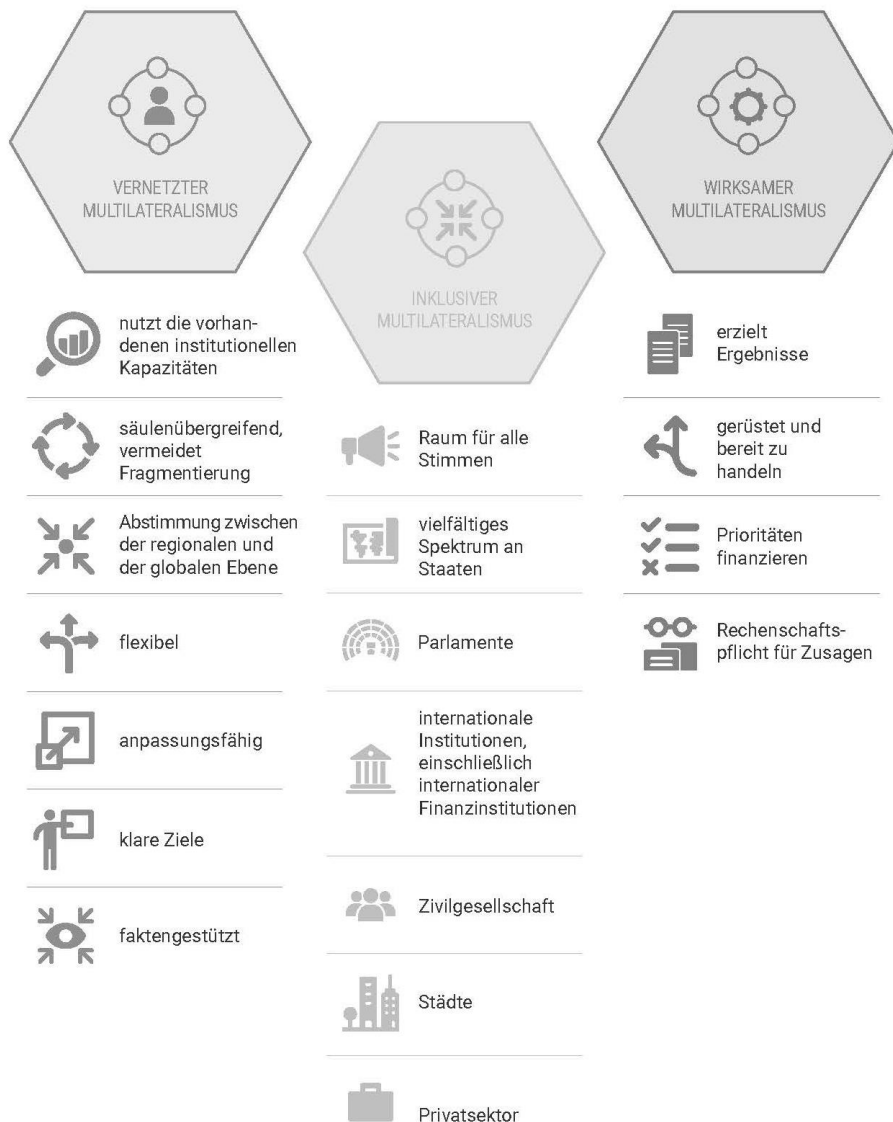
an Akteuren sowie die Möglichkeit offener Koalitionen oder kleiner „minilateraler“ oder sogar „mikrolateraler“ Gruppen zulassen, die im Laufe der Zeit wachsen und zusätzliche Akteure aufnehmen. Um ein vielfältiges Spektrum an Akteuren auf Kurs zu halten, setzen sich die erfolgreichsten Netzwerke klare Ziele, wie etwa das Klimaschutzziel, die Erwärmung auf 1,5° C zu begrenzen. Gremien wie der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen können dafür sorgen, dass Netzwerke von Fakten ausgehen. Netzwerke ersetzen jedoch nicht unsere zentralen internationalen Institutionen, denen eine einzigartige Rolle dabei zukommt, unterschiedliche Akteure zu mobilisieren und marginalisierten Stimmen Raum zu geben. Mit klaren Zielen und Zielvorgaben und internationalen Organisationen, die für Legitimität sorgen, können wir das Potenzial von Netzwerken besser nutzen, um globale öffentliche Güter bereitzustellen. Ich selbst werde mich bemühen, die Zusammenarbeit mit Regionalorganisationen, Entwicklungsakteuren, internationalen Finanzinstitutionen und anderen maßgeblichen multilateralen Institutionen zu verstärken (siehe Kap. V).

106. Ein **inklusiverer Multilateralismus** zeichnet sich dadurch aus, dass Staaten aller Regionen und Größen eine echte Möglichkeit zur Beteiligung an kollektiven Maßnahmen haben und dass insbesondere die Entwicklungsländer bei globalen Entscheidungsprozessen mehr Mitsprache erhalten. Er bezieht ein über die Staaten hinausgehendes vielfältiges Spektrum an Stimmen ein, darunter neben zwischenstaatlichen Organisationen auch Parlamente, subnationale Behörden (Städte sowie Kommunal- und Regionalverwaltungen), die Zivilgesellschaft, religiöse Organisationen, Universitäten, die Wissenschaft, Sachverständige, Gewerkschaften, der Privatsektor und die Industrie sowie lokale Bewegungen und Basisbewegungen, einschließlich von Frauen und jungen Menschen geführter. Nach dieser Vision sind die Staaten nach wie vor von zentraler Bedeutung für unsere kollektive Fähigkeit, globale Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen, und sie tragen im multilateralen System eine besondere Verantwortung. Sie erkennt aber gleichzeitig auch an, dass Lösungen zunehmend vom Privatsektor und von nichtstaatlichen Akteuren abhängen, die daher in die Beratungen einbezogen und für ihre Verpflichtungen in die Verantwortung genommen werden sollten. Inklusive Ansätze berücksichtigen insbesondere die Rolle von **Parlamenten, Städten und anderen subnationalen Behörden**. Die freiwilligen lokalen Überprüfungen der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung sind hierfür ein Beispiel und ein Ausgangspunkt. Die Zivilgesellschaft muss ein fester Bestandteil unserer Arbeit in allen Sektoren und in multilateralen Foren bleiben. Der **Privatsektor** hat auf viele unserer wichtigsten Herausforderungen erheblichen Einfluss und sollte daher unbedingt einbezogen und rechenschaftspflichtig gemacht werden. Vereinbarungen, bei denen sich der Privatsektor zu verantwortungsvoller Innovation und zur fairen Nutzung von Technologie verpflichtet, bieten eine gute Grundlage für weitere Maßnahmen, ebenso wie Geschäftsmodelle, die Inklusion, die Menschenrechte und eine nachhaltige Entwicklung unterstützen, beispielsweise Investmentfonds, die ökologische, soziale und ordnungspolitische Faktoren berücksichtigen.

107. Letztlich zählen Ergebnisse. Wir brauchen einen Multilateralismus, der seine Versprechen **wirksamer** einlöst und dem folglich mehr Vertrauen entgegengebracht wird. Das ist dann gegeben, wenn das multilaterale System gerüstet und bereit ist, angesichts aktueller und neuer Risiken zu handeln oder sich anzupassen, wenn es den wesentlichen Aufgaben Vorrang einräumt und Ressourcen zuweist, Ergebnisse zeitigt und in der Lage ist, die von allen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren abgegebenen Versprechen einzufordern. Bei jeder Diskussion über die Verbesserung der Steuerung der globalen Gemeingüter und der globalen öffentlichen Güter sollte geprüft werden, inwieweit unsere derzeitigen Regelungen diese Kriterien erfüllen. Tun sie dies nicht, müssen Optionen für eine bessere Vorsorge, Prioritätensetzung, Entscheidungsregelung, Ressourcenausstattung, Rechenschaftspflicht und Einhaltung geprüft werden. Insbesondere muss ein den aktuellen Herausforderungen entsprechendes Gleichgewicht zwischen freiwilligen und verbindlichen Maßnahmen gefunden werden. Das Völkerrecht ist für die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter unverzichtbar, und ich habe ein erneuertes Bekenntnis zu seiner Weiterentwicklung gefordert, doch gibt es auch andere Rahmen, die gegenseitige Rechenschaftspflicht zu fördern, etwa Modelle der gegenseitigen Überprüfung (wie die Allgemeine regelmäßige Überprüfung) und Mechanismen für den Austausch bewährter Verfahren und eine transparente Datenerhebung. Nicht zuletzt hängt die Wirksamkeit davon ab, dass Mittel und Finanzierungsmodelle effektiv

zugunsten unserer gemeinsamen Verpflichtungen eingesetzt werden. Ein vielversprechendes Beispiel ist das Forum des Wirtschafts- und Sozialrats über die Weiterverfolgung der Entwicklungsfinanzierung, das die Umsetzungsmittel für die Ziele für nachhaltige Entwicklung überprüfen soll.

PARAMETER FÜR EINEN VERNETZTEN – INKLUSIVEN – WIRKSAMEN MULTILATERALISMUS



V. Ziele und Grundsätze: die Vereinten Nationen an eine neue Ära anpassen

108. In diesem Bericht habe ich eine Vision unserer gemeinsamen Agenda beschrieben. Damit die Vereinten Nationen diese Vision nähren können, müssen auch sie sich anpassen. Über die Jahre haben die Vereinten Nationen in Reaktion auf wechselnde Anforderungen immer wieder Veränderungsprozesse durchlaufen; zuletzt mit einer 2017 eingeführten ambitionierten Reformagenda, die die Wirksamkeit der Organisation erhöhen sollte und die jetzt erste Erfolge zeigt. Diese Reformen haben sich auf dem Prüfstand der COVID-19-Pandemie frühzeitig bewährt und ermöglichten es dem System der Vereinten Nationen, auf die Bedürfnisse der Menschen und der Mitgliedstaaten einzugehen. In einer Zeit der allmählichen Überwindung der Pandemie, in der sich die Welt mit folgeschweren Entscheidungen konfrontiert sieht, die den Durchbruch statt den Zusammenbruch befördern können, müssen die Vereinten Nationen eine Plattform für die aktive Gestaltung einer Zukunft bieten, für die und in der es sich zu leben lohnt.

109. Manche Mitgliedstaaten sehen die Vereinten Nationen selbst als globales Gemeingut an oder erachten die Organisation zumindest für unverzichtbar dabei, als Forum für kollektive Maßnahmen, Normsetzung und internationale Zusammenarbeit die Bereitstellung vieler globaler öffentlicher Güter zu unterstützen. Zwar können die Vereinten Nationen die vielen Herausforderungen, die sich uns stellen, nicht alleine bewältigen – insbesondere nicht in unserer komplexen und vernetzten Welt –, doch sind sie eine der wichtigsten Institutionen, die uns für die Überwindung der folgeschwersten Probleme zur Verfügung stehen. Die Vereinten Nationen haben die Fähigkeit, auf universeller Ebene Akteure zusammenzubringen. Dabei haben alle 193 Mitgliedstaaten das gleiche Mitspracherecht, und die Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern aus dem Privatsektor, der Zivilgesellschaft und den Hochschulen steigt. Darüber hinaus spielt die Organisation eine einzigartige Rolle bei der Wahrung von globalen Werten, ethischen Grundsätzen und Normen und sie verfügt über eine globale Präsenz und über technischen Sachverstand. Da manche Entscheidungsräume immer exklusiver werden, gilt es einen Raum zu erhalten, in dem alle Stimmen gehört werden. Unsere gemeinsame Agenda muss daher auch eine Modernisierung der Vereinten Nationen umfassen, die sie in die Lage versetzt, globale Diskussionen, Verhandlungen, Fortschritte, Lösungen und Maßnahmen zu unterstützen, um unsere dringlichsten kollektiven Ziele anzugehen.

110. Die bisherigen Kapitel dieses Berichts umfassen eine Reihe von Maßnahmen, mit denen die Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und anderen Akteuren den erneuerten Gesellschaftsvertrag, eine stärkere Solidarität zwischen den Generationen und die Erbringung globaler öffentlicher Güter unterstützen wollen. Die nachfolgende Zusammenfassung enthält zusätzliche Überlegungen, Verpflichtungen und Empfehlungen dafür, wie die Vereinten Nationen sich weiter anpassen und das Leben der Menschen positiv verändern könnten. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass die Charta zwar auf zeitlosen Werten und Grundsätzen beruht, dass sie aber auch flexibel und dynamisch ist und Anpassungen zur Bewältigung neuer Herausforderungen zulässt.

A. Für das Sekretariat und das System der Vereinten Nationen

Zur Unterstützung des erneuerten Gesellschaftsvertrags

111. Der Großteil der operativen, vor Ort durchgeführten Tätigkeiten der Vereinten Nationen zielt darauf ab, nach Bedarf und auf Antrag des jeweiligen Staates den Gesellschaftsvertrag auf nationaler Ebene zu stützen. In manchen Kontexten gewährleistet die Organisation selbst die Bereitstellung lebenswichtiger öffentlicher Güter wie humanitärer Maßnahmen, Gesundheitsversorgung, Strom und Unterbringung sowie Sicherheit und Unterstützung der Polizei. Meine Vorschläge in Kapitel II zielen auf **Institutionen, die den Menschen besser zuhören, auf partizipative Ansätze und auf den Abbau von Komplexität** und gelten damit gegebenenfalls auch für die Vereinten Nationen. Auf der Grundlage bewährter

Modelle aus anderen Teilen des Systems wird das Sekretariat der Vereinten Nationen ein Konzept erarbeiten, das die Menschen in den Mittelpunkt allen Handelns stellt und die Auswirkungen intersektionaler persönlicher Merkmale wie Alter, Geschlecht und Diversität berücksichtigt.

112. Dank der Reformen des Entwicklungssystems der Vereinten Nationen ist die Organisation jetzt für eine kohärentere Unterstützung der Regierungen gerüstet. Auf dieser Grundlage könnten die Mitgliedstaaten erwägen, die Lenkungsorgane und die Finanzierung von Entwicklungsorganisationen besser aufeinander abzustimmen, damit sie maximale Wirkung erzielen können, ohne dass die einzelnen Organisationen ihre ureigenen Merkmale und Arbeitsweisen einbüßen. Ich werde darüber hinaus den Landesteams der Vereinten Nationen nahelegen, die Staaten aktiv bei der Erneuerung des Gesellschaftsvertrags zu unterstützen und sich dabei besonders auf Vertrauen, die Bekämpfung von Diskriminierung und Ausgrenzung und die Messung dessen, was zählt, zu konzentrieren. Durch eine stärkere Verknüpfung der Arbeitsbereiche Frieden und Sicherheit, Menschenrechte, Klimaschutz und Entwicklung und durch größeres Augenmerk auf Faktoren, die zu Missständen führen oder sie verschärfen können, wollen wir dafür sorgen, dass jede Präsenz der Vereinten Nationen zu einem Zentrum für kontextspezifische Präventionskompetenz wird. Die Konsultationen zum fünfundsiebzigsten Jahrestag (die 1,5 Millionen Menschen erreichten) und zu unserer gemeinsamen Agenda (mit etwa 500 Beiträgen) sowie unsere im Rahmen meines Aktionsaufrufs für die Menschenrechte herausgegebenen Leitlinien für den zivilgesellschaftlichen Raum haben eine neue Ära des Zuhörens, der Konsultationen und des Kontakts zur Bevölkerung eingeläutet. Ich werde alle Teile des Systems der Vereinten Nationen ermutigen, solche Konsultationen mit der Bevölkerung, einschließlich Frauen und junger Menschen, in Zukunft systematisch und in regelmäßigen Abständen abzuhalten.

113. Das System der Vereinten Nationen wird den erneuerten Gesellschaftsvertrag auch direkt unterstützen und durchdenken und wird in diesem Rahmen unter anderem seine Unterstützung der Rechtsstaatlichkeit überprüfen, meinen Aktionsaufruf für die Menschenrechte auch durch eine systemweite Schutzagenda umsetzen und Menschenrechtsverpflichtungen zur Richtschnur für die Gestaltung und Durchführung der Programme, der Entwicklungszusammenarbeit und der Krisenpräventionsinitiativen der Vereinten Nationen machen. Ich verpflichte mich erneut darauf, bis 2028 innerhalb des Systems der Vereinten Nationen Geschlechterparität auf allen Ebenen zu gewährleisten. Ich werde mich auch für eine Überprüfung der Kapazitäten des Systems der Vereinten Nationen in den Bereichen Personal, Ressourcen und Organisationsarchitektur einsetzen, damit die Geschlechtergleichstellung als zentrale Priorität in allen Institutionen verwirklicht wird.

Zur Unterstützung der Solidarität zwischen den Generationen

114. Kapitel III enthält einige Vorschläge, wie die Vereinten Nationen durch institutionelle Änderungen ihre Solidarität mit den jüngeren und den kommenden Generationen stärken könnten. So schlage ich insbesondere vor, der Jugend im gesamten System der Vereinten Nationen systematischer mehr Gehör zu verschaffen und zu diesem Zweck gemeinsam mit den Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu prüfen, die aktuelle Rolle der Gesandten des Generalsekretärs für die Jugend zu einem Sekretariats-Büro hochzustufen. Außerdem werde ich die Netzwerke junger Bediensteter der Vereinten Nationen auch weiterhin anhören und unterstützen, etwa im Hinblick auf die Notwendigkeit, die Einstellung und Bindung junger Menschen unterschiedlichen Hintergrunds in der Organisation zu verbessern und ein moderneres und flexibleres Umfeld zu schaffen, das Bedienstete am Anfang ihres Berufslebens, einschließlich junger Frauen, beim beruflichen Aufstieg unterstützt.

115. Unabhängig davon schlage ich die Ernennung einer oder eines Sondergesandten für die kommenden Generationen vor, die oder der erstmals die Interessen der kommenden Generationen im gesamten System der Vereinten Nationen und gegenüber den Mitgliedstaaten vertritt. Sie oder er würde auch die ersten Schritte der Vereinten Nationen zum Ausbau ihrer Kapazitäten lenken, um langfristige Entwicklungen zu verstehen und auf lange Sicht zu planen und zu handeln, beispielsweise über das vorgeschlagene Zukunftslabor. Ich hoffe, dass die Vereinten Nationen dadurch zuverlässige Hüter unserer Zukunft werden, die, wie in der

Charta vorgesehen, im Namen der heutigen und der kommenden Generationen handeln. Das Zukunftslabor würde auch die Kapazitäten der Vereinten Nationen für Zukunftsanalyse und -prognosen erheblich stärken.

Zur Unterstützung der Bereitstellung globaler öffentlicher Güter durch einen stärker vernetzten, inklusiveren und wirksameren Multilateralismus

116. In Kapitel IV habe ich eine Vision für eine bessere multilaterale Ordnung skizziert, deren Schwerpunkt auf dem Schutz unserer globalen Gemeingüter und der Bereitstellung unverzichtbarer globaler öffentlicher Güter sowie auf der Fähigkeit zur Reaktion auf große Risiken liegt. Damit das System der Vereinten Nationen diese Vision nähren kann, muss es auf die Übernahme einer Führungsrolle in einer stärker vernetzten und inklusiveren Welt ausgerichtet werden. Dazu müssen wir unsere Zusammenarbeit und unser strategisches Zusammenwirken mit anderen Akteuren und Foren auf globaler und regionaler Ebene verbessern und zugleich unseren komparativen Vorteil zugunsten derjenigen, die uns am meisten benötigen, voll ausschöpfen.

117. Der Mehrwert, den die Vereinten Nationen einer **vernetzten Welt** bringen, könnte in einigen Bereichen gesteigert werden. Eine der Hauptfunktionen der Vereinten Nationen ist erstens die einer **Quelle verlässlicher Daten und Fakten**, über die die Welt öffentlich zugängliche und verifizierte Informationen erhält, die ihr helfen, Risiken und Chancen zu verstehen. Um diese Funktion zu stärken, werde ich mich um die Wiedereinsetzung des Wissenschaftlichen Beirats des Generalsekretärs und eine bessere Vernetzung der Wissenszentren im gesamten System der Vereinten Nationen, auch in den Sonderorganisationen, bemühen, um die Wirksamkeit zu erhöhen. Ich werde den Vereinten Nationen außerdem nahelegen, bei der Erstellung von Wissensinhalten strategischer vorzugehen und jedes Jahr weniger, dafür aber kohärentere und stärker handlungsorientierte Berichte herauszugeben. Dies soll zum Teil über die Strategie der Vereinten Nationen für digitale Transformation erzielt werden, deren unmittelbares Ziel die wirksame Erstellung und Verbreitung von Wissensinhalten im gesamten System ist.

118. Eine weitere wichtige Funktion der Vereinten Nationen in einer vernetzten Welt **ist die einer einberufenden Instanz**, also eines Forums zur Konsensbildung über Prioritäten und Strategien, in dem Akteure aller Sektoren Verpflichtungen eingehen und Verantwortlichkeit zeigen können, und einer Plattform für kollektive Maßnahmen und Erfolge. Durch ihren universellen Charakter büßen die Vereinten Nationen manchmal eine gewisse Flexibilität ein und müssen Formalitäten und Protokolle einhalten. Sie bieten jedoch auch einen Raum, in dem Entscheidungsverantwortliche mit der durch zwischenstaatliche Prozesse gegebenen Rechenschaftlichkeit und Autorität zusammenkommen können, um vernetzte Ansätze zu unterstützen. Wir müssen diese Aufgabe besser und öfter wahrnehmen. Die Vereinten Nationen werden ihre Tätigkeit auf unterschiedlichen Ebenen (auf Landes-, regionaler und globaler Ebene) und über unterschiedliche thematische Säulen hinweg (darunter Frieden und Sicherheit, Entwicklung, Klimaschutz, Menschenrechte und humanitäre Maßnahmen) verbessern. Sie werden außerdem die Zusammenarbeit innerhalb des Systems der Vereinten Nationen und zwischen dem System und den Regionalorganisationen, den internationalen Finanzinstitutionen und anderen Akteuren stärken. Um die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den Regionalorganen auszubauen, werde ich ein jährliches Treffen mit allen Leiterinnen und Leitern von Regionalorganisationen einberufen. Ich werde mich auch für einen anhaltenden aktiven Dialog zwischen dem System der Vereinten Nationen, den internationalen Finanzinstitutionen und den regionalen Entwicklungsbanken einsetzen, der das in Kapitel IV vorgeschlagene Zweijährliche Gipfeltreffen ergänzen soll.

119. Das System der Vereinten Nationen, einschließlich des Sekretariats, wird außerdem weitere Maßnahmen ergreifen, um **inklusiver** zu werden. Wir wurden gebeten, die Einrichtung ständiger Mechanismen zu erwägen, um bestimmte Interessengruppen, darunter Parlamentsabgeordnete, der Privatsektor, Städte und subnationale Behörden, die heute zu den unverzichtbaren und innovativen Triebkräften des globalen Wandels zählen, einzubinden und zu konsultieren, und dabei die Souveränität der Mitgliedstaaten und die Bestimmungen der Charta betreffend die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen einzuhalten. Innerhalb des

Sekretariats werde ich unsere Zusammenarbeit mit subnationalen Behörden durch die Einrichtung einer **Beratungsgruppe für lokale und regionale Gebietskörperschaften** verstärken. Außerdem werde ich in Zusammenarbeit mit unseren aktuellen Partnern sondieren, wie wir verstärkt parlamentarische Beiträge zur Arbeit der Vereinten Nationen einholen können.

120. Das System der Vereinten Nationen wird darüber hinaus auch der wachsenden Rolle und dem zunehmenden Einfluss des **Privatsektors** und seiner zentralen Bedeutung für die Durchführung so vieler in diesem Bericht beschriebener Maßnahmen Rechnung tragen. Der Agenda für Wirtschaft und Menschenrechte kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Ich fordere außerdem eine breitere Beteiligung der Unternehmen – von kleinen und mittleren bis hin zu multinationalen Unternehmen – an den Zielen für nachhaltige Entwicklung und den Klimaschutzmaßnahmen, unter anderem durch Geschäftsmodelle, die den Bemühungen um neue Fortschritts- und Wohlstandsindikatoren folgen. Die vom Büro für den Globalen Pakt erarbeitete neue Strategie zur Förderung der 10 Grundsätze des Paktes und zum Ausbau seines Netzwerks sowie zur Erhöhung privatwirtschaftlicher Investitionen ist ein einzigartiges Instrument zugunsten ambitionierterer Maßnahmen und eines stärkeren Engagements, höherer Rechenschaftlichkeit und stärkerer Partnerschaften seitens des Privatsektors.

121. Zivilgesellschaftliche Organisationen waren bei der Gründung der Vereinten Nationen in San Francisco zugegen und sind schon von Anfang an fester Bestandteil des Ökosystems der Vereinten Nationen. Im Rahmen unserer Konsultationen erging von der Zivilgesellschaft der Ruf nach besserer Zusammenarbeit mit dem System der Vereinten Nationen. Ich halte es für entscheidend, dass die Vereinten Nationen die Zivilgesellschaft anhören, sich mit ihr abstimmen und sie einbinden. Ich nehme die Rufe nach einer einzigen, auf hoher Ebene angesiedelten Anlaufstelle für die Zivilgesellschaft zur Kenntnis und werde die entsprechenden Möglichkeiten weiter prüfen. Allerdings wäre es nach meinem Dafürhalten heute am wichtigsten, dass alle Teile des Systems der Vereinten Nationen über die Konsultation und Interessenvertretung hinaus die Zivilgesellschaft direkt in ihre Tätigkeiten über alle Säulen hinweg einbeziehen. Dies erfordert ein Umdenken und eine Veränderung unserer Praxis. Daher werde ich alle Institutionen der Vereinten Nationen bitten, eine **eigene Anlaufstelle für die Zivilgesellschaft einzurichten**, sofern sie dies noch nicht getan haben. Diese Anlaufstellen sollen proaktiv den nötigen Raum schaffen, damit zivilgesellschaftliche Akteure auf der Landes- und der globalen Ebene sowie im Rahmen der Tagungen, Netzwerke, Prozesse und Mechanismen der Vereinten Nationen Beiträge leisten können. Wir werden unsere Beziehungen zur Zivilgesellschaft im gesamten System in regelmäßigen Abständen erfassen und überwachen, um sicherzustellen, dass die von uns allen gewünschte bessere Zusammenarbeit erzielt und aufrechterhalten wird.

122. Im Sekretariat wird das **Büro der Vereinten Nationen für Partnerschaften** diese Beziehungen unterstützen und dafür sorgen, dass wir über die nötigen administrativen, rechtlichen und digitalen Instrumente verfügen, um unseren Partnern den Zugriff auf Informationen und die Beteiligung an der Arbeit der Vereinten Nationen zu ermöglichen. Wir werden vor allem die Möglichkeiten für eine stärkere Inklusion nutzen, die während der COVID-19-Pandemie entstanden sind, als digitale Lösungen und hybride Tagungen es einer diverseren Gruppe von Akteuren ermöglichten, ohne visums-, finanzierungs- und reisebedingte Einschränkungen an Sitzungen teilzunehmen. Um inklusive virtuelle Sitzungen zu gewährleisten, müssen wir Aspekte wie Internetzugang, Sprachbarrieren, Zeitzone und Sicherheit berücksichtigen und proaktiv angehen.

123. Zur **Steigerung der Wirksamkeit** der Vereinten Nationen werden wir die Agilität, die Integration und den Zusammenhalt im gesamten System durch neue Kompetenzbereiche fördern. Diese Anstrengungen werden Teil umfassenderer Veränderungen hin zu einer neuen Version der Organisation – **Vereinte Nationen „2.0“** – sein, die relevante systemweite Lösungen für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bieten kann. Ich werde diesen Wandel durch ein „**Quintett des Wandels**“ beschleunigen, also einen Katalog übergreifender Agenden, die vielen der in diesem Bericht vorgeschlagenen Initiativen zugrunde liegen. Das Quintett umfasst die Kompetenzbereiche Daten, Analyse und Kommunikation, Innovation und digitaler Wandel, strategische Prognose, Verhaltenswissenschaft und Leistungs- und Ergebnisorientierung. Durch Verbesserungen im Kompetenzbereich **Daten**,

Analyse und Kommunikation auf der Grundlage der Datenstrategie des Generalsekretärs werden wir in der Lage sein, leichter Erkenntnisse aus Informationen zu gewinnen, unsere Entscheidungsprozesse zu verändern, unsere Dienstleistungen zu optimieren und besser zu kommunizieren. Zusätzliche Investitionen in **Innovation und den digitalen Wandel** werden unsere Arbeitsweise verändern und uns dabei helfen, mehr Menschen in Not zu erreichen und ihnen besser zu dienen. Durch Initiativen wie das Zukunftslabor werden wir unsere **strategische Prognose** verbessern und so in der Lage sein, vorausschauende Maßnahmen zu ergreifen und stärker zukunftsorientierte Politiken und Programme zu konzipieren. Durch die systematische Anwendung verhaltenswissenschaftlicher Methoden werden wir nicht nur in unserer Politik, unseren Programmen und unserer Mandatsdurchführung wirksamer werden, sondern wir werden auch bürokratische Prozesse vereinfachen können. Durch **Leistungs- und Ergebnisorientierung** werden wir sicherstellen, dass Wirksamkeit, Lernen und ständige Verbesserung für die Organisation im Mittelpunkt stehen.

124. Schließlich kann die Organisation ihre Wirksamkeit nur dann entfalten, wenn die Mitgliedstaaten ihren **finanziellen Verpflichtungen** vollständig und pünktlich nachkommen. Die tieferen Ursachen der jüngsten Finanzkrise der Vereinten Nationen sind noch nicht ganz ausgeräumt. Ich habe den Mitgliedstaaten dazu einige Vorschläge unterbreitet, die von der Aufstockung unserer bestehenden Liquiditätsreserven bis hin zur Schaffung neuer Reserven für unsere Friedenssicherungseinsätze und zur Beseitigung struktureller Hindernisse bei der Haushaltsverwaltung reichen. Im Rahmen der jüngsten Reformen haben die Vereinten Nationen außerdem stark in eine transparentere Finanzberichterstattung und Haushaltsplanung investiert. Unsere Bemühungen um eine stärkere Ergebnisorientierung und eine verbesserte Mandatsdurchführung wurden jedoch durch die Unberechenbarkeit und den Zeitpunkt der Zahlungseingänge untergraben. Wenn die Vision, die die Mitgliedstaaten in der Erklärung zum fünfundsiebzigsten Jahrestag zum Ausdruck brachten und die ich in diesem Bericht über unsere gemeinsame Agenda näher ausgeführt habe, Wirklichkeit werden soll, müssen wir die Finanzkrise überwinden und eine nachhaltigere Finanzierung der Organisation sicherstellen. Das System der Vereinten Nationen kann die verfügbaren Ressourcen besser nutzen, wenn es unter anderem **bereits vorhandene Mittel umwidmet** und seine Haushaltsverfahren flexibilisiert. Darüber hinaus wird das System der Vereinten Nationen nach Möglichkeiten suchen, Haushaltsplanung und Mittelanträge besser in Einklang zu bringen, und dabei sicherstellen, dass die verschiedenen Exekutivrate und -direktorien der Organisationen, Fonds und Programme zusammenarbeiten und miteinander kommunizieren. Wir werden uns darauf konzentrieren, die Aufstellung des Haushaltsplans und den Haushaltsvollzug zu verbessern, damit die Organisation flexibel und dynamisch bleibt und auch weiterhin in der Lage ist, auf instabile Situationen und neue Notlagen zu reagieren. Die laufenden Maßnahmen zur Gewährleistung eines für die Mitgliedstaaten transparenten Haushaltsprozesses dürfen die Fähigkeit der Vereinten Nationen, Ressourcen effizient und wirksam zu nutzen, nicht beeinträchtigen. Der Schwerpunkt sollte auf der Programmdurchführung und auf Ergebnissen statt auf der Finanzierung liegen. Wir müssen den Führungskräften erlauben, ihre Arbeit zu tun, und sie für die Ergebnisse verantwortlich machen. Darüber hinaus bitte ich die Mitgliedstaaten, eine Untersuchung der Mechanismen für die Haushaltsüberprüfung zu erwägen, bei der sie das Sekretariat bei Bedarf unterstützen kann. Gemeinsam können wir Möglichkeiten zur Verbesserung des Haushaltsverfahrens finden, **vor allem dafür, wie wir die von uns angestrebten und erzielten Ergebnisse formulieren und kommunizieren**. Dazu müssen wir uns einen ganzheitlichen Überblick darüber verschaffen, was sinnvoll ist, was gut funktioniert und wo Verbesserungsbedarf besteht.

B. Zur Behandlung durch die Mitgliedstaaten

125. Entscheidungen, die die zwischenstaatlichen Hauptorgane und andere Organe der Vereinten Nationen betreffen, sind Sache der Mitgliedstaaten. Dieser Bericht macht jedoch verschiedene Bedürfnisse deutlich, insbesondere im Zusammenhang mit den Interessen der kommenden Generationen, der Steuerung der globalen Gemeingüter und der Bereitstellung globaler öffentlicher Güter über einen vernetzten, inklusiven und wirksamen Multilateralismus. Die Tätigkeit des **Treuhandrats** ruht seit 1994. Früher schon haben Kommissionen

und Generalsekretäre gemeinsam mit einigen Mitgliedstaaten angeregt, den Rat mit Blick auf eine bessere Steuerung der globalen Gemeingüter umzufunktionieren. Ausgehend von diesen Ideen und im Rahmen der Anschlussmaßnahmen zu unserer gemeinsamen Agenda bitte ich die Staaten, zu erwägen, den Rat als ein Multi-Akteur-Gremium verfügbar zu machen, das sich mit neuen Herausforderungen befasst und insbesondere als beratendes Forum im Namen der kommenden Generationen Beschlüsse fasst. Er könnte unter anderem Rat und Anleitung zur langfristigen Steuerung der globalen Gemeingüter, zur Bereitstellung globaler öffentlicher Güter und zur Bewältigung globaler Risiken für die Öffentlichkeit erteilen.

126. Neben Fragen zum Treuhandrat habe ich den **in der Erklärung zum fünfundsiebzigsten Jahrestag enthaltenen Aufruf der Mitgliedstaaten zu Reformen der drei Hauptorgane der Vereinten Nationen** zur Kenntnis genommen, insbesondere ihre Selbstverpflichtung, die Gespräche über die Reform des Sicherheitsrats wieder in Gang zu bringen und die Arbeiten zur Neubelebung der Generalversammlung und zur Stärkung des Wirtschafts- und Sozialrats fortzusetzen. Ich halte mich bereit, für jede Beschlussfassung der Mitgliedstaaten zur Anpassung der zwischenstaatlichen Organe an die Bedürfnisse und Gegebenheiten der heutigen Zeit die notwendige Unterstützung zu leisten. Nachfolgend finden sich einige der Ideen, die aus unseren Konsultationen zum fünfundsiebzigsten Jahrestag und zu unserer gemeinsamen Agenda hervorgegangen sind und die hier zur Behandlung durch die Mitgliedstaaten zusammengestellt wurden.

127. Nach jahrzehntelangen Diskussionen erkennt jetzt die Mehrheit der Mitgliedstaaten an, dass der **Sicherheitsrat** so umgestaltet werden könnte, dass er die Verhältnisse im 21. Jahrhundert besser repräsentiert, etwa durch eine Erweiterung, einschließlich einer besseren Vertretung Afrikas, sowie durch systematischere Regelungen, durch die mehr Stimmen Gehör fänden. Nicht nur werden die zwischenstaatlichen Verhandlungen jetzt mit neuer Dringlichkeit fortgeführt, sondern es wurde auch angeregt, die Inklusivität und Legitimität des Rates zu erhöhen und zu diesem Zweck systematische Konsultationen mit einem breiteren Spektrum von Akteuren, einschließlich Regionalorganisationen, zu führen, öffentliche Zusagen zur Zurückhaltung beim Gebrauch des Vetos zu erwägen und verstärkt informelle Mechanismen wie etwa Treffen nach der Arria-Formel einzusetzen, um bei heiklen Themen voranzukommen. Würde durch verstärkte Präventionsmaßnahmen dafür gesorgt, dass die aktuellen Bedrohungen nicht weiter schwelen und wachsen, ließe sich verhindern, dass die Agenda des Rates, der mit der Überwindung und Beilegung potenzieller und tatsächlicher Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit befasst ist, exponentiell wächst. Das System der Vereinten Nationen muss in der Lage sein, die Querschnittsfragen Sicherheit, Klimawandel, Gesundheit, Entwicklung, Geschlechtergleichstellung und Menschenrechte aus einer Präventionsperspektive und mit größerer Wirksamkeit und Rechenschaftspflicht anzugehen, beispielsweise indem die Rolle der **Kommission für Friedenskonsolidierung** auf mehr Situationen ausgeweitet wird. Die vorgeschlagene Notfallplattform, über die im Fall einer komplexen globalen Krise die Hauptakteure zusammengebracht würden, könnte dabei ein weiteres Element sein.

128. Die Bemühungen der Mitgliedstaaten um eine Neubelebung der Tätigkeit der **Generalversammlung** und eine Straffung ihrer Resolutionen, Berichtspflichten und Ausschüsse wurden begrüßt. Es wurde auch angeregt, dass die Staaten der Tagungswoche der Generalversammlung auf hoher Ebene mehr Gewicht verleihen könnten, indem sie sie als Gelegenheit nutzen, auf der Ebene der Staats- und Regierungsoberhäupter Beschlüsse zu fassen und Verpflichtungen einzugehen. Der **Wirtschafts- und Sozialrat** ist nach der Charta das für die Koordinierung der Tätigkeit der Organisation auf den Gebieten der Wirtschaft und des Sozialwesens zuständige Hauptorgan der Vereinten Nationen. Angesichts dessen, dass die Zeiten sich geändert haben, gingen verschiedene Vorschläge dazu ein, wie die Rolle und das Profil des Rates gestärkt werden könnten, etwa durch engere Beziehungen zwischen dem Rat und der G20 und ihren Prozessen. Das in Kapitel IV vorgeschlagene zweijährliche Gipfeltreffen wäre meiner Ansicht nach ein wichtiger Schritt hin zu einer besseren Koordinierung der globalen wirtschaftlichen Ordnungspolitik. Darüber hinaus ist das **hochrangige politische Forum** zum wichtigsten globalen Treffen zum Thema nachhaltige Entwicklung geworden. Es bietet eine alle einbeziehende Plattform für die Überwachung der Umsetzung

der Agenda 2030 und fördert zugleich das Lernen voneinander und die Ausweitung der globalen Bewegung für die Ziele für nachhaltige Entwicklung. Ich bitte alle Regierungen, Sektoren, Partner und Bündnisse, sich jedes Jahr im hochrangigen politischen Forum zu engagieren, um ambitioniertere Ziele zu setzen, die Maßnahmen zur Umsetzung zu beschleunigen und themenübergreifende Verbindungen herzustellen, die für einen wirksamen Multilateralismus unverzichtbar sind.

129. Im Rahmen der Konsultationen zu unserer gemeinsamen Agenda wurde der Ruf laut, das **System für die Überwachung der Einhaltung der Menschenrechtsverträge**, einschließlich der Allgemeinen regelmäßigen Überprüfung, der Vertragsorgane und der Sonderverfahren, umfassender zu nutzen, um dringliche soziale, wirtschaftliche und politische Herausforderungen zu bewältigen. Wie ich in meinem Aktionsaufruf für die Menschenrechte erklärt habe, stehe ich bereit, gemeinsam mit den Staaten zu erkunden, wie die Menschenrechtsmechanismen auf eine stabilere Finanzgrundlage gestellt werden könnten, etwa indem die Vereinten Nationen mehr Flexibilität bei der Mittelzuweisung erhalten, und wie diese Mechanismen besser mit anderen Prozessen verbunden werden könnten, damit sie größtmögliche Wirkung entfalten und die Vertragsstaaten bei der Einhaltung unterstützen. Darüber hinaus wurde mehr Transparenz in Bezug auf die Menschenrechtsverpflichtungen potenzieller Kandidaten für eine Mitgliedschaft im **Menschenrechtsrat** gefordert, entsprechend den Kriterien, die die Mitgliedstaaten in Resolution 60/251 der Generalversammlung – mit der der Rat eingerichtet wurde – festgelegt haben.

130. Weitere Vorschläge schließlich folgten früheren an das System der Vereinten Nationen gerichteten Forderungen nach Wegen zur Erhöhung der Mitwirkungsmöglichkeiten für die **Zivilgesellschaft und andere Interessenträger** in allen zwischenstaatlichen Organen. Vorgeschlagen wurden unter anderem eine jährliche Tagung der Zivilgesellschaft in Verbindung mit der Tagungswoche der Generalversammlung auf hoher Ebene sowie eine aktualisierte Resolution, die festgelegt, wie Organe wie der Wirtschafts- und Sozialrat, die Generalversammlung und der Sicherheitsrat mit der Zivilgesellschaft, den Kommunal- und Regionalverwaltungen und Wirtschaftsakteuren in Beziehung treten, und dass die Präsidentschaft des Wirtschafts- und Sozialrats in dieser Hinsicht eine allgemeine Überprüfung der Regelungen für den Beobachterstatus oder Konsultationen einberuft. Ich lege den Mitgliedstaaten nahe, diese Ideen im Einklang mit unserem Streben nach einem vernetzteren, inklusiveren und wirksameren Multilateralismus ernsthaft zu erwägen.

VI. Der weitere Weg

131. Ziel unserer gemeinsamen Agenda ist es, das in der Charta der Vereinten Nationen gegebene Versprechen auch in Zukunft zu erfüllen. Die in diesem Bericht beschriebene Vision der Solidarität und internationalen Zusammenarbeit weist uns den Weg zum Durchbruch in eine grünere, sicherere und bessere Zukunft und bewahrt uns vor dem unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch. Ihre Grundlage und ihr Ansatzpunkt ist die Erklärung zum fünfundsiebzigsten Jahrestag des Bestehens der Vereinten Nationen, in der die Mitgliedstaaten die zwölf entscheidenden Verpflichtungen eingegangen sind, niemanden zurückzulassen, die Erde zu schützen, Frieden zu fördern und Konflikte zu verhüten, das Völkerrecht einzuhalten und für Gerechtigkeit zu sorgen, Frauen und Mädchen in den Mittelpunkt zu stellen, Vertrauen aufzubauen, die digitale Zusammenarbeit zu verbessern, die Vereinten Nationen zu modernisieren, eine nachhaltige Finanzierung sicherzustellen, Partnerschaften zu fördern, den jungen Menschen zuzuhören und mit ihnen zusammenzuarbeiten und auf künftige Krisen vorbereitet zu sein, unter anderem, jedoch nicht ausschließlich auf Krisen im Bereich der öffentlichen Gesundheit. Die Mitgliedstaaten unterstrichen auch, dass die Vereinten Nationen den Angelpunkt der Anstrengungen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen bilden sollen, da keine andere Organisation über ihre Legitimität und ihre normative Wirkung und über ihre Fähigkeit, Akteure zusammenzubringen, verfügt. Unsere gemeinsame Agenda soll die zwölf Themen der Erklärung durch dringende und transformative Maßnahmen voranbringen, die kritische Lücken schließen. Sie bekräftigt, dass die Agenda 2030 und die Ziele für nachhaltige Entwicklung sowie andere wichtige

Verpflichtungen in den Bereichen Klimaschutz und Menschenrechte konsequent umgesetzt werden müssen. Ich freue mich darauf, mit den Mitgliedstaaten und anderen Akteuren zusammenzuarbeiten, um die im vorliegenden Bericht enthaltenen Ideen anzugehen und umzusetzen.

Anhang

Der Prozess der Konsultationen über unsere gemeinsame Agenda

1. In der Erklärung zum fünfundsiebzigsten Jahrestag des Bestehens der Vereinten Nationen (Resolution 75/1 der Generalversammlung) beauftragten mich die Mitgliedstaaten, vor Ende der fünfundsiebzigsten Tagung der Generalversammlung Empfehlungen dazu vorzulegen, wie wir unsere gemeinsame Agenda voranbringen und den aktuellen wie künftigen Herausforderungen begegnen können. Dazu habe ich nicht nur das gesamte System der Vereinten Nationen herangezogen, sondern auch einen Reflexionsprozess in Gang gesetzt, der auf vier Schienen ein breites Spektrum von Akteuren einbezieht, darunter die Mitgliedstaaten, prominente Vordenkerinnen und Vordenker, junge Menschen und die Zivilgesellschaft. Grundlage dieses Prozesses waren globale Anhörungen in Form einer sich über das gesamte Jubiläumsjahr erstreckenden Online-Umfrage, an der mehr als 1,5 Millionen Menschen aus allen 193 Mitgliedstaaten teilnahmen. Außerdem führten Meinungsforschungsinstitute in 70 Ländern Umfragen durch. Diese Konsultationen ergaben, dass die internationale Zusammenarbeit in der Öffentlichkeit starken Rückhalt genießt und für die Zukunft der Wunsch nach einem stärker vernetzten, inklusiveren und wirksameren Multilateralismus besteht.

2. Die Einbindung der Mitgliedstaaten in den Prozess begann am 8. Oktober 2020 mit einem Schreiben an alle ständigen Vertreterinnen und Vertreter und Beobachterinnen und Beobachter, in dem der Prozess erläutert wurde und sie um ihre Auffassungen gebeten wurden. Am 15. Dezember 2020 berief der Präsident der Generalversammlung ein informelles Treffen ein, auf dem ich einige erste Überlegungen vortrug und mir die Auffassungen der Anwesenden anhörte. 2021 veranstaltete die Stiftung für die Vereinten Nationen, ein wichtiger Partner in diesem Prozess, eine Reihe von Frühstücksgesprächen mit Mitgliedstaaten, die den zwölf Themen der Erklärung zum fünfundsiebzigsten Jahrestag gewidmet waren. Am 8. Juli 2021 nahm ich erneut an einem informellen Dialog mit der Versammlung teil, um weitere Ideen vorzutragen und zu hören.

3. Um den Reflexionsprozess zu bereichern, lud ich eine geografisch diversifizierte und geschlechtlich ausgewogene Gruppe von Meinungsbildnerinnen und -bildnern ein, ihre Ideen zu einem oder mehreren der zwölf Themen der Erklärung beizusteuern. Eine ähnliche Einladung erging an mehrere hochrangige Gruppen von Sachverständigen, Angehörigen einschlägiger Berufsgruppen und ehemaligen Führungspersonen. Das Ergebnis waren eine Vielzahl aufschlussreicher Abhandlungen, Videos und Vorträge sowie Direktbeiträge einiger Vordenkerinnen und Vordenker im Rahmen der Frühstücksgespräche und anderer Treffen.

4. Junge Menschen sollten nach meiner Überzeugung ihre Zukunft selbst gestalten können. Daher habe ich jungen Menschen, die in ihrem Denken und Handeln führend sind, gezielt die Möglichkeit gegeben, Beiträge zu leisten. Ausgehend von den zum 75-jährigen Bestehen der Vereinten Nationen mit jungen Menschen geführten Konsultationen und unter Anleitung meiner Gesandten für die Jugend berief eine unter dem Dach der Stiftung für die Vereinten Nationen gebildete Stipendiatengruppe der nächsten Generation eine Reihe von Aktionsgruppen ein. Diese erörterten im Rahmen eines „großen Brainstorming“ Vorrangthemen und veranstalteten auf nationaler Ebene Gesprächsrunden mit jungen Menschen, die zuvor keinen Kontakt zu den Vereinten Nationen hatten. Die Mitglieder der Gruppe arbeiteten intensiv mit Jugendnetzwerken und -organisationen aus aller Welt zusammen und führten generationenübergreifende Dialoge mit politischen Verantwortlichen. Ihre Arbeit fand Eingang in meine Empfehlungen zu jungen Menschen und den kommenden Generationen. Darüber hinaus haben sie ihre eigenen Visionen, Ideen und Vorschläge in einem Bericht mit dem Titel „Our future agenda“ (Unsere Zukunftsagenda) dargelegt.

5. Im Einklang mit der Vision eines stärker vernetzten und inklusiveren Multilateralismus und der Charta der Vereinten Nationen, hinter der „wir, die Völker“ stehen, habe ich auch umfassende Konsultationen mit eben diesen Völkern der Welt geführt, unter anderem mit der Zivilgesellschaft, Parlamentsabgeordneten, Denkfabriken, dem Privatsektor,

subnationalen Führungsverantwortlichen und Städtenetzwerken, unterrepräsentierten Gruppen und anderen nichtstaatlichen Partnern. Unterstützt wurde dies von der Stiftung für die Vereinten Nationen und dem Igarapé-Institut sowie von einem Netzwerk globaler Partner aus allen Regionen, darunter das Afrikanische Zentrum für die konstruktive Beilegung von Streitigkeiten (ACCORD) (Südafrika), Southern Voice (ein Netzwerk von 50 Denkfabriken aus Afrika, Asien und Lateinamerika) und die Lee Kuan Yew School of Public Policy der Nationalen Universität von Singapur. Es wurde alles darangesetzt, bei diesem Reflexionsprozess einem breiten Spektrum von Stimmen aus allen Regionen Gehör zu schenken, unter anderem durch experimentelle digitale Konsultationen unter der Leitung des Igarapé-Instituts, die mehr als 520 Vorschläge von über 1.750 Teilnehmenden, darunter Organisationen mit mehreren Millionen Mitgliedern, aus 147 Ländern und in sechs Sprachen erbrachten.

6. Die enorme Vielfalt der Perspektiven und Beiträge hat die im Bericht über unsere gemeinsame Agenda enthaltenen Ideen enorm bereichert, und dafür bin ich allen Beitragenden außerordentlich dankbar.
